



MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Relative Deprivation und Solidarität:
Erklärungen exkludierender Einstellungen“

verfasst von / submitted by

Leo Kovatsch, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2019 / Vienna, 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 905

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Soziologie

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. i.R. Mag. Dr. Hildegard Weiss

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Das Konzept der relativen Deprivation	6
2.1 Definition.....	6
2.2 Individuelle und kollektive Deprivation.....	7
2.3 Forschungswelle der 1960er und Kritik	7
3. Das Konzept der Solidarität.....	11
3.1 Solidarität als Zusammenhalt.....	11
3.2 Solidarität als Nutzenmaximierung.....	12
3.3 Weitere Konzepte	13
3.4 Sozialstaatliche Solidarität und solidarisches Handeln.....	14
3.5 Grenzen der Solidarität	15
4. Forschungsstand.....	18
4.1 KRD und positive Diskriminierung.....	18
4.2 KRD und Rassismus.....	19
4.3 KRD und Fremdenfeindlichkeit.....	19
4.4 KRD und Rechtspopulismus	21
4.5 Relative Anerkennung.....	22
4.6 Diskursive Strategien	23
5. Forschungsfrage, Hypothesen und Methode	25
5.1 Forschungsfrage und Hypothesen	25
5.2 Methodische Umsetzung.....	26
6. Prüfung der Konzepte: Faktorenanalyse und Indexbildung.....	35
6.1 Faktorenanalyse der sozialstaatlichen Solidarität.....	35
6.2 Faktorenanalyse des solidarischen Handelns	36
6.3 Faktorenanalyse der erklärenden Konzepte.....	37
7. Erklärende Analysen: Regressionsmodelle	41
7.1 Erklärung der kollektiven relativen Deprivation.....	41
7.2 Erklärung von Solidaritätstypen.....	46
7.2.1 Symbolische Solidarität mit Personen im Ausland	47
7.2.2 Sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups.....	49
7.2.3 Gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität.....	53
7.2.4 Solidarisches Handeln für Out-Groups	55
8. Interpretation und theoretische Diskussion der Ergebnisse	59
8.1 Ursachen von kollektiver relativer Deprivation.....	60

8.2 Relative Deprivation und sozialstaatliche Solidarität	62
8.3 Ideologie und Inklusivität.....	65
8.4 Der Einfluss politischer Ohnmacht	68
8.5 Bedingungen des solidarischen Handelns	70
9. Fazit	73
10. Literaturverzeichnis	77
11. Anhang.....	82
Zusammenfassung	82
Abstract	82

1. Einleitung

Der wirtschaftsliberale Wandel der letzten Jahrzehnte hat in den westlichen Ländern zahlreiche soziale Veränderungen gebracht: Arbeitsmärkte wurden liberalisiert und die Konkurrenz intensiviert; das Kapital wurde globaler, beweglicher und ertragsreicher; die sozialen Ungleichheiten und Hierarchien sind gewachsen (Flecker et al. 2005; Piketty & Goldhammer 2014). Gleichzeitig eröffnete sich in der globalisierten Welt für viele die Chance, nach einem anderen Land ihren Lebensmittelpunkt zu bewegen. Obwohl die Reaktionen der einheimischen Bevölkerungen auf die neuen Migrationsströme gemischt waren, ist vor allem das Erstarken der fremdenfeindlichen politischen Bewegungen nicht zu übersehen. Im Vergleich zur früheren Sozialdemokratie zielt der vom Unmut getriebene Rechtspopulismus nicht mehr auf wirtschaftliche Umverteilung, sondern auf die Schließung von Grenzen. Nicht mehr die Arbeiterklasse sollte unterstützt, sondern das Volk geschützt werden (vgl. Stjernø 2005). Besonders stark zeigte sich die gesellschaftliche Spaltung während der letzten Flüchtlingsbewegung. In Österreich war etwa die Hälfte der Meinung, dass weniger Flüchtlinge aufgenommen werden sollten, während große Teile der Bevölkerung sich für deren Unterstützung mobilisierten (Hofmann et al. 2018).

Die Ursachen dieses Phänomens sind bis heute noch nicht geklärt. Die bekannte Annahme, dass GlobalisierungsverliererInnen die HauptunterstützerInnen der Rechtspopulisten sind, scheint viel zu einfach zu sein bzw. zu kurz zu greifen. So zeigen etwa Flecker, Kirschenhofer, Krenn und Papouschek in ihrer qualitativen Studie (2005), dass Personen auf objektiv benachteiligten Situationen auch mit inklusiver, d. h. spezielle Gruppen einschließender, Solidarität reagieren, während andere auch nach Aufstiegserfahrungen eine exklusive Haltung zeigen. Nebenbei hat sich wegen der wachsenden sozialen Kluft für viele Menschen ihre Stellung in der Gesellschaft, trotz materiell gleichbleibender Lebensbedingungen, relativ verschlechtert. Der Ursprung der rechtspopulistischen Proteststimmung ist daher viel eher am Ungerechtigkeitsempfinden als an den objektiven Lebensbedingungen zu vermuten, so die AutorInnen (vgl. Flecker et al. 2005). Die relative Deprivation, d.h. die subjektive Wahrnehmung, selbst ungerecht benachteiligt zu werden, wie von Smith und Huo (2014) dargestellt, erklärt eine Reihe von Sachverhalten viel besser als die objektive Stellung in der Gesellschaft. Insbesondere die Theorie der kollektiven relativen Deprivation dient als Erklärungsmodell für aus Proteststimmung entstehende politischen Einstellungen und Bewegungen (Gurr 1972; Runciman 1980). Aufgrund der fehlenden empirischen Studien zum Zusammenhang zwischen der relativen

Gruppendeprivation und Solidaritätsgrenzen in der österreichischen Bevölkerung, wird der Beantwortung dieser Frage hier nachgegangen.

Im ersten Teil der Arbeit werden die theoretischen Konzepte der relativen Deprivation und der Solidarität definiert. Die relative Deprivation ist ein neues Konzept, wobei ähnliche Ideen schon in den Klassikern der Sozialtheorie behandelt wurden. Formuliert wurde es erst Ende der 1940er Jahre (Stouffer et al 1949). Die kurze Geschichte seiner Entwicklung, die theoretischen Dimensionen und methodischen Überlegungen aus der Literatur werden in diesem Kapitel zusammengefasst (Kap. 2).

Die Solidarität ist dagegen ein weit in die Geschichte zurückgehender Begriff, der im politischen Alltag oft anzutreffen ist, dessen Bedeutung sich aber seit der Antike gewandelt hat. Die Einführungen des Begriffs in die Sozialwissenschaften erforderten theoretische Auseinandersetzungen, die zur Weiterentwicklung des Konzepts in zahlreiche Richtungen führten (Bayertz 1998; Stjernø 2005; Smith & Sorrell 2014) (Kap. 3).

Im darauffolgenden Kapitel wird der empirische Forschungsstand präsentiert. Obwohl der Solidaritätsbegriff in der Forschungsliteratur noch selten vorkommt, ist der Zusammenhang zwischen der relativen Deprivation und der Fremdenfeindlichkeit oder dem Rechtspopulismus – Konzepte, die einer exklusiven bzw. nicht-inklusive Solidarität entsprechen - ein häufiges Forschungsthema. Nach Veranschaulichung der Forschungslücke wird am Ende des Kapitels die zentrale Forschungsfrage formuliert (Kap. 4).

Im nächsten Kapitel werden methodischen Vorgangsweisen – die Operationalisierungen der Deprivations- und Solidaritätskonzepte sowie die methodische Umsetzung der Analyse – beschrieben. Die Forschungsfrage soll durch die Interpretation von multivariaten, linearen und logistischen Regressionsmodelle beantwortet werden. Neben den Solidaritäts- und Deprivationsvariablen, sollen auch Kontrollvariablen zu Status- und ideologischen Faktoren eingeführt werden, welche auch zur Beantwortung weiterer untergeordneten Forschungsfragen dienen sollen (Kap. 5). Anschließend werden die ersten Ergebnisse der statistischen Analyse wiedergegeben, indem die Faktorenanalyse und der Prozess der Indexbildung beschrieben werden (Kap. 6). Die Resultate der kausalen Analysen bzw. der Regressionsmodelle werden im nächsten Abschnitt in Bezug zu den aus der Forschungsliteratur entwickelten Hypothesen ausgeführt (Kap. 7).

Nachfolgend werden die empirischen Ergebnisse zur Beantwortung der Forschungsfragen herangezogen und theoretisch in Zusammenhang zu den theoretischen Konzepten und Aussagen der Kapitel 2, 3 und 4 gebracht. Plausible Begründungen werden auch für unerwartete Ergebnisse gesucht, sodass diese in weiteren Studien überprüft werden können (Kap. 8). Zuallerletzt werden die Ergebnisse und deren Interpretationen sowie noch offen gebliebene Fragen ausgelegt (Kap. 9).

2. Das Konzept der relativen Deprivation

Die Theorie der relativen Deprivation wurde in der soziologischen und sozialpsychologischen Forschung erst im 20. Jahrhundert entwickelt, wobei anzumerken ist, wie Walker und Pettigrew und Cherkaoui hinweisen, dass dieselbe Idee schon in klassischen sozialwissenschaftlichen Schriften vorkommt, etwa bei Durkheim (1993 [1893]; 1897), Tocqueville (1852), Weber (1904) (zit. nach Cherkaoui 2015) und auch bei Marx (1933) (zit. nach Walker & Pettigrew 1984). Marx z. B. erkannte die Relevanz des relativen im Vergleichs zum absoluten Reichtum, während etwa Tocqueville am Beispiel Frankreichs sah, dass besonders in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität die Unzufriedenheit mit alten Institutionen und die Unterstützung von Revolutionen steigt. Diese paradoxe Reaktion erklärt Tocqueville damit, dass die Erwartungen schneller als die sich verbessernden Lebensbedingungen steigen, sodass sie diese überholen. Die nicht erfüllten Erwartungen münden schließlich in Enttäuschung um. Auch heutzutage gilt in der Forschung zu Rebellionen, laut Cherkaoui, dass vor allem in Situationen, in denen eine langfristige Verbesserung von einer Rezession gefolgt wird, politische Umstürze vorkommen (vgl. Cherkaoui 2015).

Den Begriff der relativen Deprivation führen jedoch zum ersten Mal Stouffer et al. (1949) in einer umfassenden Studie über die Einstellungen der US-amerikanischen Soldaten zum Zweiten Weltkrieg ein. Die AutorInnen kommen auf das widersprüchliche Ergebnis, dass Militärpolizisten zufriedener mit dem Beförderungssystem als Luftwaffensoldaten waren, obwohl sie geringere Chancen auf Beförderungen hatten, während dagegen Soldaten der Luftwaffe unzufriedener als Militärpolizisten waren, obwohl Beförderungen viel häufiger stattfanden. Als Erklärung für diese Reaktion stellen Stouffer et al. die Hypothese auf, dass Luftwaffensoldaten aufgrund der häufigen Beförderungen der KollegInnen höhere Erwartungen hatten und gerade deswegen auch öfter enttäuscht wurden (Stouffer et al. 1949). Eine genaue Definition des Konzeptes schlugen die AutorInnen aber nicht vor.

2.1 Definition

Erst Merton und Kitt (1950), Davis (1959) und schließlich Runciman (1980) theoretisieren das Konzept genauer. Runciman definiert:

„[W]e can roughly say that A is relatively deprived of X when (i) he does not have X, (ii) he sees some other person or persons, which may include himself at some previous or expected time, as having X (whatever or not this is or will be in fact the case), (iii) he wants X, and (iv) he sees it as feasible that he should have X.” (1980, 10)

Kurzgesagt kann die relative Deprivation als Wahrnehmung bzw. Gefühl definiert werden, im Vergleich - zu anderen oder zu sich selbst in anderen Zeitpunkten - weniger zu erhalten, als jemand für gerecht empfindet (Kessler & Harth 2008). Das Konzept ist insofern fruchtbar, dass es viele zuvor ungeklärte Phänomene erklären kann. Manche Menschen, die objektiv schlechter als andere gestellt sind, leben trotzdem zufrieden, während andere Personen in einer besseren materiellen Lage trotzdem mit dieser unglücklich sind. Ausschlaggebend ist einerseits die Wahl der Referenzpersonen und -gruppen, mit denen sich Subjekte vergleichen, und andererseits die Wahrnehmung der Rechtfertigung dieser Ungleichbehandlung (Smith & Huo 2014).

2.2 Individuelle und kollektive Deprivation

Runciman (1980) erweitert die Theorie zusätzlich mit einer für die Forschung prägenden Trennung. Er unterscheidet zwischen der individuellen und der fraternalen oder kollektiven relativen Deprivation. Bei der individuellen relativen Deprivation (IRD) sieht sich das Individuum im Vergleich zu anderen Individuen ungerecht benachteiligt. Fühlen sich Individuen einer Gruppe zugehörig und nehmen ihre Gruppe im Vergleich zu anderen Gruppen als schlechter behandelt wahr, ist die Rede von der kollektiven relativen Deprivation (KRD). Ein Individuum kann auf individueller Ebene, auf Gruppenebene, auf beiden Ebenen oder auf gar keiner depriviert sein (ebd.). Smith und Huo führen dazu das greifbare Beispiel an:

„a woman could compare her salary with another female employee and experience IRD, or the same woman could compare the salaries for all female employees in her workplace to the salaries of all male employees and experience GRD.” (2014, 232)

Die Annahme von Runciman (1980) lautet, dass die Deprivation auf individueller Ebene individuelle Auswirkungen hat, wie z. B. individuelles Protestverhalten, Stress und gesundheitliche Probleme, während sie auf kollektiver Ebene kollektives Verhalten und Einstellungen auslöst, wie etwa soziale Bewegungen oder Vorurteile. Der Sinn dieser theoretischen Trennung wird seit ihrer Einführung debattiert.

Aufgrund der häufigen Anwendung dieser zentralen Begriffe werden im folgenden Text die Abkürzungen RD (relative Deprivation), KRD (kollektive relative Deprivation) und IRD (individuelle relative Deprivation) verwendet werden.

2.3 Forschungswelle der 1960er und Kritik

Während der 1960er Jahre wurde die Theorie der RD in den USA prominenter. Aufgrund der damals zahlreichen zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen interessierten sich

Forschende für das Erklärungsversprechen des Konzeptes (Walker & Pettigrew 1984). Besonders einflussreich waren AutorInnen wie Gurr (1970) und Crosby (1976), deren Beiträge zur empirischen Forschung des Konzeptes sehr anerkannt wurden. Walker und Pettigrew (1984) kritisieren dennoch an ihren Beiträgen vor allem das Ausblenden der von Runciman eingeführten Trennung zwischen der individuellen und der kollektiven Deprivation. Crosby und Gurr konzentrierten sich auf die Erfahrung des Individuums und sahen die KRD lediglich als eine Aggregation von IRD, kritisieren Walker und Pettigrew. Rebellionen, so Gurr (1970), könnten mit der gleichzeitigen individuellen Deprivation vieler Individuen erklärt werden. Die RD würde also, nach Gurr, nicht kollektives Handeln verursachen, weil sich Gruppenmitglieder als Gruppe benachteiligt sehen, sondern weil Individuen wahrnehmen würden, dass sie gleichzeitig benachteiligt werden, weshalb sie sich zum gemeinsamen Handeln motivieren würden. Ist der Unterschied zwischen der KRD und der IRD bei Runciman noch qualitativ, behandelt Gurr das Verhältnis als einen rein quantitativen Zusammenhang, bemängeln weiterhin Walker und Pettigrew: je mehr Personen individuell relativ depriviert sind, desto größer ist die Chance, dass Gruppenverhalten motiviert wird. Auch in Crosbys Studien wird die RD hauptsächlich als ein individueller Zustand behandelt, während jedoch kollektive soziale Folgen damit erklärt werden, urteilen weiter Walker und Pettigrew. Die Kategorisierung der IRD und der KRD von Runciman kommt unter beiden AutorInnen gar nicht vor (vgl. Walker & Pettigrew 1984).

Nachdem die zivilgesellschaftlichen Unruhen in den 60er Jahren aufhörten, verlor auch die Beliebtheit der Theorie der RD an Bedeutung (ebd.). Die meisten Studien ergaben keine befriedigenden Ergebnisse, sie untermauerten nicht die Legitimität der RD, wie die Metastudie von McPhail (1971) zeigt. Heutzutage wird die RD wieder häufiger behandelt. Sie dient u.a. als Erklärung von Diskriminierungsverhalten und Rechtspopulismus. Die ausbleibende Erklärungskraft des Konzeptes gilt mittlerweile als ein Problem uneinheitlicher und ungenauer Messungen. So zeigen Smith und Ortiz (2002), dass die von McPhail untersuchten Studien viele voneinander sehr unterschiedliche Messkonstrukte miteinbezogen. Die theoretische Unschärfe bei der Herstellung von Konstrukten wird für die mangelnde empirische Signifikanz verantwortlich gemacht.

Auch Kinder und Sear (1985) schreiben, dass die schlechten empirischen Ergebnissen sich daraus ergeben, dass sich Forscher nur auf eine oder zwei der drei wichtigsten theoretischen Bedingungen der RD fokussiert hatten:

- Menschen wünschen sich etwas, was sie nicht haben.
- Sie fühlen sich legitimiert dies zu haben.

- Sie geben sich nicht selbst die Schuld es haben zu wollen.

Pettigrew und Walker (1984) arbeiten sogar sechs Schwächen der bis zum Zeitpunkt durchgeführten RD Forschung aus und schlagen Lösungen vor, die in zukünftigen Studien berücksichtigt werden sollten. Im Folgenden wird kurz auf sie hingewiesen. Erstens sollte zwischen der IRD und der KRD unterschieden werden. Während die individuelle relative Deprivation u.a. gesundheitliche Probleme, Fettleibigkeit, Migration, Morbidität oder individuelles Protestverhalten vorhersagen kann (Smith & Huo 2014), wird die kollektive relative Deprivation in der Literatur für die Erklärung sozialer Bewegungen und Gruppenkonflikte herangezogen (Smith & Ortiz 2002). Zweitens muss, nach Pettigrew und Walker, das Messniveau geklärt werden, sodass die IRD durch die Befragung über die individuelle Situation und die KRD durch die Einschätzung der kollektiven Situation gemessen wird. Auf die aggregierende Ableitung, mit der von IRD auf KRD geschlossen wird, sollte verzichtet werden. Drittens sollten sowohl die kognitiven wie auch die affektiven Komponenten der RD erkannt und voneinander unterschieden werden. Die kognitive Komponente besteht aus einer vergleichenden Wahrnehmung, in der die befragte Person sich ungerecht benachteiligt fühlt. Die affektive Komponente stellt die Frustration und das Ressentiment dar, die sich aus der wahrgenommenen Ungerechtigkeit ergeben. Letztere Komponente sollte, so Martin und Murray (1983, zit. nach Pettigrew & Walker), vor allem bei Untersuchungen zur KRD einbezogen werden. Viertens sollte die absolute Deprivation, also die messbare Benachteiligung anhand objektiver Merkmale, nicht mit der RD verwechselt werden. Wie oben ausgeführt, handelt es sich bei letzterer um die subjektiven Wahrnehmungen und Gefühle der Individuen. Die direkte Befragung des Individuums nach seiner Erfahrung ist zu bevorzugen, da es bei der RD gerade um die Selbsteinschätzung geht. Fünftens spielt die richtige Spezifizierung der Referenzgruppe eine wichtige Rolle. Hier muss die vom Subjekt als relevant wahrgenommene Vergleichsperson oder Gruppe berücksichtigt werden. Diese vorherzusagen erweist sich als problematisch. Smith und Huo (2014) erklären dies am Beispiel eines Straßenreinigers in einem reichen Viertel. Nur wegen der örtlichen Nähe wird er sich in diesem Viertel nicht unbedingt relativ depriviert vorkommen, wenn er die örtliche Umgebung nicht als Referenzgruppe wahrnimmt. Letztens muss die Vergleichsdimension gemessen werden, welche das infrage kommende Individuum selbst wählt. Ein gewöhnlicher Fehler ist es bspw. davon auszugehen, dass Personen mit der Referenzgruppe immer die Einkommen von Personen vergleichen, was jedoch nicht immer der Fall sein muss. Auch Bildung, Lob oder andere Statusfaktoren können je nach Kontext und Referenzgruppe unterschiedlich relevant sein, sodass Individuen diese zum Vergleich heranziehen. In einem weiteren Versuch, die

tatsächliche Erklärungskraft der RD zu finden, analysieren Smith und Ortiz (2002) in ihrer Metastudie nur Zusammenhänge, die in Studien vorkommen, welche für die Messung von RD folgende Bedingungen erfüllen:

- In experimentellen Studien, muss die RD als kausale Variable gemessen werden.
- Individuen müssen direkt über ihre Erfahrung gefragt werden (die RD aus der Einkommensungleichheit zu vermuten, wird nicht gezählt).
- Es muss nach einem Vergleich gefragt werden.
- Die Person muss sich in diesem Vergleich als benachteiligt vorkommen.

Werden diese Bedingungen, welche sich mit den davor genannten Vorschlägen von Pettigrew und Walker überschneiden, in der Analyse berücksichtigt, können, laut Smith und Ortiz, starke Zusammenhänge zwischen RD und zahlreichen Verhaltensweisen und Einstellungen gefunden werden (siehe dazu Smith & Ortiz 2002).

3. Das Konzept der Solidarität

Die theoretische Auseinandersetzung mit dem Konzept der Solidarität fand in der Sozialtheorie spät ihren Platz. Wie Bayertz (1998) erörtert, wird diese Vernachlässigung nachvollziehbar, wenn die defensive Position der vorherrschenden politischen Philosophie nachverfolgt wird, bei der die Betonung und Verteidigung der individuellen Rechte im Vordergrund stand. Die fehlende theoretische Schärfe des Solidaritätsbegriffes hielt aber bis heute nicht von dessen Nutzung ab, so Bayertz. Im Gegenteil, Solidarität kommt in flexiblen und passenden Kontexten vor, vor allem dann, wenn die Politik nach „Opfer“ verlangt, woraus sich auch die Notwendigkeit einer Präzisierung ergibt.

Ihren Ursprung hat die Idee schon im römischen Recht, fasst Bayertz weiterhin zusammen; Menschen waren dazu verpflichtet, für die Schulden ihrer Angehörigen aufzukommen. Dieselbe Rechtsform erhielt sich auch nach dem Verfall des römischen Reiches in Teilen Galliens über das Mittelalter und bis in die Moderne. Im 18. Jahrhundert wurde ihre rechtliche Bedeutung vernachlässigt, die Idee wurde besonders während der französischen Revolution im Hinblick auf die *Brüderlichkeit* bedeutsam und beschreibt die Gesinnung zwischen gleichwertigen, emanzipierten Bürgern (vgl. ebd.). Während des 19. Jahrhunderts gewann die Solidarität wieder einerseits im revolutionären und andererseits im kirchlichen Lager an Relevanz als Reaktion auf die Atomisierung der Moderne (vgl. Smith & Sorrell 2014). Schließlich galt Solidarität als Lösung für die sozialen Fragen des 19. Jahrhunderts. Die sozialdemokratische Version diente als eine reformistische und weniger radikale Förderung, die besonders die Mittelklassen in Frankreich ansprechen konnte. In diesem politischen Umfeld entwickelte Durkheim einige der ersten in den Sozialwissenschaften definierten Solidaritätskonzepte (vgl. Smith & Sorrell 2014).

3.1 Solidarität als Zusammenhalt

Für Durkheim (1992 [1893]) ist die Solidarität der Leim, der die Gesellschaft zusammenhält. Er unterscheidet typologisch zwischen der *mechanischen* und der *organischen* Solidarität. Die mechanische Solidarität war in den einfachen Gesellschaften nötig, in denen sie sich aus dem Zugehörigkeitsgefühl zur Gruppe und einer gemeinsamen moralischen Struktur zusammensetzte. Die organische Solidarität entsteht, nach Durkheim, dagegen erst in modernen Gesellschaften. Obwohl Individuen hauptsächlich ihren Selbstinteressen nachgehen, bleiben sie in dieser Gesellschaftsform wegen zunehmender, komplexer werdender Arbeitsteilung

voneinander funktional abhängig. Jedoch auch in modernen Gesellschaften, unterstreicht Durkheim, bleibt eine geteilte normative Struktur für den Zusammenhalt relevant (vgl. ebd.). Zur weiteren Bekanntwerdung des Durkheimschen Konzeptes spielt Parsons (1951) eine wichtige Rolle, als er sich weiterhin mit der Frage beschäftigte, was Gesellschaft zusammenhält. Wie Durkheim gibt auch Parsons der Orientierung an Werten und Normen einen hohen Stellenwert. Die Handlungsweisen, die soziale Strukturen sichern, werden nach Parsons durch institutionalisierte Werte festgelegt (vgl. Parsons & Shils 1951). Aus diesen Überlegungen entsteht das Bild des homo sociologicus, d.h. der sich an Werten orientierende Mensch des strukturfunktionalistischen Paradigmas; dieser steht in Gegensatz zum homo oeconomicus, dem nutzenmaximierenden Menschen gemäß dem Rational-Choice-Modell.

3.2 Solidarität als Nutzenmaximierung

Wie Smith und Sorrell (2014) in ihrer theoretischen Metastudie zusammenfassen, gab es seitdem zahlreiche unterschiedliche Versuche die Solidarität zu definieren. Selbst die von Parsons angegriffenen Rational-Choice-TheoretikerInnen entwarfen weitere Versuche, die Solidarität zu erklären, in denen das Eigeninteresse der AkteurInnen als die Hauptursache konzipiert wird. Individuen würden erkennen, dass sie ihren Nutzen maximieren können, indem sie einer Gruppe angehören und für gegenseitige Unterstützungsleistungen für das Wohlbefinden aller Mitglieder sorgen. Solidarität sei also als das Ergebnis des rationalen, Eigennutzen maximierenden Kalküls von Mitgliedern einer Gruppe zu verstehen: indem sie einer Gruppe angehören, dessen Mitglieder sich gegenseitig helfen, profitieren die einzelnen Akteure (Hechter 1987). Für Baurmann (1998), ein weiterer Vertreter des Rational-Choice Zugangs, ist Solidarität

„wenn eine Person einen freiwilligen Transfer von Gütern oder Leistungen an ein anderes Individuum oder eine Gruppe von Individuen vornimmt und dieser Transfer nicht Gegenstand eines ausdrücklich vereinbarten und sozialstaatlich durchsetzbaren Vertrages ist“ (Baurmann, 1998, 345).

Die Übermittlung der Mittel erfolgt freiwillig, der Anreiz solidarisch zu handeln wird jedoch größer, je zuverlässiger der Reziprozitätsmechanismus und je größer die Abhängigkeit der anderen Mitgliedern ist (ebd.). Die Frage, ob Solidarität unbedingt außerhalb von sozialstaatlichen oder vertraglichen Bestimmungen existieren muss, ist ein entscheidendes Thema, dass unter Kapitel 3.4 weiter diskutiert wird. Zusammenfassend schreiben TheoretikerInnen des Rational-Choice Paradigmas der Solidarität die Funktion zu, das altruistische und kooperative Verhalten von Individuen zu sichern, welches im Endeffekt zur Nutzenmaximierung der einzelnen AkteurInnen beiträgt. Dadurch widerspricht die Solidarität

der eigennützigen Verfolgung von Interessen nicht. Dieses Modell wurde öfters von SozialwissenschaftlerInnen und PsychologInnen kritisiert, ergänzen Smith und Sorrell (2014), da solidarisches Verhalten nicht einzig durch dieses Kalkül erklärt werden kann. So sind bspw. Individuen oft auch gegenüber Nicht-Mitgliedern oder sogar gegenüber Tieren altruistisch, was nach dieser Theorie als irrationales Verhalten einzustufen wäre, weshalb dessen Vorkommen nicht zu erklären wäre (ebd.).

3.3 Weitere Konzepte

Ein diametral entgegengesetztes Verständnis zum Rational-Choice Konzept entwickelt Kaufmann, nämlich als „antithetisch am Begriff egoistischer Interessenverfolgung“ (Kaufmann 2002, 44) und betont „die Nachrangigkeit des Eigeninteresses bzw. das Fehlen einer egoistischen Interessenverfolgung im Handlungsvollzug“ (ebd., 41, Hervorhebung weggelassen). Er unterscheidet zwischen vier Typen von Erscheinungen der Solidarität: Die Loyalität, womit die Erfüllung von Erwartungen trotz fehlender Sanktionen gemeint wird; der Altruismus, welcher die Leistung bezeichnet, die anderen zugutekommt, ohne dass man selbst Vorteile von anderen erwartet; die erweiterte Reziprozität, die das sich ausgleichende Verhalten innerhalb eines Systems der Reziprozität darstellt; und das kollektivitätsorientierte Verhalten, das mit der Absicht erfolgt, die Interessen des Kollektivs zu verwirklichen (ebd.). Im Mittelpunkt scheinen hier die Absichten und Orientierung des Handelnden und nicht die Folgen seines Handelns zu stehen. Thome (1998) ignoriert dagegen die Einstellung und rückt die Handlung des Individuums in den Vordergrund: „Als solidarisch wird ein Handeln bezeichnet, das bestimmte Formen des helfenden, unterstützenden, kooperativen Verhaltens beinhaltet und auf einer subjektiv akzeptierten Verpflichtung oder einem Wertideal beruht“ (ebd., 219). Von Interesse ist insbesondere, ein empirisch gut messbares Konzept zu erstellen. Neben den altruistischen Absichten lässt Thome jedoch auch die für viele TheoretikerInnen wichtige Dimension der emotionalen Zugehörigkeit beiseite. Diese Dimension ist u.a. für Hondrich und Koch-Arzberger in ihrem etwas engeren Konzept wesentlich. Solidarität wird definiert als ein „Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Personen, die, trotz Differenzen, ihre Interessenlage und Ziele als gleich verstehen, aber ungleich beeinträchtigt sehen, woraus der Anspruch bzw. die freiwillige Verpflichtung einseitiger Unterstützung erwächst, gekoppelt mit dem Anspruch bzw. der Verpflichtung zu Unterstützung von der anderen Seite, sofern die Situation sich verkehrt“ (Hondrich & Koch-Arzberger 1992, 14).

Somit ist nach den AutorInnen Solidarität kein Handeln, sondern das Gefühl der Verbundenheit, das unter den Voraussetzungen der Freiwilligkeit, der gemeinsamen als gleich anerkannten Interessen und der gegenseitigen Verpflichtung gegeben sein muss.

3.4 Sozialstaatliche Solidarität und solidarisches Handeln

Aus den vielen unterschiedlichen Definitionen lässt sich erkennen, dass sich keineswegs leicht festlegen lässt, was Solidarität ist. Neben der Frage, ob die Solidarität einerseits vor allem von subjektiven Gefühlen, Einstellungen und Absichten abhängt oder andererseits hauptsächlich beobachtbare und messbare Handlungen bzw. Reziprozitätssysteme sind, kommt die Diskussion hinzu, auf welcher Gesellschaftsebene Solidarität stattfindet. Nullmeier (2006) unterscheidet zwischen der auf individueller Ebene wirkenden Solidarität und der sozialstaatlichen Solidarität. Bei der individuellen, *altruistischen* Solidarität wird die Verantwortung im Individuum gesehen und die erbrachte Leistung von seiner Bereitschaft und seinem Handeln abhängig gemacht. Die sozialstaatliche Solidarität ist, so Nullmeier, als ein Set von Mechanismen und Technologien zu verstehen, die die Reziprozität auf lange Dauer sichern und die TeilnehmerInnen moralisch entlasten. Ein bekanntes Beispiel für die sozialstaatliche Solidarität ist die Sozialversicherung, in der mit dem Ziel der Entlastung der Gesellschaftsmitglieder Risiken gebündelt werden und das Kollektiv für diese verantwortlich gemacht wird (vgl. ebd.). In den Appellen zur individuellen, karitativen Solidarität sieht Nullmeier dagegen eine neoliberale Strategie. Indem die Verantwortung für das Wohlbefinden der vernachlässigten Mitmenschen von der staatlichen auf die individuelle Ebene übertragen wird, wird eine Politik ermöglicht, die den Wohlfahrtsstaat abbaut und die Marktkräfte dereguliert. Manche AutorInnen, wie Stjernø (2005), gehen so weit, dass sie sogar die sozialstaatliche Solidarität als die einzige Solidarität definieren. Die Unterstützung, die an Mitmenschen außerhalb der staatlichen Institutionen gegeben wird, bleibt in seiner Definition ausgeblendet. Auch Honneth und Habermas sehen in der sozialstaatlichen Reziprozität den Kern der Solidarität (zit. nach Prainsack & Buyx 2017). Andere AutorInnen, wie z.B. Baumann (1999) und Wildt (1999, zit. nach Prainsack & Buyx 2017) gehen den entgegengesetzten Weg, indem sie davor warnen, dass der Wohlfahrtsstaat Menschen zur Unsolidarität erzieht. Sozialstaatliche oder „kontraktuelle“ Solidarität sollte, so die Autoren, nicht als Solidarität verstanden werden, weil die Absicht, solidarisch zu sein, fehlen würde. In einem Wohlfahrtsstaat würden Personen dazu gezwungen werden, laut Baumann und Wildt, kooperativ zu sein, weshalb die sozialstaatliche Solidarität als keine authentische Form der Solidarität wahrgenommen werden sollte.

Indem sie sich auf zahlreichen und voneinander sehr unterschiedlichen Perspektiven stützen, erschließen Prainsack und Buyx (ebd.) eine weitere Definition. Solidarität ist für die Autorinnen „eine Verpflichtung, (finanzielle, soziale, emotionale oder sonstige) Kosten zu tragen, um

anderen zu helfen, mit denen eine oder mehrere Personen Ähnlichkeiten in einer relevanten Hinsicht erkennen.” (ebd., 52, meine Übersetzung). Diese Verpflichtung unterteilen sie in drei Stufen: 1. Die interrelationale Solidarität auf Mikroebene, 2. die Gruppensolidarität auf Mesoebene, und 3. die sozialstaatliche Solidarität auf Gesellschaftsniveau. Dadurch schließen sie nicht das individuelle solidarische Handeln aber auch nicht die sozialstaatlichen Reziprozitätsmechanismen von ihrer Solidaritätsdefinition aus. Beide Kategorien werden als Solidaritäten betrachtet, die als Gegensätze einer Dimension aufgefasst werden können. Das altruistische Handeln ist vor allem in interrelationalen Mikrobeziehungen zu erwarten, während die sozialstaatliche Solidarität hauptsächlich auf Makroebene organisiert werden kann. Auf der Gruppenebene könnte genauso solidarisches Handeln wie sozialstaatliche Solidarität auftauchen.

3.5 Grenzen der Solidarität

Es wurde oben ausgeführt, was Solidarität ist oder wie sie verstanden werden kann und wo sie auftaucht. Nun wird der für diese Arbeit ebenfalls relevante Aspekt behandelt, an wem Solidarität gerichtet wird. Bevor dieser Punkt geklärt werden kann, ist es hilfreich auf eine Unterscheidung hinzuweisen, die Stjernø (2005) in seiner ideengeschichtlichen Analyse der Entwicklung der Solidaritätsidee in Europa durchführt. Er erkennt, dass sich dieses Konzept einerseits auf die Idee des auf Normen und Werte gestützten Zusammenhalts zurückführen lässt, eine Perspektive, die etwa bei Durkheim und Parsons vorkommt. Die andere Perspektive bezieht sich eher auf Marx und Engels, u. U. ist sie aber auch bei Max Weber vorzufinden. Hierbei handelt es sich um die Solidarität, die sich auf spezifische Gruppen, auf die Beziehungen ihrer Mitglieder und deswegen auch auf die Grenzen von solidarischen Gruppen bezieht (vgl. ebd.). Diese zweite Perspektive von Solidaritätskonzepten ist in der vorliegenden Arbeit von Interesse, da die Frage behandelt werden soll, wie die Solidaritätsgrenzen beeinflusst werden.

Die Beschreibung dieser Solidaritätsdimension wurde bereits mehrmals konzeptuell dichotomisiert: Alexander (2006) unterscheidet zwischen der „civil solidarity“ und der „uncivil solidarity“, Sorokin (1947) zwischen der „exclusive tribal solidarity“ und der „universal solidarity“ und Stjernø (2005) zwischen der inklusiven und der exklusiven Solidarität (zit. nach Hofmann et al. 2018). Wie an den Begriffen erkannt werden kann, wird die exklusive Solidarität von vielen AutorInnen öfters negativ konnotiert, da sie mit strikten Abgrenzungen, wie Rassismus, Nationalismus, Chauvinismus, Rechtsextremismus usw. assoziiert wird (Smith &

Sorrell 2014). Smith und Sorrell (ebd.) sehen dagegen die Exklusion als einen notwendigen Bestandteil der gesellschaftlichen Inklusionsprozesse. Durch die Anwendung von Inklusionskriterien werden unvermeidlich immer auch Menschen exkludiert. Auf die Exklusion zu verzichten, indem auch die solidarische Inklusion vermieden wird, ist aber auch keine Möglichkeit, so die AutorInnen. Eine Gesellschaft ohne Inklusion, d.h. ohne Solidarität, wäre nämlich nicht möglich, weil die Motivation zur politischen Teilnahme fehlen würde (ebd.).

Die Reichweite der Solidarität bildet in Stjernøs (2005) Theorie eine von vier Dimensionen, mittels welche viele in der Geschichte vorkommenden Solidaritätsideen leichter zugeordnet werden können: 1. Die Grundlage der Solidarität (Welche sind die Bedingungen, unter denen Solidarität geleistet wird?), 2. die Grenzen der Solidarität (Welche Personen werden inkludiert?), 3. das Ziel der Solidarität (Welches ist das kollektive Objekt, weshalb Solidarität geleistet wird?) und 4. die Betonung individueller Autonomie gegenüber kollektiver Orientierungen (inwiefern überwiegen die kollektiven über die individuellen Interessen?). Relevant für diese Arbeit sind vor allem die ersten zwei miteinander stark verwobenen Punkte. Stjernøs führt vier Beispiele an, anhand denen sich veranschaulichen lässt, wie sich Inklusion und Exklusion aufgrund einer gemeinsamen Basis legitimieren lässt: Solidarität kann eine sehr enge Grundlage haben, wie etwa die der Blutsverwandtschaft, sodass nur Verwandte dem Solidaritätskreis angehören würden. Zweitens kann die eigene *Rasse* oder Ethnie herangezogen werden, also Vorstellungen einer kulturell oder anatomisch homogenen Gruppe, deren Mitglieder sich anhand bestimmter Kriterien wie körperlich-morphologische Merkmale, Sprache, Religion, Essen usw. ähneln. In diesem Fall würde Solidarität nur den Mitgliedern dieser ethnischen Gruppe gezeigt werden. Drittens könnte die Klasse oder die Religion als gemeinsame Grundlage übernommen werden. Daraus würde folgen, dass nur Klassenmitglieder bzw. Glaubensangehörige derselben Religion inkludiert werden. Am anderen Ende dieses Kontinuums wäre es möglich, so Stjernø, eine universelle Solidarität zu vertreten: eine grenzenlose Solidarität mit allen Menschen bzw. Lebewesen. Die breite Grundlage dieser Solidarität wäre eben die geteilte Erfahrung als Mensch oder Lebewesen. Diese Inklusionsdimension veranschaulicht Stjernø weiterhin anhand von zwei realen geschichtlichen Beispielen: der Sowjetsozialismus Lenins und der Faschismus Hitlers und Mussolinis. Während sich der Sowjetsozialismus auf die Solidarität innerhalb der Klasse stütze, also die gemeinsame Unterstützung von ArbeiterInnen ansprach, sodass die Kapitalistenklasse ausgeschlossen blieb, wurde die Solidaritätsidee im Faschismus auf die Nation im Falle Mussolinis bzw. auf den nationalsozialistischen Rassebegriff im Falle Hitlers begründet. Die Grenzen der exklusiven Solidarität der Faschisten durchquerte (zumindest theoretisch) die

Klassengrenze, schloss aber alle Minoritäten und Fremde aus. Der internationale Sozialismus durchquerte hingegen die nationalen und ethnischen Grenzen und exkludierte die Kapitalbesitzer.

In Stjernøs wie in weiteren Konzepten wird deutlich, dass für die Bestimmung der Grenzen der Solidarität die Anerkennung von Gleichheit von Bedeutung ist. In Bayertz Konzept (1998) wird die Betonung einer gleichen objektiven Basis genannt (vgl. Bayertz 1998, 11 f). Auch bei Prainsack und Buyx (2017) ist die Wahrnehmung der gleichen Ausgangslage, der geteilten Verletzlichkeit und Menschlichkeit von Personen eine Bedingung dafür, dass Solidarität entsteht. Besonders bei den letztgenannten AutorInnen tritt eine klare Abgrenzung der Solidarität gegen die Wohltätigkeit vor: Wohltätigkeit kann per Definition nur in ungleichen Beziehungen vorkommen. So gesehen können die Grenzen der Solidarität mit den Grenzen einer Gruppe in Verbindung gesetzt werden, die in bestimmter wichtiger Hinsicht als gleich wahrgenommen wird (vgl. ebd.).

4. Forschungsstand

Wie in der Begriffsbestimmung ausgeführt wurde, erfolgte eine soziologische Auseinandersetzung mit dem Solidaritätsbegriff erst vor nicht allzu langer Zeit, weshalb die empirischen Forschungen dieses Konzept oft unerwähnt lassen. Nichtsdestotrotz ist insbesondere die Fremdenfeindlichkeits- und Rechtspopulismusforschung reichlich entwickelt; aus der Unterstützung rechtspopulistischer Parteien oder aus fremdenfeindlichen Einstellungen lassen sich exklusive Solidaritätseinstellungen interpretieren (vgl. Flecker et al. 2005; Hofmann et al. 2018), weshalb eine Angliederung an den bisherigen Ergebnissen für die weitere Entwicklung der Forschung problemlos gelingen sollte. Aus diesem Grund konzentriert sich der folgende Überblick zum Forschungsstand auf die empirischen Ergebnisse zu den Zusammenhängen zwischen der relativen Deprivation und dem Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit und der rechtspopulistischen Einstellung. Anfangs werden auch Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen RD und die gruppeninnere Solidarität dargestellt, welche aber leider sehr selten in der Forschungsliteratur aufscheinen und deswegen nur kurz angeführt werden.

4.1 KRD und positive Diskriminierung

Die relative Deprivation ist u. a. eine sozialpsychologische Ursache für Unzufriedenheit und für Protest gegen Strukturen bzw. soziale Verhältnisse, die für die entstandene bzw. empfundene Ungerechtigkeit verantwortlich gemacht werden. Neben der Verstärkung von Protestverhalten, gibt es aber auch Hinweise dafür, dass KRD die Unterstützung von Organisationen verstärken kann und kollektive Handlungen motiviert (Walker & Pettigrew 1984), sowie auch die Einstellungen gegenüber politischen Maßnahmen beeinflusst (Tougas & Veilleux 1988). So zeigen Tougas und Veilleux (ebd.) in einer Studie, dass die KRD von Frauen die positiven Einstellungen gegenüber Maßnahmen positiver Diskriminierung für Frauen stärkt. Bezogen auf die zuvor beschriebenen Solidaritätskonzepte kann damit gesagt werden, dass die KRD von Frauen die gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität stärkt. In einer zweiten Studie zeigen Tougas und Veilleux (1990), dass sich auch die Einstellung von Männern gegenüber positiver Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz verbessert, wenn sie die benachteiligte Lage von Frauen anerkennen. Die Wahrnehmung der KRD der anderen Gruppe, welche zugleich die Anerkennung der vorteilhaften Situation der eigenen Gruppe bedeutet, führt zu einer sozialstaatlichen Solidarisierung außerhalb der Gruppe.

4.2 KRD und Rassismus

Zunehmende Bedeutung erhält in der Literatur jedoch der Zusammenhang der KRD mit ethnozentristischen Einstellungen (Grant 1995; Taylor et al. 2001; Vanneman & Pettigrew 2016). Vanneman und Pettigrew (ebd.) finden in einer Studie in den USA eine Korrelation zwischen der IRD bzw. der KRD und dem anti-afroamerikanischen Rassismus, jedoch gehen beide Arten der Benachteiligungsempfindung mit unterschiedlichen Rassismen einher: Während beide RD-Typen mit dem Kontakttrassismus korrelieren, der von der Abneigung gekennzeichnet ist, mit Personen der anderen Ethnie in einem nahen Beziehungsverhältnis zu sein, ist die Korrelation mit dem kompetitiven Rassismus, also mit dem Drang nach der Unterordnung der anderen Ethnie, nur mit der KRD nachzuweisen. Laut Ergebnissen führt der kompetitive Rassismus zu Einstellungen, die gegen Regierungsprogramme sind, die die Unterstützung von AfroamerikanerInnen zum Ziel haben. Kurzgefasst wirkt also KRD negativ auf die sozialstaatliche Solidarität mit ausgeschlossenen Gruppen. Daraus wird eine aufschlussreiche Eigenschaft der KRD sichtbar: sie entsteht nicht notwendigerweise im Vergleich mit Ethnien, die als übergeordnet wahrgenommen werden. Wie Taylor et al. (2001) anführen, kann auch der sich verkleinernde Spalt zwischen dem Status der eigenen Ethnie und einer untergeordneten aber aufsteigenden Ethnie zur KRD führen. Sind die Mitglieder einer Ethnie daran gewöhnt, sich als übergeordnet wahrzunehmen, wirkt der Statusaufstieg der anderen Ethnie auf das Empfinden der statushöheren Ethnie als ein relativer Statusabstieg der eigenen noch vorteilhaften Position.

4.3 KRD und Fremdenfeindlichkeit

Rippl (2003) geht ebenfalls in Deutschland dem Effekt der RD auf die Fremdenfeindlichkeit auf den Grund. In einer quantitativen Studie vergleicht sie die am häufigsten behandelten Ursachen von Fremdenfeindlichkeit: a) die IRD und KRD, b) die Gruppenidentifikation, c) die autoritäre Persönlichkeit und d) der anomische Ansatz. Die ersten beiden Ansätze fasst Rippl als Konfliktansätze zusammen, weil sie die Fremdenfeindlichkeit als Folge der wahrgenommenen Konkurrenz um knappe Ressourcen erklären. Die beiden letzten Konzepte werden als Kompensationsansätze bezeichnet, wodurch die Fremdenfeindlichkeit als psychologische Strategie verstanden wird, die den Mangel in anderen Lebensbereichen beheben soll. Die Studie ergibt, dass sich vor allem die Kompensationsansätze als Erklärungsfaktoren bewähren, während die Konfliktansätze, entgegen den Erwartungen der Autorin, kaum oder nur einen indirekten Effekt auf die Fremdenfeindlichkeit haben (indem sie die Anomie verstärken).

Bei diesem Ergebnis ist jedoch einzuwenden: Wie in der Begriffsbestimmung geklärt wurde, wird in der RD-Forschung viel Betonung auf die Messkriterien gelegt (s. Kap. 2.3). Rippl fragt, um die KRD zu messen, nach der Einschätzung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands, womit sie die Referenzgruppe der befragten Personen unterstellt, anstatt die Befragten selbst entscheiden zu lassen. Es sollte jedoch angemerkt werden, dass dieses Vorgehen bei der Messung der KRD nicht ungewöhnlich ist (auch etwa bei Sommer 2010).

Zu einem anderen Ergebnis kommt Sommer (2010) in einer Metaanalyse mehrerer qualitativer und quantitativer Studien. Er belegt, dass die KRD deutlich mit fremdenfeindlichen Haltungen korreliert. Einen einfachen kausalen Zusammenhang schließt Sommer jedoch aus. Die qualitativen Untersuchungen ergeben nämlich das Bild, dass die RD nicht eine Erklärung sondern möglicherweise ein Bestandteil der Fremdenfeindlichkeit ist. Sommer erklärt, dass die wahrgenommene, mit wissenschaftlichen Fakten kaum belegbare Besserstellung von MigrantInnen projiziert wird, damit die schon vorhandene Fremdenfeindlichkeit legitimiert werden kann. Ziel der Abwertung anderer Personen ist es schließlich, das eigene gekränkte Selbstbild im Verhältnis zu den anderen zu verbessern. Ähnlich erklären Zick und Küpper (2009) die von der RD unterstützte, sozialpsychologische Theorie der sozialen Identität (von Tajfel & Turner 1979) den Rassismus. Die rassistische Abwertung kann das Ziel haben, den Selbstwert der eigenen Gruppe und dadurch auch den des Individuums zu stärken. So begleiten Anerkennungsdefizite oft rechtsextreme Einstellungen, die durch Abwertung anderer ausgeglichen werden kann (Zick & Küpper 2009; Walker & Pettigrew 1984; Sommer 2010). Diese Auffassung der RD widerspricht der zuvor erwähnten Zuordnung von Rippl. Die fremdenfeindliche Reaktion auf das Gefühl von Benachteiligung ist nach der sozialen Identitätstheorie nicht als eine rational beabsichtigte Strategie zu verstehen, um einen Konkurrenten zu bekämpfen, weshalb nach diesem Blickwinkel die RD-These nicht als ein Konfliktansatz sondern als ein Kompensationsansatz zu deuten wäre.

In Norwegen entdecken auch Hernes und Knudsen (2016) einen deutlichen Zusammenhang zwischen der ökonomischen RD und der ablehnenden Haltung von MigrantInnen (zwischen der IRD und KRD wird nicht unterschieden, aus dem Kontext kann aber vermutet werden, dass die AutorInnen sich mit der IRD beschäftigen). Neben der subjektiven Wahrnehmung der Befragten haben auch Statusfaktoren wie Einkommen und speziell Bildung einen klaren erklärenden Einfluss. Hervorzuheben ist, dass höhere Bildung besser als der hohe Status von gegenwärtigen eingenommenen Berufspositionen mit der positiven Einstellung gegenüber MigrantInnen korreliert. Laut AutorInnen ist nicht klar, ob es daran liegt, dass Bildung aufklärerisch wirkt, oder weil Bildung als Humankapital aufgefasst wird und den Befragten das

Hoffen auf eine bessere Zukunft erlaubt. Um den Aufklärungspotential von Bildung zu kontrollieren, fügen Hernes und Knudsen die Parteienpräferenz dem Modell hinzu. Dass die Parteienpräferenz kein direkter Indikator für ideologische Einstellung sein kann, ist den AutorInnen klar. Trotzdem führen sie die Analyse mangels Ideologie-messenden Variablen weiter. Dass die Parteienpräferenz dem negativen Zusammenhang zwischen Bildung und Fremdenfeindlichkeit keine Erklärungskraft nimmt, ist ein erster Hinweis, so die AutorInnen, dass er nicht aus ideologischen Gründen entsteht, und dem in Zukunft in weiteren Studien nachgegangen werden sollte (vgl. ebd. 2016).

Flecker et al. (2005) kommen durch ihre qualitative Studie in Österreich auf ein bestätigendes Ergebnis des positiven Zusammenhangs zwischen RD und exklusive Einstellungen, jedoch ohne das Konzept der RD beim Namen zu nennen (weshalb auch keine strikte Trennung zwischen IRD und KRD zum Thema gemacht wird). Die Wahrnehmung fehlender Belohnung und Wertschätzung im Vergleich zu früheren Zeiten und zu anderen Gesellschaftsgruppen wie Flüchtlingen und MigrantInnen, die sich laut Befragten weniger dem Leistungsdruck unterwerfen, verursacht in der Bevölkerung ein Ungerechtigkeitsempfinden. Die AutorInnen weisen darauf hin, dass die symbolische Benachteiligung im Vergleich zur materiellen Benachteiligung zu wenig in der Literatur behandelt wird, was auch Rydgren (2007) mit Verweis auf Bell (2002) und Lipsets (1959) Studien beklagt, in denen betont wird, dass der Statusverlust gleich wichtig, wenn nicht sogar wichtiger ist, als der materielle Abstieg (zit. nach Rydgren 2007). Diese Ressentiments münden schließlich, so Flecker et al., in einer für den Rechtspopulismus willkommenen Proteststimmung (vgl. Flecker et al. 2005).

4.4 KRD und Rechtspopulismus

Einer möglichen Beziehung zwischen RD und Rechtspopulismus widersprechen jedoch die Ergebnisse von Binder (2005). In ihrer Analyse der Wahlerfolge von rechtspopulistischen Parteien neun west-europäischer Staaten von den Jahren 1971 bis 2004 findet sie ihren Erwartungen widersprechend keinen Zusammenhang der RD und der Unterstützung rechtspopulistischer Parteien. Die bestimmenden Ursachen der politischen Verschiebung der europäischen politischen Landschaft sind, so die Autorin, auf der diskursiven Ebene zu verorten. Hinzuzufügen ist jedenfalls, dass, wie häufig in der Forschung, nur die ökonomische IRD gemessen wurde. Die Akzentuierung des Einflusses von rechtspopulistischen Akteuren als Erklärung ihrer Erfolge im Gegensatz zu der Unzufriedenheit in der Bevölkerung kommt, wie im Unterkapitel genauer 4.6 gezeigt wird, öfters in der Literatur vor (s. auch Mols & Jetten

2016; Binder 2005; Muis & Immerzeel 2016; Urbanska & Guimond 2018; Grajczjár et al. 2018).

Die Wirkung der KRD auf die Grenzen der Solidarität belegen allerdings Urbanska und Guimond (2018). In Frankreich untersuchen sie die Erklärungsfaktoren, die zur Wahl von der rechtsextremen Partei Front National im Jahr 2012 führten. Die FN ist die einzige Partei, in der KRD Personen überrepräsentiert sind. Dies widerspricht der These, dass die RD zur Unterstützung von populistischen Parteien führe, unabhängig davon ob sie sich links oder rechts positionieren (Marchlewska et al. 2018, zit. nach Urbanska & Guimond 2018). Die Wahl von populistischen Parteien, so Urbanska und Guimond, wird eher von der pessimistischen Einstellung gegenüber der zukünftigen und der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation bestimmt (vergleichbar mit einer Variante von IRD). Auch die Position im links-rechts Parteienspektrum wird von der KRD nicht vorhergesagt, was daran zu erkennen ist, dass der rechte Kandidat Sarkozy nicht mehr Stimmen von Personen mit KRD als linke KandidatInnen erhielt. Die AutorInnen schließen daraus, dass Personen mit KRD vor allem das rechtspopulistische Angebot bevorzugen, weil nur sie ihre wahrgenommene Benachteiligung ansprechen. Rechtspopulisten werden von Urbanska und Guimond jedoch auch an dieser Wahrnehmung unter der Bevölkerung mitschuldig gemacht, da sie diese mit ihren diskursiven Strategien reproduzieren (vgl. Urbanska & Guimond 2018).

4.5 Relative Anerkennung

In einer weiteren quantitativen Studie anhand der Daten des SOCRIS-Projektes¹ vergleichen Grajczjár et al. (2018) die Einflussfaktoren der Unterstützung der rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Parteien Fidesz, Jobbik (beide aus Ungarn) und FPÖ (aus Österreich). Im Einklang mit anderen Untersuchungen, identifizieren sie die KRD als einen deutlichen Einflussfaktor. Gleichzeitig erkennen sie aber auch den paradoxen Einfluss der relativen Anerkennung (RA), d. h. der Wahrnehmung mehr zu haben, als einem zusteht, welcher als erstes von Grofman und Muller (1973) entdeckt wurde. Obwohl sie den Gegenpol der RD darstellt (die Wahrnehmung weniger zu haben, als einem zusteht), steigt auch in Fällen von RA die rechtspopulistische Orientierung. Dass Aufstiegserfahrungen auch mit autoritär-exklusiven Einstellungen einhergehen können, stimmt auch mit der zuvor genannten qualitativen Studie

¹ Das Projekt „Solidarity in times of crisis“ ist eine Studie über den Einfluss der sozioökonomischen Veränderungen nach der Wirtschaftskrise auf die Wahrnehmungen und politischen Orientierungen der österreichischen und ungarischen Bevölkerungen.

von Flecker et al. (2005) überein. Aus den Ergebnissen zum Verhältnis zwischen der RD und der RA und der Unterstützung rechtspopulistischer Parteien kann also ein V-Modell interpretiert werden: Bei hoher RD und bei hoher RA sind rechtspopulistische Einstellungen stärker. Grajczár et al. (2018) zeigen in ihrer Studie jedoch, dass der Effekt von RD und RA auf die Unterstützung der drei Parteien unterschiedlich ist. Die AutorInnen differenzieren zwischen Gewinner- und Verliererrouten. In Ungarn etwa führt die kollektive relative Anerkennung zu mehr sozialer Dominanz und mehr Ethnozentrismus, was schließlich zur Unterstützung der Fidesz und Jobbik führt. In Österreich verursacht dagegen die KRD den Wohlfahrtsstaatschauvinismus und die politische Ohnmacht, welche mit der Unterstützung der FPÖ korrelieren. Laut den Ergebnissen korrelieren erstaunlicherweise mit der Unterstützung der FPÖ die Xenophobie gar nicht und der Ethnozentrismus sogar negativ.

4.6 Diskursive Strategien

Die Effekte der KRD und KRA auf den Rechtspopulismus untersuchen auch Mols und Jetten (2016) mit einer experimentellen Studie in Australien. Die TeilnehmerInnen wurden in Gruppen aufgeteilt und zum Lesen fiktiver Zeitungen angeregt: eine Gruppe las eine Zeitung, in der eine prosperierende wirtschaftliche Leistung in Australien vorhergesagt wird, die andere Gruppe bekam das Gegenteil zu lesen. Anschließend wurden den Teilnehmenden zwei Struktur-ähnliche, aber ideologisch unterschiedliche politische Reden präsentiert: eine befürwortete Migration, die andere war dagegen. Schließlich wurde die Einstellung gegenüber MigrantInnen gemessen. Die AutorInnen verzeichnen einen stärkeren Einfluss bei der relativen Anerkennung als bei der relativen Deprivation, was sie aber auf die damalige (im Jahr 2003) positive wirtschaftliche Lage Australiens zurückführen. Die Tatsache, dass sowohl die KRD als auch die KRA den Rechtspopulismus beeinflussen kann, schließt einen einfachen Mechanismus zwischen beiden Dimensionen aus. Die AutorInnen schließen daraus, dass RechtspopulistInnen nicht die Gefühle der Unzufriedenheit in der Bevölkerung erkennen, um ihr politisches Programm danach zu richten, sondern dass sie diese Emotionen erst mit diskursiven Strategien entstehen lassen. Muis und Immerzeel (2016) unterstützen diese These, indem sie auf die FPÖ in Österreich verweisen, die viel stärker als die AFD in Deutschland ist, ohne dass die österreichische Bevölkerung viel deprivierter als die deutsche sei. Die Wahl der FPÖ ist größtenteils ideologisch motiviert, so die Autoren, wird von einer wirtschaftlichen aber auch einer kulturellen Unzufriedenheit getragen und nicht nur von inhaltslosen Proteststimmen, wie oft angenommen. Auch Betz (2002) betont, dass der Rechtspopulismus vor allem auf einer

diskursiven kulturellen Ebene und nicht auf einer ökonomischen verursacht wird (zit. nach Binder 2005).

Mit der Frage, ob der Rechtspopulismus nur auf kultureller oder auch auf ökonomischer Ebene entsteht, befassen sich Rippl und Seipel (2018) in einer weiteren Studie. Sie messen drei unterschiedliche Thesen, die die Ursache des Rechtspopulismus erklären: das cultural backlash, die Transnationalisierung und die Modernisierungsverliererthese. Letztere sieht die Ursache der rechtspopulistischen Strömungen in der relativen ökonomischen und symbolischen Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen. Rippl und Seipel zeigen, dass obwohl kulturelle Faktoren die wichtigste Rolle spielen, die Verabschiedung von der Modernisierungsverliererthese zu verfrüht wäre. Bildung, Einkommen und andere Statusfaktoren spielen weiterhin deutlich eine Rolle, vor allem im Zusammenhang mit Abstiegsängsten der unteren Mittelschicht. Seltsamerweise, wie die AutorInnen andeuten, ist die Fremdenfeindlichkeit von 2006 bis 2016 nicht gestiegen. Weshalb die AFD trotzdem mehr Stimmen als früher bekommt, vermuten sie entweder an steigenden Proteststimmen oder an die latente Fremdenfeindlichkeit, die erst jetzt aufgrund der Stimmung öffentlich gemacht wird. Dass die cultural backlash-These die stärkste Erklärung darstellt, erklären Rippl und Seipel damit, dass die AFD aus sozialen Problemen kulturelle Konflikte umformt.

5. Forschungsfrage, Hypothesen und Methode

5.1 Forschungsfrage und Hypothesen

Die Forschungsfrage dieser Arbeit lautet:

Wie hängt die kollektive relative Deprivation mit den Grenzen der Solidarität in der österreichischen Bevölkerung zusammen?

Nach Betrachtung des Forschungsstandes kann vermutet werden, dass die KRD die Solidarität innerhalb der eigenen Gruppe motiviert. Der Theorie nach verursacht sie das Gefühl, als Gruppe benachteiligt zu werden und motiviert kollektive Handlungen, die die wahrgenommenen Ungerechtigkeiten korrigieren und in erster Linie den Vorteil der eigenen Gruppe bezwecken (Tougas & Veilleux 1988; Smith & Pettigrew 2011; Kelly & Kelly 2016). Wird der Status der eigenen Gruppe als benachteiligt wahrgenommen, ist Kooperation innerhalb der Gruppe und gegenseitige Hilfe wahrscheinlicher, um diesen Status in Konkurrenz zu anderen zu verbessern, so die Annahme.

Die Solidarität mit den Out-Groups scheint die KRD jedoch zu schwächen. Obwohl nicht alle Studien zu demselben Ergebnis kommen, wird in vielen Ländern die KRD als Ursache oder zumindest als Begleiterscheinung von exklusiven Einstellungen erkannt. Zur Erklärung dieses Verhältnisses erscheint Rippl (2003) These des Konfliktansatzes plausibel: Werden Ressourcen als knapp wahrgenommen, werden sie nur für die eigene Gruppe gesichert. Eine weitere Erklärung stellt jedenfalls die Theorie der sozialen Identität von Tajfel und Turner (1979) dar: Die Abwertung der anderen Gruppe verbessert den eigenen Selbstwert. Nach Sommer (2010) ist daraus zu interpretieren, dass die KRD nicht die Ursache von exklusiven Haltungen, sondern viel eher eine Nebenfolge von Fremdenfeindlichkeit ist. Die Wirkungsmechanismen hinter diesem Verhältnis werden im Kapitel 8.1 aufgeklärt.

Die zwei zentralen Hypothesen können allerdings bereits formuliert werden:

- Je größer die KRD, desto geringer ist die Solidarität mit den Out-Groups.
- Je größer die KRD, desto größer ist die Solidarität innerhalb der Gruppe.

Die Frage zum Verhältnis zwischen KRD und Solidarität ist bezüglich eines weiteren Punktes zu diskutieren. Einige Studien zeigen, dass exklusive Einstellungen auch als Folge von relativer Anerkennung – das Gegenteil der relativen Deprivation - auftauchen können. Manche AutorInnen schlagen daher vor, dass diskursive und kulturelle Aspekte stärker als die wirtschaftlichen Faktoren beachtet werden sollten. Inwiefern ideologische und wirtschaftliche

Dimensionen den Zusammenhang zwischen KRD und Solidarität bestimmen, wird auch Thema dieser Analyse sein.

5.2 Methodische Umsetzung

In diesem Kapitel wird als erstes die Operationalisierung der theoretischen Dimensionen diskutiert. Zweitens wird beschrieben, wie die erklärenden Analysen bzw. die Regressionsmodelle durchgeführt werden und welche weiteren Kontrollvariablen aus welchen Gründen die erklärenden Modelle einschließen werden. Diese werden mittels einer statistischen Analyse des in Österreich repräsentativen Datensatzes des Projekts „Solidarity in Times of Crisis“ (SOCRIS) umgesetzt². Die SOCRIS-Erhebung wurde zwischen Juli und September im Jahr 2017 in Österreich und in Ungarn durchgeführt. Befragt wurden erwerbstätige und erwerbslose Personen im Alter zwischen 18 und 65 Jahre. Im Rahmen dieser Arbeit wird nur mit der österreichischen erwerbstätigen Population gearbeitet.

Die für diese Studie relevanten und unter Kapitel 2 und 3 diskutierten Konzepte sind im Fragebogen enthalten.

Das Konzept der KRD (s. Kap. 2) wird mit der Fragebatterie gemessen: **„Die folgenden Aussagen beziehen sich auf die gesellschaftliche Klasse oder Berufsgruppe, der Sie am ehesten angehören. Stimmen Sie diesen Aussagen zu oder nicht? Ihre Antwort sollte nicht nur auf Sie selbst, sondern auch auf die Klasse oder Gruppe als Ganzes bezogen sein.“**

Die Anweisung, die eigene Meinung zu diesen Aussagen mit Verweis auf die Gruppe zu geben, der man sich zugehörig fühlt, zeigt deutlich, dass es sich hier um die Messung der subjektiven Einschätzung von kollektiven Einstellungen handelt, wobei der häufige Fehler vermieden wird, die Referenzgruppe den Befragten zu unterstellen (Pettigrew & Walker 1984, s. Kap. 2.3). Die Befragten konnten ihre Zustimmung zu den folgenden Aussagen mit einer 5-stufigen-Likertskala mitteilen (die letzten zwei Aussagen wurden in der Auswertung umgepolt):

- Die Anerkennung, die Menschen wie ich erhalten, entspricht nicht der Wertschätzung, die wir verdienen.
- Menschen wie ich werden ausreichend für ihre Arbeit belohnt.
- Menschen wie ich haben die Macht, die man braucht, um für unsere Interessen einzutreten.

² Das SOCRIS-Projekt ist ein gemeinsames Forschungsprojekt der Universität Wien, der Milton Friedman Universität und des Instituts Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) und wurde vom Fond zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) finanziert (<https://www.socris-project.com/>).

Um die Reichweite der Solidarität zu befragen, eignen sich, aufgrund mehrerer Dimensionen des Konzeptes, drei Fragebatterien. Erstens wird nach der Teilnahme an ehrenamtlichen Aktivitäten (solidarisches Handeln) gefragt: „**In den letzten 12 Monaten, haben Sie sich an Aktivitäten von Organisationen oder Gruppen aus folgenden Bereichen beteiligt (z.B. in Form von Unterschriftenlisten, Demonstrationen, Spenden etc.)?**“ Die Teilnehmenden konnten mit Ja oder Nein antworten, ob sie sich für folgende Zwecke einsetzten:

- Gewerkschaften
- politischen Parteien oder politischen Bewegungen
- für Umweltschutz
- für karitative oder humanitäre Hilfe
- für Menschenrechte
- oder für Flüchtlingshilfe

In der zweiten Fragebatterie (solidarische Einstellungen) wurde gefragt, welche Menschengruppen in welchem Ausmaß vom Staat bzw. sozialstaatlich solidarisch unterstützt werden sollten: „**Welche der folgenden Gruppen wie MindestpensionistInnen, kinderreiche Familien, Langzeitarbeitslose etc. sollte vom Staat wieviel Unterstützung erhalten, um ihre Situation zu verbessern**“. Es konnte angegeben werden, ob folgende Gruppen „mehr Unterstützung“, „so viel Unterstützung wie jetzt“ oder „weniger Unterstützung“ erhalten sollten:

- MindestpensionistInnen
- kinderreiche Familien
- Langzeitarbeitslose
- Flüchtlinge
- Roma und Sinti

In den zwei Messinstrumenten konnten die Befragten ausdrücken, mit welchen Gruppen sie mehr und mit welchen Gruppen sie weniger Solidarität zeigen. Es wird erwartet, dass manche Personen eine andere Einstellung bspw. gegenüber MindestpensionistInnen als gegenüber Flüchtlingen haben. Indem in kausalen Analysen (Regressionsmodellen) verglichen wird, wie die Effekte der KRD auf die sozialstaatliche Unterstützung von MindestpensionistInnen sich von dem Einfluss auf die Hilfe von Flüchtlingen unterscheidet, kann analysiert werden, wie die KRD die Grenzen der Solidarität auf der sozialstaatlichen Ebene ändert. Dasselbe gilt für die verschiedenen solidarischen Handlungen. Wenn die KRD anders auf das solidarische Handeln für die Unterstützung von Flüchtlingen als auf die Teilnahme an Gewerkschaften wirkt, wird

deutlich, wie die Grenzen der Solidarität, diesmal aber auf der Handlungsebene, beeinflusst werden.

Aus dem Vergleich der Items gelingt jedoch keine direkte Unterscheidung zwischen der inklusiven Solidarität mit Out-Groups (z.B. mit Flüchtlingen) und der exklusiven Solidarität nur mit In-Groups (z.B. ausschließlich mit ÖsterreicherInnen). In manchen Items werden Personen aus nicht-österreichischen Ethnien explizit genannt (bspw. Flüchtlinge, Roma und Sinti), während in anderen Items die Ethnie unerwähnt bleibt (Familien mit vielen Kindern, Langzeitarbeitslose). Dennoch kann angenommen werden, dass für die österreichische Bevölkerung im Durchschnitt eine geflüchtete Person als sozial ferner empfunden wird, als ein/e Langzeitarbeitslose/r, ein/e MindestpensionistIn oder eine Familie mit vielen Kindern. In den letzten drei Fällen handelt es sich um bedürftige Personen, mit denen österreichische BürgerInnen mit höherer Wahrscheinlichkeit schon Erfahrungen teilen oder geteilt haben und mit denen sie deswegen mehr sympathisieren, während andererseits angenommen werden kann, dass die Wenigsten in Österreich sich mit den letztlich aufgenommenen Flüchtlingen aus den arabischen oder muslimischen Gebieten identifizieren können (zu Sympathiewerten von ÖsterreicherInnen zu den unterschiedlichen Ethnien siehe Verwiebe 2015). Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, dass die Solidarität mit MindestpensionistInnen als eine exklusive Solidarität zu interpretieren ist. Es handelt sich hingegen um eine Solidarität, die auf die eigene Gruppe gerichtet ist. Eine solche Solidarität ist vergleichbar mit der Situation, die Tougas und Veilleux (1988) beschreiben, in der manche Frauen positiv diskriminierende Maßnahmen stärker unterstützen. Wird andererseits Solidarität mit Flüchtlingen geäußert, kann mit Sicherheit angenommen werden, dass es sich um eine inklusive bzw. nicht-exklusive Einstellung handelt. Dasselbe kann zur Fragebatterie über solidarisches Handeln gesagt werden: gewerkschaftliches Engagement ist bei Weitem nicht mit exklusiver Solidarität gleichzustellen, richtet sich jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die eigene Gruppe, nämlich die ArbeiterInnen bzw. ArbeitnehmerInnen. Aktivitäten für die Besserstellung von Flüchtlingen sind aber unbedingt als inklusiv bzw. als nicht-exklusiv einzuschätzen, da die helfenden ÖsterreicherInnen selbst nicht dieser Gruppe angehören.

Entsprechend dieser Überlegungen wird der Versuch unternommen, aus den Variablen dieser zwei Fragebatterien jeweils zwei Indizes zu bilden, sodass pro Fragebatterie ein Index die Solidarität innerhalb der Gruppe und ein anderer Index die Solidarität mit den „Out-Groups“ darstellt. Ergebnisse zur exklusiven Solidarität werden aus der geringen Punktzahl beim Index über die Solidarität mit den Out-Groups interpretiert werden können. Die vier zu messenden Solidaritätstypen können der Tabelle 1 entnommen werden. Die Zuordnung der Items wird

unter Berücksichtigung von explorativen Faktorenanalysen (PFA), Reliabilitätsanalysen und theoretischen Überlegungen entschieden.

Tab. 1. Solidaritätsdimensionen und -typen

Solidarität	Sozialstaatliche Einstellung	Handeln
Innerhalb der Gruppe	Gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität	Gruppeninneres solidarische Handeln
Außerhalb der Gruppe	Sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups	Solidarisches Handeln für Out-Groups

Ein weiterer Solidaritätstypus wird mit der folgenden Fragebatterie: **„Bewerten Sie bitte auf einer Skala von 1-5, wie sehr Ihnen die Lebensbedingungen folgender Gruppen ein Anliegen sind. 5 meint ein sehr großes Anliegen, 4 ein großes Anliegen, 3 in einem begrenzten Umfang, 2 nicht so sehr, 1 überhaupt nicht.“**

- Ihrer Familie?
- Der Menschen in Ihrer Nachbarschaft?
- Der Menschen in der Region, in der Sie leben?
- Ihrer Landsleute?
- Der EuropäerInnen?
- Der Menschen in anderen Teilen der Welt?

Bei dieser Fragebatterie muss bedacht werden, dass die „Verpflichtung (finanzielle, soziale, emotionale oder sonstige) Kosten zu tragen“ (Prainsack & Buyx 2017, 52, meine Übersetzung; s. Kap. 3.4) nicht angesprochen wird. Während bei der sozialstaatlichen Solidarität klar ist, dass die Steuerzahler bezahlen, und beim solidarischen Handeln die/der Handelnde ihre/seine individuellen Ressourcen mobilisiert, bleibt mit der Beantwortung dieser Frage offen, wer die Verbesserungen der Lebensbedingungen zu verantworten hat. Aus diesem Grund wird dieser Solidaritätstypus „symbolische Solidarität“ genannt.

Mit jeder Antwortkategorie dieses Konstruktes weitet sich der Kreis der symbolischen Solidarität aus. Es ist anzunehmen, dass weniger Personen angeben, sich um Menschen zu sorgen, die weit entfernt leben, während die Allermeisten für selbstverständlich halten werden, dass sie sich um ihrer Familie kümmern. Von Interesse sind insbesondere die letzten zwei Items: „EuropäerInnen“ und „Menschen in anderen Teilen der Welt“. Zusammen stellen diese

Gruppen Personen im Ausland dar und repräsentieren somit in diesem Fall die Out-Groups. Aus diesem Grund wird ein Index nur aus diesen zwei Items gebildet. Die restlichen Items messen die symbolische Solidarität mit der eigenen Gruppe. Die Analyse dieser wird allerdings aufgrund der sehr schiefen Verteilungen der Antworten ausgelassen.

Durch diese Spezifizierung der Solidaritätsebene und -typen können aus den zwei - in Kapitel 5.1 - formulierten Hypothesen insgesamt fünf Varianten umgeschrieben werden. Die Erforschung der Einflüsse der relative kollektiven Benachteiligungsempfindung auf nicht nur eine, sondern auf mehreren unterschiedliche Solidaritätsarten, wird das Verhältnis besser erfassen können und vergleichende Aussagen erlauben. Folgende Hypothesen (H1) werden getestet:

Je größer die KRD ...

- ❖ desto geringer ist die sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups.
- ❖ desto seltener sind solidarische Handlungen für Out-Groups.
- ❖ desto geringer ist die symbolische Solidarität mit Out-Groups.
- ❖ desto größer ist die Gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität.
- ❖ desto häufiger sind Gruppeninnere solidarische Aktivitäten.

Wie zuvor erwähnt wird die Zuordnung und Zusammenfassung der Variablen anhand von theoretischen Überlegungen und von einer explorativen Hauptachsen-Faktorenanalyse durchgeführt, welche anschließend mit Reliabilitätsanalysen bestätigt werden. Nach der Feststellung von gemeinsamen Faktoren werden die infrage kommenden Variablen in jeweilige Indizes transformiert. Die Solidaritätsvariablen werden als die abhängigen Variablen in mehreren multiplen Regressionsmodellen dienen. Bei zu geringer Kategorienanzahl der abhängigen Variablen werden die Solidaritätsindizes dichotomisiert, sodass sie sich für eine logistischen Regressionsanalyse eignen. Der Einfluss, den die KRD auf die Solidaritätseinstellungen ausübt, wird als erstes in einem bivariaten Modell betrachtet. Anschließend werden Regressionsmodelle erstellt, in denen schrittweise relevante soziodemographische Variablen, das Konzept der subjektiven materiellen Sicherheit, die politische Ohnmacht und die rechtspopulistischen Ideologie kontrolliert werden (in der Reihenfolge). Dadurch lässt sich erstens das R^2 der unterschiedlichen Modelle vergleichen und zweitens können additive und interagierende Effekte interpretiert werden. Auch für diese Konzepte werden Indizes erstellt (s. Kap 6.3).

Aufgrund der Zentralität des Begriffes der KRD und der Debatte in der Literatur über die wirtschaftlichen oder ideologischen Ursachen, wird neben der Analyse der Solidarität auch ein Modell zur Erklärung der KRD erstellt. In diesem werden dieselben soziodemographischen Variablen, die Items der materiellen Unsicherheit und die rechtspopulistische Ideologie hinzugefügt (in der Reihenfolge). Die Items der materiellen Unsicherheit sind dem Konzept der individuellen relativen Deprivation ähnlich – wie weiter unten erläutert wird –, weshalb sie zur Erklärung der KRD nicht als Index, sondern als getrennte Items jeweils als Dummy-Variablen in dem Modell integriert werden.

Im folgenden Abschnitt werden die Indikatoren der Kontrollvariablen kurz aufgelistet. Der Grund, weshalb sie als Kontrollvariable übernommen werden, wird anschließend in Bezug zur Forschungsliteratur ausgeführt.

Die soziodemographischen Variablen werden durch folgende Variablen gemessen:

- der Größe der Ortsgemeinde
- dem Bildungsgrad,
- dem Haushaltseinkommen,
- und dem Berufsstatus

Dem Forschungsstand ist zu entnehmen, dass Personen mit höherem Status und insbesondere mit höherem Bildungsabschluss rechtspopulistischen Parteien weniger unterstützen und weniger fremdenfeindlich sind (Sommer 2010; Grajczjár et al. 2018; Hernes & Knudsen 2016; Rippl & Seipel 2018; Zick & Küpper 2009). Demzufolge wird auch erwartet, dass ein niedrigerer Status zu exklusiven Einstellungen führt. Getestet werden soll, ob diese Einflüsse durch die KRD moderiert werden oder ob die Wahrnehmung der Gruppenbenachteiligung in diesem kausalen Verhältnis eher eine untergeordnete Rolle spielt.

Die Variablen über die subjektive Einschätzung materieller Sicherheit bestehen aus

- der Arbeitsplatzsicherheit (Ist die Sicherheit am Arbeitsplatz gestiegen/gesunken?),
- der finanziellen Abstiegs- oder Aufstiegserfahrung (Hat sich die finanzielle Situation Ihrer Familie in den letzten Jahre verbessert/verschlechtert?),
- und dem finanziellen Pessimismus (Erwarten Sie, dass sich die finanzielle Situation in Ihrer Familie in den nächsten Jahren verbessert/verschlechtert?).

Mit diesen Variablen wird nach den individuellen subjektiven Empfindungen und Wahrnehmungen der persönlichen wirtschaftlichen Situation gefragt. Die Ähnlichkeit zwischen diesen Variablen und dem Konzept der ökonomischen individuellen RD ist nicht zu übersehen. Der wichtigste Unterschied dieser Variablen zur IRD ist, dass die Betonung der Benachteiligungsdimension im Vergleich zu anderen Personen fehlt (Smith & Huo 2014; Smith

et al. 2011). Eine RD, die sich aus dem Benachteiligungsgefühl mit Referenz zu den eigenen Erfahrungen aus der Vergangenheit bzw. zu den Vorstellungen in der Zukunft ergibt, wird allerdings ebenfalls in der Literatur, nämlich als intrapersonliche RD, behandelt (Walker & Pettigrew 1984).

Da in der Forschung oft die ökonomische IRD und nicht die KRD herangezogen wird, kann hiermit die Debatte aufgegriffen werden, ob die Unterscheidung zwischen KRD und IRD in Bezug zu exklusiven Einstellungen tatsächlich so relevant ist. Einerseits wird oft belegt, dass die KRD kollektive Einstellungen und Verhaltensweisen besser als die IRD erklärt (Smith & Huo 2014; Smith und Ortiz 2001), weshalb auch erwartet wird, dass die KRD auch mit der Kontrolle des Sicherheits-Indexes einen wesentlichen Anteil der Erklärungskraft behalten wird. Allerdings zeigen manche Studien, dass auch die finanzielle IRD einen Effekt auf exklusive Einstellungen haben kann (Vanneman & Pettigrew 2016; Hernes & Knudsen 2016). Interessant ist außerdem, dass durch die Aufnahme ermöglicht wird, die Gültigkeit der Modernisierungsverliererthese zu testen, welche hauptsächlich wirtschaftliche Entwicklungen für die exklusiven Einstellungen verantwortlich macht (Rippl & Seipel 2018; Flecker et al. 2005; Zick & Küpper 2009).

Weiterhin soll auch auf die politische Ohnmacht Rücksicht genommen werden:

- Es scheint, dass die Dinge mehr oder weniger gleich verlaufen, egal, welche Partei man wählt.
- Leute wie ich haben keinen Einfluss auf das, was die Regierung tut.
- Die Leute, die wir ins Parlament wählen, verlieren rasch den Bezug zu ihren Wählerinnen und Wählern.

Mit dem Konzept der politischen Ohnmacht ist die Proteststimmen-These im Zusammenhang zu bringen. Die Behauptung, dass die Wahl rechtspopulistischer Parteien aus Protest und nicht aus ideologischen Gründen erfolgt, ist umstritten. Dennoch wird sie oft wegen der Anti-Establishment Positionierung der rechtspopulistischen Parteien als plausibel verteidigt (Rippl & Seipel 2018; Muis & Immerzeel 2016). Stimmt die letzte Annahme, müsste davon ausgegangen werden, dass die Wahlstimmen nicht aus ideologischen Gründen erfolgen, sondern weil die rechtspopulistischen Parteien als einzige Alternative zum etablierten System wahrgenommen werden. Dementsprechend wäre auch zu erwarten, dass die politische Ohnmacht keine ausgrenzenden Absichten bewirken würden, weshalb auch kein negativer Einfluss auf die Grenzen der Solidarität bestehen sollte. Im Zusammenhang zur KRD ist dieses Konzept interessant, weil das von der kollektiven Unzufriedenheit verursachte Protestverhalten zu den meisten untersuchten Themen der Literatur relativer Deprivation gehört. Hat die KRD

die erwartete Wirkung auf die Solidarität, ist es möglich, dass sie von der Empfindung politischer Ohnmacht mediiert wird.

Wie Sommer (2010) erklärt, treten Merkmale rechtsextremer bzw. rechtspopulistischer Denkweisen meistens zusammen auf. Um den ideologischen Einfluss zu kontrollieren, wird daher ein Index aus den unten genannten Items gebildet, die den Ethnozentrismus, die Xenophobie, den Autoritarismus und die Einstellung sozialer Dominanz umfassen:

- Manche Menschen sind eben anderen unterlegen.
- Um im Leben weiterzukommen, ist es manchmal notwendig, anderen auf die Füße zu treten.
- Es ist wahrscheinlich gut, dass bestimmte Gruppen in unserer Gesellschaft eher oben stehen und andere eher unten stehen.
- Die Welt wäre besser, wenn Menschen aus anderen Ländern eher so wären wie Österreicher/innen.
- Man sollte für sein Land eintreten, auch wenn es etwas Falsches tut.
- Die Ausländer sind für die steigende Kriminalitätsrate in Österreich verantwortlich.
- Die Ausländer tragen zum Wohlstand in unserem Land bei.
- Gehorsam und Respekt vor Autorität sind die wichtigsten Tugenden, die Kinder lernen sollten.
- Die meisten unserer Probleme wären gelöst, wenn wir nur die morallosen und asozialen Menschen los wären.
- Wir brauchen starke Führer, die uns sagen, was zu tun ist.

Items zur Ermessung des Wohlfahrtsstaatschauvinismus wurden absichtlich ausgelassen, da er mit dem Konzept exklusiver sozialstaatlicher Solidarität (Solidarität ausschließlich mit der eigenen Gruppe) identisch ist und die erwartete hohe Korrelation wenig theoretische Aussagekraft hätte. Wie Grajczár et al. (2018) außerdem zeigen, korreliert mit der Unterstützung der FPÖ vor allem der Wohlfahrtsstaatschauvinismus, während bspw. Zusammenhänge mit der Xenophobie oder den Ethnozentrismus gar nicht bzw. sogar negativ sind. Bei der Unterstützung der Fidesz- und der Jobbik-Partei sind die Einflussfaktoren anders: der Wohlfahrtsstaatschauvinismus hat keinen Effekt, der Ethnozentrismus und die Orientierung sozialer Dominanz haben einen positiven.

Neben der Frage, wie Ideologie den Zusammenhang zwischen KRD und Solidarität beeinflusst, wird auch ein Beitrag zur Debatte beabsichtigt, ob exklusive Einstellungen aus diskursiven Strategien bzw. kulturellen Konflikten (Angebot-Seite des Rechtspopulismus) oder aus dem Unmut der Bevölkerung entstehen, der sich aufgrund von wachsenden wirtschaftlichen

Ungleichheiten ergibt (Nachfrage-Seite des Rechtspopulismus) (Muis & Immerzeel 2016; Rippl & Seipel 2018; Binder 2005; Mols & Jetten 2016; Grajczár et al. 2018). Indem der Index zur rechtspopulistischen Ideologie und die letzten zwei Kontrollindizes über materielle Sicherheit und Status miteinbezogen werden, wird es möglich, einerseits den ideologischen und andererseits den wirtschaftlichen Einfluss auf exklusive Solidaritätseinstellungen abzuwägen. Aufgrund des treffenden Argumentes von Muis und Immerzeel (2016), dass die Ideologie eine wichtigere Rolle spielt, weil die rechtspopulistische Unterstützung in Österreich größer als die in Deutschland ist, obwohl die österreichische Bevölkerung nicht mehr relativ benachteiligt ist, ist zu erwarten, dass Ideologie in diesem Vergleich einen stärkeren Einfluss hat. Andererseits werden, wie weiter oben beschrieben, mit den Indizes über rechtspopulistische Ideologie, der materiellen Unsicherheit und den soziodemographischen Variablen auch die Ursachen von KRD untersucht: Während manche die KRD als Folge von knappen Ressourcen theoretisieren („Konfliktansatz“ s. Rippl 2003), die die Empfänglichkeit rechtsextremer Denkweisen erst ermöglicht, nehmen andere die KRD als eine psychologische Folge von rechtsextremen Haltungen wahr, die dieses Weltbild nur vervollständigen und wenig mit materiellen Bedingungen zu tun hat (Sommer 2010) (s. Kap. 4.3)..

Zusammenfassend können die Unterfragen, die sich aus der Ausarbeitung der theoretischen Dimensionen und aus der Widersprüchen in der empirischen Forschungsliteratur ergeben, folgenderweise zusammengefasst werden:

- Wie unterscheiden sich die Ursachen des solidarischen Handelns von den Ursachen der sozialstaatlichen Solidarität?
- Wie unterscheiden sich die Ursachen der Gruppeninneren Solidarität von der Solidarität mit den Out-Groups?
- Wirkt ein niedriger Bildungsstand als ein Verstärker der relativen Deprivation und bewirkt dadurch weniger Solidarität mit Out-Groups?
- Wie unterscheiden sich die Einflüsse auf die Solidarität zwischen der individuellen relativen Deprivation und der kollektiven relativen Deprivation?
- Sind Modernisierungsverlierer weniger solidarisch mit Out-Groups?
- Führt die politische Ohnmacht zu exkludierenden Haltungen?
- Entsteht die kollektive relative Deprivation in der österreichischen Gesellschaft primär aus den objektiven materiellen Bedingungen oder als Folge rechtspopulistischer Einstellungen?

6. Prüfung der Konzepte: Faktorenanalyse und Indexbildung

In diesem Kapitel werden die Messoperationen der relevanten Konzepte genauer beschrieben: wie wurden die Itemselektionen zur Erstellung der Skalen vorgenommen und die Qualität der gebildeten Skalen geprüft. Anfangs werden die Verteilungen der Antworten der für diese Arbeit zentralen Konzepten wiedergeben (Solidarität und relative Deprivation). Für die Analyse werden explorative Faktorenanalyse, welche der Dimensionsreduktion dient, und die konfirmatorische Faktorenanalyse, die sich für die Überprüfung der inneren Konsistenz von Messkonstrukten eignet, durchgeführt.

6.1 Faktorenanalyse der sozialstaatlichen Solidarität

Die Faktoren der Solidaritätskonzepte werden mittels zwei explorativen Faktorenanalysen extrahiert: Eine Faktorenanalyse wird für die sozialstaatliche bzw. sozialstaatliche Solidarität durchgeführt und eine weitere für das Konzept des solidarischen Handelns. Erwartet wird, dass die Analyse der sozialstaatlichen Solidarität und die Analyse des solidarischen Handelns jeweils zwei Faktoren ergeben: eine Solidarität mit Out-Groups und eine Gruppeninnere Solidarität. Die symbolische Solidarität mit dem Ausland wird nicht mittels einer Faktorenanalyse untersucht, weil der Index nur aus zwei Items besteht, die ohnehin gut miteinander korrelieren. Die Antwortverteilung der sozialstaatliche Solidarität sieht wie folgt aus (angegeben werden gültige, auf volle Zahle gerundete Prozentpunkte):

	Weniger Hilfe	Wie bisher	Mehr Hilfe
MindestpensionistInnen	3 %	28 %	70 %
Kinderreiche Familien	6 %	33 %	61 %
Langzeitarbeitslose	28 %	47 %	24 %
Flüchtlinge	31 %	47 %	21 %
Roma und Sinti	26 %	56 %	17 %

Nach Betrachtung der Verteilungen kann bereits vermutet werden, dass MindestpensionistInnen und kinderreichen Familie die Gruppeninnere Solidarität und die anderen Items die Solidarität mit den Out-Groups repräsentieren werden.

Anhand der explorativen Faktorenanalyse der sozialstaatlichen Solidarität wurden, wie erwartet, zwei Faktoren extrahiert. Auf dem ersten Faktor laden insbesondere die sozialstaatliche Unterstützung von Flüchtlingen und von Roma und Sinti. Im zweiten Faktor korrelieren erwartungsgemäß die Unterstützung von MindestpensionistInnen und von Familien mit vielen Kindern. Die Solidarität mit Langzeitarbeitslosen korreliert mit beiden Faktoren, ladet aber stärker auf dem ersten Faktor. Demnach wird vermutet, dass die Solidarität mit dieser Gruppe eher der Solidarität mit den Out-Groups als der Gruppeninneren Solidarität zuzuordnen ist.

Um die interne Konsistenz der Items der extrahierten Faktoren zu prüfen, werden Reliabilitätsanalysen für die sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups und für die Gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität durchgeführt. Die Reliabilitätsanalyse ergibt für die Items der sozialstaatlichen Solidarität mit den Out-Groups einen guten Cronbachs Alpha Wert von 0,75. Ein geringes Cronbachs Alpha ergeben dagegen die Items der Gruppeninneren sozialstaatlichen Solidarität. Es ist mit einem Wert von 0,37 sehr niedrig und entspricht daher nicht der erforderlichen Skalenqualität. Da die Items allerdings theoretisch schlüssig miteinander zu verbinden sind, werden sie als ein Index zusammengefasst.

6.2 Faktorenanalyse des solidarischen Handelns

Die Befragten gaben an, ob sie sich in den letzten 12 Monaten in den folgenden Bereichen beteiligt hatten (angegeben werden gültige, auf volle Zahle gerundete Prozentpunkte):

	Ja	Nein
Gewerkschaften	15 %	86 %
Umweltschutz	31 %	69 %
Karitative und humanitäre Hilfe	53 %	47 %
Menschenrechte	22 %	77 %
Politische Parteien oder Bewegungen	16 %	84 %
Flüchtlingshilfe	27 %	74 %

Aus der Verteilung lässt sich nicht ablesen, welche Items zu einer Dimension gehören könnten. Es lässt sich bemerken, dass bei manchen Items die Verteilung recht schief ist („Gewerkschaften“ und „politische Parteien/Bewegungen“) während sie nur in manchen Fällen etwas ausgeglichen ist (vor allem „karitative und humanitäre Hilfe“).

Um die Items des solidarischen Handelns für In- Groups und für Out-Groups zuzuordnen, wird eine weitere explorative Faktorenanalyse durchgeführt. Die Aktivitäten für Flüchtlingshilfe, zum Umweltschutz, für humanitäre oder karitative Hilfe und für Menschenrechte laden problemlos auf dem ersten Faktor, woraus zu schließen ist, dass er das solidarische Handeln für Out-Groups darstellt. Mit dem zweiten Faktor korrelieren zwar die zwei restlichen Items zur Teilnahme an politischen Parteien/Bewegungen und zur Teilnahme an Gewerkschaften, jedoch ist der Zusammenhang erstens schwach und zweitens laden einige Items der Solidarität mit den Out-Groups sogar stärker auf diesem Faktor.

Die Trennung der Items in den zwei Solidaritätstypen werden ebenfalls durch eine Reliabilitätsanalyse überprüft. Wie die Indikatoren der sozialstaatlichen Solidarität mit den Out-Groups weisen auch die Items des solidarischen Handelns für Out-Groups eine gute interne Konsistenz auf: Obwohl Cronbachs Alpha bei ca. 0,66 liegt - empfohlen wird ein Wert höher als 0,7 (Nunnally 1978) -, sind alle Inter-Items-Skala-Werte über 0,4 - Briggs und Cheek (1986) empfehlen zwischen 0,2 und 0,4.

Das solidarische Handeln für Personen der eigenen Gruppe ergab dagegen einen sehr niedrigen Cronbachs Alpha Wert (0,168). Auch die Inter-Item-Korrelation ist mit 0,09 sehr niedrig. Die Ursache für die schlechte Konsistenz wird darin vermutet, dass die Aussage, sich für eine Partei oder politische Bewegung einzusetzen, nicht gut genug die Solidarität mit der eigenen Gruppe misst. Sowohl Personen, die sich für ausländerfeindliche Parteien einsetzen, wie auch TeilnehmerInnen, die an antirassistischen Organisationen teilnehmen, könnten bei dieser Frage zustimmen. Die Analyse dieses Konzeptes muss daher leider an dieser Stelle abgebrochen werden. Interessant wäre es gewesen, die Teilnahme an Gewerkschaften einordnen zu können. Leider ist die Verteilung dieser Variable viel zu schief: nur ca. 15% geben an, sich an Aktivitäten von Gewerkschaften „beteiligt“ zu haben.

6.3 Faktorenanalyse der erklärenden Konzepte

Nun sollen die Indizes gebildet werden, die als unabhängige Variablen im Regressionsmodell eingesetzt werden.

Die Analyse der Items zur KRD und zur materiellen Unsicherheit bzw. der intrapersonlichen IRD werden gemeinsam analysiert, da von Interesse ist, herauszufinden, ob sich die theoretischen Konzepten auch wie gewollt empirisch trennen lassen.

Die Antworten zu den Items der KRD sind folgenderweise verteilt (angegeben werden gültige, auf volle Zahle gerundete Prozentpunkte):

	Stimme				Stimme gar
	stark zu				nicht zu
Fehlende kollektive Wertschätzung	13 %	33 %	21 %	27 %	6 %
Geringer kollektiver Lohn	6 %	25 %	17 %	43 %	9 %
Fehlende kollektive Macht	7 %	23 %	24 %	37 %	10 %

Auffällig ist, dass deutlich mehr Personen zustimmen, sich wenig kollektiv wertgeschätzt zu fühlen, als zu wenig belohnt zu werden oder zu wenig Macht zu haben.

Zur materiellen Unsicherheit wurde geantwortet (angegeben werden gültige, auf volle Zahle gerundete Prozentpunkte):

	Verschlech-				Verbes-
	terung				serung
Unsicherheit am Arbeitsplatz	3 %	11 %	65 %	16 %	6 %
Finanzielle Erfahrungen	3 %	14 %	42 %	34 %	7 %
Finanzielle Erwartungen	1 %	11 %	49 %	32 %	6 %

Die Verteilungen der materiellen Unsicherheit sind recht ähnlich untereinander. Zu bemerken ist nur, dass Personen vergleichsweise weniger eine Verbesserung der Unsicherheit am Arbeitsplatz wahrnehmen.

Die explorative Faktorenanalyse der Items zur KRD und zur materiellen Unsicherheit ergibt zwei Faktoren. Auf dem ersten Faktor laden zwei Items der KRD: Die Wahrnehmung, als Gruppe zu wenig belohnt zu werden, und die Wahrnehmung, als Gruppe zu wenig Macht zu haben. Mit dem zweiten Faktor korrelieren die restlichen drei Items der materiellen Unsicherheit problemlos. Die Wahrnehmung fehlender Anerkennung ladet auf keinem der beiden Faktoren.

Nachdem die Variablen identifiziert wurden, werden die jeweiligen Items einer Reliabilitätsanalyse unterzogen. Die drei Variablen der KRD ergeben einen niedrigen Cronbach Alpha von 0,396, welcher sich aus der geringen Anzahl von Items ergeben könnte. Bemerkenswert ist dennoch, dass dieser Wert auf 0,487 steigen würde, wenn das erste Item über die fehlende Anerkennung nicht inkludiert werden würde, was mit der Analyse der explorativen Faktorenanalyse übereinstimmt. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Wahrnehmung, fehlende Anerkennung zu erhalten, eine andere Dimension der KRD misst. Um den Forschungsfragen nachgehen zu können, wird trotzdem ein Index aus den drei Indikatoren gebildet. Der Vollständigkeit halber werden jedoch in weiteren Regressionsmodellen die einzelnen KRD-Items als unabhängige Dummy-Variablen eingeschlossen, sodass unterschiedliche Zusammenhänge der unterschiedlichen KRD-Dimensionen entdeckt werden können. Das genaue Vorgehen wird in Kapitel 7.2 ausgeführt.

Auch bei der materiellen Unsicherheitsempfindung ergibt die konfirmatorische Faktorenanalyse einen niedrigen Cronbach-Alpha: 0,483. Anders als die Analyse der KRD, steigt dieser Wert nicht beim Ausschluss eines Items. Die Inter-Item-Korrelationen weisen mit Werten über 0,2 darauf hin, dass die Items gut miteinander zusammenhängen. Auch diese Items werden in den zusätzlichen Regressionsanalysen als einzelne unabhängige Dummy-Variablen integriert.

Ein weiteres wesentliches Konzept der Analysen ist die politische Ohnmacht. Aus der explorativen Faktorenanalyse wurde nur ein Faktor extrahiert, der mit allen drei Items gut korreliert. Die konfirmatorische Analyse ergibt einen nicht besonders hohen Cronbachs Alpha von 0,64, die Konsistenz der Items kann aber weiterhin durch die Inter-Item-Korrelationsmatrix bestätigt werden (0,28; 0,37 und 0,5). Würde die Variable „Personen wie ich haben keinen Einfluss auf das, was die Regierung macht“ ausgeschlossen werden, würde Cronbachs Alpha auf 0,66 steigen. Aufgrund der minimalen Verbesserung von Cronbachs Alpha und der theoretischen Plausibilität wird das Item in den Summenscore aufgenommen.

Anhand des Konstruktes des „Rechtspopulismus“ soll eine weitere Skala gebildet werden. Zur Erinnerung, sind das die Items:

- Manche Menschen sind eben anderen unterlegen.
- Um im Leben weiterzukommen, ist es manchmal notwendig, anderen auf die Füße zu treten.
- Es ist wahrscheinlich gut, dass bestimmte Gruppen in unserer Gesellschaft eher oben stehen und andere eher unten stehen.

- Die Welt wäre besser, wenn Menschen aus anderen Ländern eher so wären wie Österreicher/innen.
- Man sollte für sein Land eintreten, auch wenn es etwas Falsches tut.
- Die Ausländer sind für die steigende Kriminalitätsrate in Österreich verantwortlich.
- Die Ausländer tragen zum Wohlstand in unserem Land bei.
- Gehorsam und Respekt vor Autorität sind die wichtigsten Tugenden, die Kinder lernen sollten.
- Die meisten unserer Probleme wären gelöst, wenn wir nur die morallosen und asozialen Menschen los wären.
- Wir brauchen starke Führer, die uns sagen, was zu tun ist.

Zwei Faktoren wurden bei der explorativen Faktorenanalyse extrahiert, obwohl nur ein Faktor erwartet war. Von den zehn Items laden die meisten auf beiden Faktoren stark. Das Item zur Einstellung, dass MigrantInnen nicht zur Wohlfahrt beitragen, korreliert jedenfalls nur mit dem ersten Faktor.

Die Reliabilitätsanalyse ergibt ein Cronbachs Alpha von 0,818. Nur nach dem Ausschluss der Variable, dass MigrantInnen nicht zur Wohlfahrt beitragen würden, steigt Cronbachs Alpha ganz leicht auf 0,819. Viel wichtiger aber zeigt die Inter-Item-Korrelationsmatrix zu diesem Item mehrere Werte unter 0,2. Aus diesen Gründen wird das genannte Item von der Bildung des Indexes ausgeschlossen.

7. Erklärende Analysen: Regressionsmodelle

In diesem Abschnitt werden die Modelle zur Erklärung der KRD (Kap. 7.1) und die Modelle zur Erklärung der Solidarität (Kap. 7.2) dargelegt. In jedem Unterkapitel wird erstens auf die Vorgehensweise bei der Erstellung der Regressionsmodelle und der Begründung dieser Schritte genauer eingegangen. Zweitens werden die statistischen Ergebnisse tabellarisch dargestellt und beschrieben. Weiterhin werden die Hypothesen getestet, unmittelbare Interpretationen ausgeführt und Erklärungsansätze angeknüpft, welche im Kapitel 8 weiter entwickelt werden.

7.1 Erklärung der kollektiven relativen Deprivation

In der Literatur wird einerseits die Ansicht vertreten, dass die RD aus den ökonomischen Bedingungen entsteht und exkludierende Haltungen verursacht (Rippl 2003), und andererseits, dass diese exkludierende und fremdenfeindliche Denkweise viel eher die RD bewirkt (Sommer 2010). Darum werden Regressionsmodelle erstellt, um die Frage aufzugreifen, aus welchen Faktoren sich die KRD ergibt. Im ersten Regressionsmodell wird der KRD-Index (s. Kap. 6.3) durch eine lineare Regression erklärt. Wie gezeigt wurde, ergab die Faktorenanalyse der KRD-Items zwei Dimensionen - im Einklang mit Rydgrens (2007) und Flecker et al. (2005) – den Vorschlag, die materielle Benachteiligung (ökonomische RD) von der Benachteiligung durch mangelnde Wertschätzung (Wertschätzungs-RD) auseinanderzuhalten. Aus diesen Gründen werden zwei weitere Regressionsmodelle gebildet: In einem wird nur die Wahrnehmung kollektiver Wertschätzung erklärt, während im anderen Modell die Wahrnehmung, als Gruppe zu wenig finanziell belohnt zu werden, die abhängige Variable darstellt. Es besteht die Möglichkeit, dass die Uneinigkeiten in der Forschungsliteratur aufgrund von ungenauen bzw. unterschiedlichen Messinstrumenten erfolgten. Durch den Vergleich beider Modelle lässt sich ein genaueres Bild der Einflussfaktoren der KRD erfassen. Die zwei KRD-Items haben nicht genug Kategorien für eine lineare Regression, weshalb sie in logistischen Regressionsmodelle analysiert werden.

Die erklärenden Variablen werden in allen drei Modellen in den folgenden Blöcken aufgeteilt: Im ersten Variablenblock werden die bereits bekannten soziodemographischen Variablen herangezogen: die Wohnortsgröße, das Einkommen, der Berufsstatus und die Bildung. Im zweiten werden die einzelnen Items materieller Unsicherheit als Dummy-Variablen inkludiert. Damit soll erstens erkannt werden, inwiefern die IRD-nahen Variablen mit der KRD kausal

zusammenhängen, und zweitens, welche Aspekte davon die wichtigsten Auslöser sind. Im letzten Modell wird die rechtspopulistische Ideologie hinzugefügt, wodurch ein Vergleich zwischen dem Effekt der objektiven Bedingungen, der individuellen Wahrnehmung der ökonomischen Lage und der ideologischen Dimension gelingen soll.

Die Konstante stellt eine Person dar, die in einem Wohnort mit 10.000 Einwohnern oder weniger lebt, keinen Pflichtschulabschluss hat, weniger als 500 Euro verdient, keine Arbeitsunsicherheit hat, keinen ökonomischen Abstieg erfahren hat, nicht finanziell pessimistisch ist und wenig rechtspopulistische Ideologie aufweist.

Der erste Block des ersten Modells (s. Tab. 1) ist signifikant und erklärt 2% der Varianz der KRD. Die Konstante hätte auf dem 10-Punkte-KRD-Index 5,33 Punkte. Mit jeder zusätzlichen Bildungsstufe, von insgesamt 7, sinkt die KRD um 0,09 Punkte ($\alpha = 0,036$). Signifikant ist außerdem der Koeffizient der Einkommensvariablen ($\alpha = 0,012$). Mit jeder steigenden Einkommenskategorie sinkt die Punktezahzahl des 10-Punkte-KRD-Index um 0,11. Der Wohnort und der Berufsstatus haben keinen signifikanten Einfluss auf die KRD. R-Quadrat beträgt 0,02, was nach Cohen (1992) einem schwachen Effekt entspricht.

Im zweiten Modell hat nur die Variable der Abstiegs Erfahrung einen signifikanten Koeffizient ($\alpha = 0,01$). Personen, die Abstiegs Erfahrungen erlebt haben, haben bei Konstanthaltung der anderen Variablen 0,4 mehr Punkte auf dem KRD-Index. Die Koeffizienten der Pessimismus- und der Arbeitsunsicherheitsvariable sind nicht signifikant. Durch das Hinzufügen der Unsicherheitsvariablen sinkt außerdem leicht die Stärke des Bildungskoeffizienten auf 0,08 und die Signifikanz ($\alpha = 0,068$). Der Effekt des Einkommens bleibt erhalten. Die Konstante beträgt nun 4,83 Punkte und R-Quadrat verdoppelt sich auf 0,04.

Das Hinzufügen des Rechtspopulismus ändert nicht viel am Modell: Nur die Konstante sinkt auf 4,7 und der Koeffizient der Bildung wird nicht signifikant, R-Quadrat bleibt aber unverändert. Der Koeffizient des Rechtspopulismus-Index ist nicht signifikant.

Die These, dass das rechtspopulistisches Denken die KRD verursacht, indem Personen die Fremdenfeindlichkeit durch das Gefühl der eigenen Benachteiligung legitimieren wollen (Sommer 2010), kann hiermit nicht bestätigt werden. Viel eher scheinen das Einkommen und die Abstiegs Erfahrungen einen Einfluss zu haben. Auch die Bildung hat, wie von Hernes und Knudsen (2016) angenommen, einen Deprivation schwächenden Einfluss. Ob die RD den positiven Einfluss zwischen der Bildung und einer Solidarität für Out-Groups mediert, ist eine andere Frage (dazu Kapitel 7.2.2). Beachtenswert ist zudem, dass es weder mit dem finanziellen Pessimismus, noch mit der Arbeitsunsicherheit beobachtbare Zusammenhänge gibt. Personen

fühlen sich demnach deprivierter aufgrund der vergangenen finanziellen Situation als aufgrund der Erwartungen zukünftiger ökonomischen Entwicklungen.

Tab. 1. Kollektive relative Deprivation als abhängige Variable
Regressionskoeffizient B, in Klammern Beta

*p ≤ 0,10; **p ≤ 0,05; ***p ≤ 0,01

	Modell 1**	Modell 2***	Modell 3***
Konstante	5,33***	4,83***	4,7***
Bildung (7 Stufen)	-0,09** (-0,09)	-0,08* (-0,08)	-0,07 (-0,07)
Wohnort über 10.000 Einwohnern	0,05	0,08	0,08
Wohnort gleich oder weniger als 10.000 Einwohnern	-	-	-
Einkommen (10 Stufen)	-0,11** (-0,1)	-0,11** (-0,1)	-0,11** (-0,11)
Hoher Berufsstatus	-0,04	0,05	0,06
Niedriger Berufsstatus	-	-	-
Pessimismus		0,18	0,18
Keinen Pessimismus	-	-	-
Abstiegserfahrung		0,4***	0,4**
Keine Abstiegserfahrung	-	-	-
Arbeitsunsicherheit		0,14	0,13
Keine Arbeitsunsicherheit	-	-	-
Rechtspopulismus (10 Stufen)			0,03 (0,03)
R-Quadrat	0,02	0,04	0,04

Wird das zweite Modell, Deprivation als fehlender „kollektiver Anerkennung“, betrachtet, zeigt sich die Regression des ersten Variablenblocks (s. Tab. 2) als nicht signifikant, weshalb die Koeffizienten auch nicht interpretiert werden können. Das zweite Modell ist hingegen hochsignifikant (Alpha = 0,000). Die Konstante deutet auf ein Odds Ratio von 0,62 (Alpha = 0,089). Die objektiven Variablen sind nicht signifikant; von den hinzugefügten Unsicherheitsvariablen haben der Pessimismus (Alpha = 0,019) und die Abstiegserfahrungen (Alpha = 0,001) einen signifikanten Effekt. Ökonomisch pessimistische Personen haben um

52%-Wahrscheinlichkeit mehr das Gefühl, kollektiv nicht genug Anerkennung zu erhalten. Personen, die ökonomische Verschlechterungen erlebt haben, haben eine 72%-höhere Wahrscheinlichkeit, das Gefühl zu haben, als Gruppe nicht genug wertgeschätzt zu werden.

Tab. 2. Fehlende kollektive Anerkennung als abhängige Variable
Odds Ratios

* $p \leq 0,10$; ** $p \leq 0,05$; *** $p \leq 0,01$

	Modell 1	Modell 2***	Modell 3***
Konstante	1,25	0,62*	0,4**
Bildung (7 Stufen)	0,95	0,97	0,98
Wohnort über 10.000 Einwohnern	0,96	1,02	1,03
Wohnort gleich oder weniger als 10.000 Einwohnern	-	-	-
Einkommen (10 Stufen)	1,03	1,03	1,03
Hoher Berufsstatus	0,73*	0,82	0,85
Niedriger Berufsstatus	-	-	-
Pessimismus		1,52**	1,51**
Keinen Pessimismus	-	-	-
Abstiegserfahrung		1,77***	1,72***
Keine Abstiegserfahrung	-	-	-
Arbeitsunsicherheit		1,04	1,03
Keine Arbeitsunsicherheit	-	-	-
Rechtspopulismus (10 Stufen)			1,09*
Nagelkerkers R-Quadrat	0,014	0,059	0,066

Anders als im vorherigen linearen KRD-Modell, hat der Rechtspopulismus hier einen leicht signifikanten Effekt ($\text{Alpha} = 0,082$). Pro Stufe auf dem 10-Punkte-Rechtspopulismus-Index steigt die Wahrscheinlichkeit, Wertschätzungs-KRD zu empfinden, um 9%. Der Odds Ratio der Konstante beträgt in letzten Modell 0,4 ($\text{Alpha} = 0,017$). Nagelkerkers R-Quadrat ergibt 0,066, was nach Cohen (1988) einer mittleren Erklärungsstärke entspricht.

Wird die kollektive ökonomische RD („zu wenig Belohnung“) erklärt (Tab. 3), ist der Koeffizient des Einkommens im ersten Modell hoch signifikant ($\text{Alpha} = 0,007$): Mit jeder

höheren Stufe Einkommen auf der 10-Stufen-Variable sinkt die Wahrscheinlichkeit, ökonomisch depriviert zu sein, um 14 %. Der Odds Ratio der Konstante des ersten Modells beträgt 0,56 (Alpha = 0,018). Nagelkerkers R-Quadrat beträgt 0,02, was als ein eher schwacher Effekt zu deuten ist.

Tab. 3. Fehlende kollektive Belohnung als abhängige Variable

Odds Ratios

* $p \leq 0,10$; ** $p \leq 0,05$; *** $p \leq 0,01$

	Modell 1*	Modell 2**	Modell 3*
Konstante	0,56**	0,45**	2,29**
Bildung (7 Stufen)	1,05	1,05	0,05
Wohnort über 10.000 Einwohnern	1,13	1,12	1,12
Wohnort gleich oder weniger als 10.000 Einwohnern	-	-	-
Einkommen (10 Stufen)	0,86***	0,87**	0,87**
Hoher Berufsstatus	0,91	0,96	0,96
Niedriger Berufsstatus	-	-	-
Pessimismus		0,79	0,79
Keinen Pessimismus	-	-	-
Abstiegserfahrung		1,44*	1,44*
Keine Abstiegserfahrung	-	-	-
Arbeitsunsicherheit		1,16	1,15
Keine Arbeitsunsicherheit	-	-	-
Rechtspopulismus (10 Stufen)			1,01
Nagelkerkers R-Quadrat	0,02	0,031	0,031

Von den Unsicherheitsvariablen ist nur die Variable zu den Abstiegserfahrungen signifikant (Alpha = 0,059). Personen, die einen ökonomischen Abstieg erfahren haben, fühlen sich mit einer 44%-höheren Wahrscheinlichkeit ökonomisch depriviert. Anders als bei der fehlenden Wertschätzung, hat hier der Pessimismus keine Bedeutung. Nagelkerkers R-Quadrat steigt auf 0,031. Die Odds Ratio der Konstante deutet auf 0,45.

Ein weiterer Unterschied zwischen den Faktoren der Anerkennungs- und der ökonomischen KRD ist, dass der Rechtspopulismus auf letzteren keinen signifikanten Einfluss hat. Wäre der

Regressionskoeffizient des Rechtspopulismus-Index signifikant, würde die Wahrscheinlichkeit um nur 1 % pro Stufe steigen.

Es kann aus der Analyse geschlossen werden, dass der Rechtspopulismus fast keinen Einfluss auf das KRD-Index hat. Nur im Fall der fehlenden Anerkennung besteht ein leicht signifikanter Zusammenhang, was Sommers These (2010) zumindest nur teilweise unterstützen würde. Die Richtung der Kausalität kann jedenfalls nicht empirisch belegt werden.

Weitere Unterschiede zwischen der Empfindung fehlender Wertschätzung und fehlender Belohnung sind beim Einkommen und beim Pessimismus zu erkennen. Während Personen mit Abstiegsängsten eher das Gefühl haben, als Gruppe zu wenig Anerkennung zu erhalten, haben Personen, die weniger Einkommen beziehen, das Gefühl, dass sie als Gruppe zu wenig belohnt werden. Die Kausalbeziehung zwischen der ökonomischen KRD und dem Einkommen ist deutlich. Ob die Ursache der fehlenden Wertschätzung der Pessimismus ist, oder umgekehrt, bleibt allerdings offen. Was beide KRD-Typen gemeinsam haben, ist, dass die Erfahrung des ökonomischen Abstiegs eine tragende Rolle spielt; dies ist entsprechend der RD-Theorie nachvollziehbar, denn als Referenz kann insbesondere der eigene vergangene Status dienen.

7.2 Erklärung von Solidaritätstypen

Im folgenden Kapitel werden zwei lineare Regressionsmodelle und zwei logistische Regressionsanalysen beschrieben. Der erste Abschnitt beinhaltet die Einflüsse relevanter Variablen auf die „symbolische Solidarität mit dem Ausland“ („Lebensbedingungen von nicht-inländischen Personengruppen sind ein Anliegen“). Anschließend wird ein Erklärungsmodell der „sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups“, d.h. der sozialstaatlichen Unterstützung bestimmter ausgeschlossener Gruppen, ausgeführt. Drittens wird in einem logistischen Modell gezeigt, wie sich die Einflüssen auf die Gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität verändern. Abschließend wird „solidarisches Handeln für Out-Groups“ (anhand eines logistischen Modells) zu erklären gesucht.

In jedem Unterkapitel wird anfangs der bivariate Effekt der KRD auf den entsprechenden Solidaritätstypus analysiert. Dieser Zusammenhang wird anschließend mit einem multivariaten Modell verglichen, in dem die unabhängigen Variablen blockweise hinzugefügt werden. Durch diesen Vergleich kann gesehen werden, wie viel Erklärungskraft die Kontrollvariablen der KRD nehmen. Der erste Block besteht aus den soziodemographischen Variablen: die Größe des Wohnorts, das Einkommen, der Bildungsabschluss und der Berufsstatus. Mit diesen drei Variablen wird der Einfluss des objektiven sozialen Status kontrolliert. Im zweiten Block wird

zusätzlich die subjektive materielle Unsicherheit berücksichtigt, im dritten Block die Auswirkung der KRD, im vierten Block die politische Ohnmacht und schließlich die rechtspopulistische Weltanschauung.

Da die Faktorenanalyse teilweise geringe und teilweise nicht existierende Konsistenzen zwischen den Items der materiellen Unsicherheit und der KRD ergab (s. Kap. 6.3), werden weiterhin auch Modelle geprüft, in denen statt des Indexes der materiellen Unsicherheit und der KRD die einzelnen Items als Dummy-Variablen übernommen werden. Damit werden die Effekte von unterschiedlichen RD-Dimensionen berücksichtigt. Wie in vorigem Kapitel gesehen werden konnte, gibt es wesentliche Unterschiede zwischen diesen. Konkret heißt das für die zweite Modellvariante, dass im ersten Block die soziodemographischen Variablen eingeführt werden, im zweiten Block die Items der materiellen Unsicherheit als Dummy-Variablen, im dritten Block die Items der KRD als Dummy-Variablen, im vierten Block der Index zur politischen Ohnmacht und im fünften Block der Index zur rechtspopulistischen Ideologie. Diese zusätzlichen Modelle werden aus Platzgründen nicht in Tabellenform wiedergeben, jedoch ausführlich beschrieben und diskutiert.

Die Konstante stellt eine Person dar, die in einem Wohnort mit 10.000 oder weniger EinwohnerInnen lebt, einen niedrigen beruflichen Status hat, ein geschätztes monatliches Einkommen von 500 Euro oder weniger bezieht, die Pflichtschule nicht abgeschlossen hat, materiell nicht verunsichert ist, keine KRD empfindet, keine politischen Ohnmachtsgefühle hat und keine rechtspopulistische Ideologie aufweist. Alle Modelle wurden nach Kollinearität, Autokorrelation und Homoskedastizität überprüft. Es wurden keine Hindernisse für die Analyse gefunden.

Nach der Darstellung jedes Modells wird bestätigt, ob die Nullhypothesen verworfen werden können, sowie auch Mediations- bzw. Suppressionseffekte und kurze Interpretationen angemerkt, welche im nächsten Kapitel theoretisch vertieft werden.

7.2.1 Symbolische Solidarität mit Personen im Ausland

Im bivariaten linearen Modell hat die KRD einen signifikanten negativen Effekt auf die symbolische Solidarität mit Gruppen außerhalb Österreichs, das Modell erklärt aber nur 0,4% der Varianz. Mit jeder Stufe auf dem KRD-Index sinkt um 0,08 Punkte der Wert auf dem 10-Punkte-Index der symbolischen Solidarität mit Personen, die im Ausland leben.

Die ersten vier Blöcke des multivariaten Modells sind nicht signifikant und können daher nicht analysiert werden (s. Tab. 4). Auch die Modelle, die parallel dazu mit den einzelnen KRD-Items und den Items der materiellen Unsicherheit gemacht wurden, ergeben nicht signifikante

Regressionen. Erst beim Hinzufügen des Rechtspopulismus ergibt sich ein signifikantes Modell. Der Koeffizient hat einen negativen und hoch-signifikanten Effekt ($\alpha=0,000$). Mit jeder zusätzlichen Stufe auf dem 10-Punkte-Index der rechtspopulistischen Ideologie, sinkt die Punktezahzahl der symbolischen Solidarität mit dem Ausland um 0,25.

Tab. 4 Symbolische Solidarität mit Personen im Ausland als abhängige Variable
Regressionskoeffizient B, in Klammern Beta
* $p \leq 0,10$; ** $p \leq 0,05$; *** $p \leq 0,01$

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5***
Konstante	6,34***	6,69***	7***	7,51***	8,39***
Bildung (7 Stufen)	0,04 (0,03)	0,04 (0,03)	0,03 (0,03)	0,01 (0,01)	-0,03 (-0,02)
Wohnort über 10.000 Einwohnern	-0,01	-0,02	-0,01	-0,01	-0,06
Wohnort gleich oder weniger als 10.000 Einwohnern	-	-	-	-	-
Einkommen (10 Stufen)	-0,06	-0,06	-0,07	-0,07	-0,06
Hoher Berufsstatus	0,01	-0,02	-0,01	-0,01	-0,01
Niedriger Berufsstatus	-	-	-	-	-
Materielle Unsicherheit (10 Stufen)		-0,07 (-0,05)	-0,05 (-0,03)	-0,05 (-0,04)	-0,04 (-0,03)
Kollektive relative Deprivation (10 Stufen)			-0,08 (-0,06)	-0,05 (-0,04)	-0,05 (-0,04)
Politische Ohnmacht (10 Stufen)				-0,1** (-0,09)	-0,05 (-0,04)
Rechtspopulismus (10 Stufen)					-0,25*** (-0,2)
R-Quadrat	0,003	0,005	0,009	0,016	0,052

Wird nur die bivariate Analyse berücksichtigt, kann die Nullhypothese, dass eine stärkere KRD nicht zu einer schwächeren symbolischen Solidarität mit Personen im Ausland führt, verworfen werden. Der negative Einfluss ist signifikant, allerdings sehr schwach. In der multivariaten Analyse **konnte die Nullhypothese nicht verworfen werden**.

Signifikante Zusammenhänge konnten auch nicht bei den Status-Variablen (Bildung, Einkommen und Berufsstatus), bei der Wohnortsgröße und bei der materiellen Unsicherheit gefunden werden. Die einzigen signifikanten Ergebnisse in diesem Modell waren die negativen Effekte der politischen Ohnmacht und des Rechtspopulismus. Nach der Einführung des

Rechtspopulismus-Index verschwindet aber der Effekt der politischen Ohnmacht, woraus gefolgt werden kann, dass beide Konzepte interagieren. Dass fast keine Variable einen signifikanten Koeffizient hatte wird daran vermutet, dass die symbolische Solidarität die Frage der Verpflichtung nicht berücksichtigt: Wird nicht erwähnt, dass die Kosten von der befragten Personen getragen werden, sehen sie sich nicht daran gehindert, anzugeben, dass Personen im Ausland besser leben sollen. Erst die rechtspopulistische Ideologie hat einen negativen Einfluss, weil mit der Hilfe von AusländerInnen nicht nur eine Kostenabwägung verbunden wird. Ein Teil dieser Weltanschauung ist eine xenophobe Einstellung, sodass die Unterstützung von „Fremden“ kein Interesse weckt. Der Effekt der politischen Ohnmacht interagiert mit der rechtspopulistischen Einstellung und widerspiegelt möglicherweise die Unzufriedenheit von Rechtspopulisten mit nicht-rechtspopulistischer Politik.

7.2.2 Sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups

Das bivariate lineare Modell ergibt, dass die KRD einen signifikanten negativen Effekt auf die sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups hat ($\alpha = 0,045$). Pro Einheit auf dem 10-stufigen KRD-Index, sinkt der Wert auf dem 10-stufigen Index der sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups um 0,1.

Im ersten Block des multivariaten Modells kann beobachtet werden, dass von den objektiven sozialen Variablen das Leben in großen Wohnorten und der Bildungsabschluss einen hoch signifikanten positiven Einfluss haben (s. Tab. 5). Unter Konstanthaltung der anderen Variablen im ersten Block haben Personen, die in Wohnorten mit mehr als 10.000 Einwohnern wohnen, 0,67 mehr Punkte auf dem 10-Punkten Solidaritäts-Index. Pro zusätzlicher Bildungsstufe haben Personen 0,25 mehr Punkte auf dem Index. Dieses Modell ist allgemein signifikant und erklärt 5,4% der Varianz der sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups.

Wird die materielle Unsicherheit dem Modell hinzugefügt, steigt R-Quadrat von 0,054 auf 0,066. Die materielle Unsicherheit hat einen negativen Effekt mit einem Signifikanzniveau von 0,012 und schwächt minimal die Effekte der Wohngröße und der Bildung auf die abhängige Variable. Eine zusätzliche Einheit auf dem materiellen-Unsicherheitsindex senkt den Wert auf dem Solidaritätsindex um 0,2 Punkte.

Wird dagegen das Modell mit den einzelnen Items der materiellen Unsicherheit betrachtet, wird deutlich, dass besonders der finanzielle Pessimismus eine bedeutende Rolle spielt. Der Koeffizient der Dummy-Variable zum finanziellen Pessimismus ist hochsignifikant ($\alpha = 0,005$) und deutet darauf hin, dass finanziell pessimistische Personen auf dem 10-stufigen Index der sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups 0,73 Punkte weniger haben. Auch nach

Einführung der KRD-Items, des politischen Ohnmacht-Index und des Rechtspopulismus-Index werden die Stärke des Effekts und die Signifikanz fast gar nicht abgeschwächt. Die Koeffizienten der anderen Items der materiellen Unsicherheit sind nicht signifikant.

Nach Einführung der KRD sinkt der Koeffizient des materiellen Unsicherheitsindex von -0,2 auf -0,165 und wird weniger signifikant. Gleichzeitig sinkt auch minimal der Effekt der Bildung, während der Effekt der Wohnortsgröße leicht steigt. Die KRD hat auch im multivariaten Modell einen signifikanten, negativen Effekt. Jede zusätzliche Stufe auf dem KRD-Index verringert die Solidarität mit Out-Groups um 0,15, womit der Effekt sogar etwas stärker als im bivariaten Modell ist. Am Beta-Koeffizienten lässt sich erkennen, dass dieser Effekt leicht schwächer als der der materiellen Sicherheit ist, aber deutlich hinter dem der Bildung liegt. Der Erklärungsgehalt des gesamten Modells steigt auf 7,4 % der Varianz der abhängigen Variable.

Bei der Analyse der Regressionskoeffizienten der einzelnen KRD-Items konnten keine signifikanten Ergebnisse gefunden werden, weshalb auch keine notorischen Unterschiede zwischen den KRD-Dimensionen in der Beeinflussung der sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups auffindbar waren.

Nachdem die politische Ohnmacht eingeführt wurde, steigt R-Quadrat auf 0,089. Der Koeffizient der KRD verliert seine Signifikanz, der negative Effekt der materiellen Unsicherheit wird einerseits signifikanter, andererseits jedoch auch leicht abgeschwächt, während der Effekt der Bildung fast halbiert wird und der des Wohnortes leicht sinkt. Die politische Ohnmacht hat einen negativen - und den bisher stärksten - Einfluss. Werden alle anderen Variablen konstant gehalten, lässt jeder zusätzliche Punkt auf dem 10-Stufen-Index die Solidarität mit Out-Groups um 0,17 Punkte sinken.

Den insgesamt stärksten Einfluss hat allerdings die rechtspopulistische Ideologie. Mit jedem Schritt auf dem 10-Punkten-Index sinkt der Indexwert der sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups um 0,66 Punkte. Durch das Hinzufügen dieser Variable steigt R-Quadrat auf 0,248. Anzumerken ist auch, dass dadurch die materielle Unsicherheit nicht mehr auf dem $\alpha = 0,05$ -Niveau signifikant ist und die Bildung und die politische Ohnmacht nicht mehr auf dem $\alpha = 0,01$ -Niveau signifikant sind. Obwohl der Effekt der Wohnortsgröße in diesem Modell deutlich sinkt, bleibt der Effekt signifikant: Auch bei Konstanthaltung der rechtspopulistischen Ideologie befürworten Personen die sozialstaatliche Unterstützung von exkludierten Gruppen weniger, wenn sie in kleineren Wohnorten leben. Der KRD-Koeffizient wird dagegen wieder von -0,092 auf -0,111 verbessert und die Signifikanz steigt von 0,202 auf 0,089, womit er wieder unter der Signifikanzgrenze von $\alpha = 0,1$ liegt.

Tab. 5 Sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups als abhängige Variable

Regressionskoeffizient B, in Klammern Beta

* $p \leq 0,10$; ** $p \leq 0,05$; *** $p \leq 0,01$

	Modell 1***	Modell 2***	Modell 3***	Modell 4***	Modell 5***
Konstante	3,61***	4,64***	5,25***	6,2***	8,51***
Bildung (7 Stufen)	0,25*** (0,16)	0,24*** (0,15)	0,23*** (0,15)	0,2*** (0,13)	0,09 (0,06)
Wohnort über 10.000 Einwohnern	0,67***	0,63**	0,66***	0,67***	0,5**
Wohnort gleich oder weniger als 10.000 Einwohnern	-	-	-	-	-
Einkommen (10 Stufen)	-0,09 (-0,05)	-0,1 (-0,05)	-0,12 (-0,07)	-0,13* (-0,07)	-0,1 (-0,06)
Hoher Berufsstatus	0,25	0,19	0,21	0,21	-0,03
Niedriger Berufsstatus	-	-	-	-	-
Materielle Unsicherheit (10 Stufen)		-0,2** (-0,11)	-0,17** (-0,09)	-0,17** (-0,09)	-0,14* (-0,08)
Kollektive relative Deprivation (10 Stufen)			-0,15** (-0,09)	-0,09 (-0,06)	-0,11* (-0,07)
Politische Ohnmacht (10 Stufen)				-0,17*** (-0,13)	-0,05 (-0,04)
Rechtspopulismus (10 Stufen)					-0,66*** (-0,42)
R-Quadrat	0,054	0,066	0,074	0,089	0,248

Die **Nullhypothese**, dass die KRD die sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups nicht schwächt bzw. die exklusive sozialstaatliche Solidarität nicht stärkt, **kann** im bivariaten so wie im multivariaten Modell **verworfen werden**.

Zu einer sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups trägt auch eindeutig die Bildung bei. Dieser Effekt wird erst schwächer und insignifikant, nachdem der Rechtspopulismus eingeführt wird, woraus geschlossen werden kann, dass die rechtspopulistische Ideologie diesen Zusammenhang stark mediiert. Der positive Effekt der Bildung auf die inklusive Haltung wird außerdem nicht durch die Einführung der materiellen Unsicherheit und der KRD verringert. Dies widerspricht der These von Hernes und Knudsen (2016), wonach Bildung nur deshalb negativ auf exkludierende Haltungen wirkt, weil dadurch die Aussicht auf ein besseres Leben verbessert wird, und nicht, weil die Bildungsinhalte einem exkludierenden Weltbild entgegenwirken (nähere Ausführung dazu im Kapitel 8.3).

Auch die Einwohnerzahl des Wohnortes hat einen eindeutigen Effekt: je größer der Wohnort, desto eher wird die sozialstaatliche Unterstützung von den Out-Groups gefördert. Bemerkenswert ist, dass dieser Effekt auch nach Kontrolle des Rechtspopulismus stark bleibt. Eine Erklärung dafür ist, dass der Kontakt mit ausgeschlossenen Gruppen in größeren Wohnorten wahrscheinlicher ist. Das Näheverhältnis bspw. zu Flüchtlingen kann sich wiederum in Sympathie oder Mitgefühl widerspiegeln und dadurch zu mehr Unterstützung führen.

Während die Effekte des objektiven Einkommens und des Status im Berufsleben ausbleiben, sind die Einflüsse der KRD und der materiellen Verunsicherung bemerkbar, wodurch die Relevanz der subjektiven Wahrnehmung im Vergleich zu den objektiven Bedingungen deutlich wird. Zudem scheint die Trennung zwischen der KRD und dem IRD-ähnlichen Konzept der materiellen Unsicherheit sinnvoll: Die Effekte beider Variablen auf die sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups sind fast additiv.

Eindeutige Interaktionseffekte zeigen sich zwischen der KRD und der politischen Ohnmacht: durch das Einführen der Ohnmachts-Variable, wird der Koeffizient der KRD insignifikant. Die KRD wirkt positiv auf die politische Ohnmacht, welche wiederum negativ die sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups beeinflusst. Interessant ist jedoch auch, dass der Effekt der politischen Ohnmacht verschwindet, wenn der Rechtspopulismus-Index eingeführt wird, woraus interagierende Effekte zwischen dem Rechtspopulismus und der politischen Ohnmacht interpretierbar sind. Dieser Zusammenhang könnte der Protestwähler-These widersprechen. Die politische Ohnmacht führt anscheinend nicht nur zur Wahl von Alternativen zum Status Quo, sondern auch zu Denkweisen, die im rechten Spektrum zu verorten sind. Mit dem Hinzufügen des Rechtspopulismus-Index erweitert sich eine plausible Kausalkette um ein Glied: Die KRD stärkt die politischen Ohnmachtsempfindungen, welche entweder die rechtspopulistische Ideologie stärken oder aber auch von ihr gestärkt werden. Letztere hat wiederum den stärksten negativen Effekt auf die sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups. Es sollte allerdings nicht übersehen werden, dass nach der Einführung des Rechtspopulismus die KRD im Modell - obwohl auf einem niedrigeren Niveau - wieder signifikant wird. Daraus kann eine lediglich schwache Interaktion zwischen der rechtspopulistischen Einstellung und der KRD vermutet werden, ein Ergebnis, das mit dem schwachen Effekt der rechtspopulistischen Ideologie im Regressionsmodell zur Erklärung der KRD übereinstimmt (s. Kap. 8.1). Stimmt diese Beobachtung, entkräftet sie die These von Sommer (2010), dass rechtspopulistische Ideologien zur KRD führen.

7.2.3 Gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität

Nach dem Omnibus-Test ist das bivariate logistische Regressionsmodell, in welchem die Gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität durch die KRD erklärt wird, auf dem 0,022-Niveau signifikant. Pro Indexpunkt des 10-Punkte-KRD-Indexes steigt um 8,5% die Wahrscheinlichkeit, die sozialstaatliche Unterstützung der eigenen Gruppe zu befürworten. Mit einem Nagelkerkers R-Quadrat von 0,008 (bzw. einer Rangkorrelation von 0,087) entspricht das jedoch einem schwachen Effekt.

Auch der erste Block des multivariaten Modells, in dem nur objektive Variablen berücksichtigt werden, ist signifikant ($\alpha = 0,011$) (s. Tab. 6). Davon hat aber nur die Berufsstatus-Variable einen signifikanten Einfluss ($\alpha = 0,001$): Personen mit höherem Status im Berufsleben zeigen mit einer 86,7%-höheren Wahrscheinlichkeit mehr sozialstaatliche Solidarität mit der eigenen Gruppe. Nagelkerkers R-Quadrat liegt auf 0,029.

Mit der Einführung der Variable zur subjektiven materiellen Unsicherheit steigt Nagelkerkers R-Quadrat auf 0,041. Die Nullhypothese, dass der Regressionskoeffizient der materiellen Unsicherheit gleich null ist, würde in nur 2% der Fälle fälschlicherweise verworfen werden. Mit jeder zusätzlichen Einheit auf dem 10-Punkte-Index der materiellen Unsicherheit, sinkt die Wahrscheinlichkeit um 12,2%, die sozialstaatliche Unterstützung der eigenen Gruppe zu befürworten.

Wie bei der sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups ist auch hier der finanzielle Pessimismus ausschlaggebend. Pessimistische Personen haben eine 37%-niedrigere Wahrscheinlichkeit die Gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität zu unterstützen ($\alpha = 0,011$). Wie bei der sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups ist auch hier der Regressionskoeffizient des Pessimismus signifikant, jedenfalls auf dem 0,05 statt auf dem 0,001-Niveau. Personen, die Abstiegserwartungen haben, haben nach Konstanthaltung aller anderer Variablen im Modell eine 26,9% niedrigere Wahrscheinlichkeit, die Gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität zu unterstützen. Die Koeffizienten der Arbeitsunsicherheit und der Abstiegserfahrungen haben auch hier keine signifikanten Effekte.

Der positive Einfluss der KRD bleibt auch im dritten Modell weiterhin signifikant ($\alpha = 0,023$). Mit jedem Schritt auf dem 10-Punkte-Index steigt die Gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität um 11,8%. Nagelkerkers R-Quadrat steigt ebenso durch diese Variable auf 0,053, was nach Cohen (1992) in etwa einem mittleren Effekt entspricht.

Wird das Modell mit den einzelne Items der KRD statt des KRD-Indexes analysiert, wird deutlich, dass für die Beeinflussung dieses Solidaritätstypus die ökonomische KRD wichtiger

ist. Personen, die das Gefühl haben, als Gruppe nicht genug belohnt zu werden, haben eine um 76,7% höhere Wahrscheinlichkeit, die Gruppeninnere Solidarität zu unterstützen (Alpha = 0,005). Nagelkerkers R-Quadrat liegt mit 0,072 höher als das Nagelkerker R-Quadrat des zuvor erwähnten Modells.

Die Berücksichtigung der politischen Ohnmacht verändert nicht viel am Modell. Nagelkerkers R-Quadrat bleibt unverändert und der entsprechende Koeffizient ist fast gleich null und insignifikant.

Wird der Rechtspopulismus hinzugefügt, lässt sich eine Verbesserung der Erklärungskraft des Modells bemerken. Nagelkerkers R-Quadrat steigt auf 0,061, der negative Koeffizient ist aber nur unter dem 0,1-Niveau signifikant (Alpha = 0,062). Nach dem Odds Ratio würde die Wahrscheinlichkeit, Gruppeninnere Solidarität zu unterstützen, um jede zusätzliche Einheit auf dem 10-stufigen Rechtspopulismus-Index um 8,8% sinken.

Tab. 6. Sozialstaatliche Solidarität innerhalb der Gruppe als abhängige Variable
Odds Ratios

*p ≤ 0,10; **p ≤ 0,05; ***p ≤ 0,01

	Modell 1**	Modell 2***	Modell 3***	Modell 4***	Modell 5***
Konstante	1,1	2,13**	1,37	1,33	1,85
Bildung (7 Stufen)	0,97	0,97	0,97	0,97	0,96
Wohnort über 10.000 Einwohnern	1,053	1,03	1,01	1,01	1
Wohnort gleich oder weniger als 10.000 Einwohnern	-	-	-	-	-
Einkommen (10 Stufen)	0,95	0,95	0,96	0,96	0,96
Hoher Berufsstatus	1,87***	1,79***	1,79***	1,79***	1,74***
Niedriger Berufsstatus	-	-	-	-	-
Materielle Unsicherheit (10 Stufen)		0,88**	0,85***	0,85***	0,85***
Kollektive relative Deprivation (10 Stufen)			1,12**	1,12**	1,12**
Politische Ohnmacht (10 Stufen)				1,01	1,03
Rechtspopulismus (10 Stufen)					0,91*
Nagelkerkers R-Quadrat	0,029	0,041	0,053	0,053	0,061

Die **Nullhypothese**, dass die KRD nicht zu mehr Gruppeninnerer sozialstaatlicher Solidarität führt, **kann** im bivariaten wie im multivariaten Modell **verworfen werden**. Damit kann die Annahme bestätigt werden, dass die KRD zu weniger Solidarität außerhalb der Gruppe und zu mehr Solidarität innerhalb der Gruppe führt.

Weitere Unterschiede zwischen den Ursachen bei den zwei sozialstaatlichen Solidaritätstypen zeigen sich allerdings auch bei den Kontrollvariablen. Während bei der Solidarität mit Out-Groups die Bildung und der Wohnort signifikante Effekte zeigten, hat in diesem Gruppeninneren Solidaritätsmodell von den objektiven Variablen nur der Berufsstatus einen positiven, signifikanten Effekt. Das Einkommen hat dagegen auch hier keinen signifikanten Effekt. Dennoch kann bemerkt werden, dass die Gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität hauptsächlich mit wirtschaftlichen Faktoren zusammenhängt: der Berufsstatus, die materielle Unsicherheit und die (ökonomische) KRD.

Ein weiterer Unterschied ist interessant: während die KRD positiv auf die Gruppeninnere Solidarität wirkt, hat der Index der materiellen Unsicherheit, welcher als IRD-Variante aufgefasst werden kann, einen negativen Effekt. Dieses Ergebnis bestätigt den Vorteil der Trennung zwischen der RD auf der individuellen und auf der kollektiven Ebene. Eine mögliche Erklärung, weshalb beide subjektive Benachteiligungsempfindungen gerade die Solidarität mit der eigenen Gruppe unterschiedlich beeinflussen, wird im Kapitel 8.2 ausgeführt. Es wird vermutet, dass die KRD die Solidarität mit anderen Gruppen schwächt, die IRD aber die Solidarität sogar mit anderen Personen derselben Gruppe sinken lässt, weil die Abstiegserfahrung oder -angst das Misstrauen in den Sozialstaate hervorrufen.

Schließlich wird auch deutlich, dass der Rechtspopulismus nicht nur einen negativen Effekt auf die Solidarität mit Personen außerhalb der eigenen Gruppe, sondern auch mit Mitgliedern der eigenen Gruppe hat, wobei der Effekt aber nicht so ausgeprägt ist, wie der negative Effekt auf die sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups. Der negative Effekt ist allerdings im Item „Familie mit vielen Kindern“ zu vermuten, die oft als MigrantInnenfamilien gesehen werden und vielleicht deswegen auch von rechtspopulistisch eingestellten Personen diskriminiert werden.

7.2.4 Solidarisches Handeln für Out-Groups

Nach dem Omnibus-Test ist das bivariate logistische Regressionsmodell, indem das solidarische Handeln für Out-Groups erklärt werden sollte, insignifikant, weshalb dieses nicht interpretiert werden kann.

Der erste Block des multivariaten Modells ist hingegen hochsignifikant (0,000), wobei nur zwei von vier Koeffizienten als überzufällig zählen (s. Tab. 7). Bei Konstanthaltung aller anderen Variablen ist pro Bildungsstufe die Wahrscheinlichkeit um 13,6% höher, zum Zeitpunkt der Befragung in den letzten 12 Monaten für Out-Groups solidarisch gehandelt zu haben (Alpha = 0,018). Auch der Berufsstatus hat einen positiven Effekt: gehört der/die Befragte zu den Personen mit einem höheren Berufsstatus, steigt die Wahrscheinlichkeit solidarisch zu handeln um 85,5% (Alpha = 0,002). Nagelkerkers R-Quadrat ergibt 0,054, nach Cohen (1992) also ein mittlerer Effekt.

Tab. 7. Solidarisches Handeln für Out-Groups
Odds Ratios

*p ≤ 0,10; **p ≤ 0,05; ***p ≤ 0,01

	Modell 1 ***	Modell 2 ***	Modell 3 ***	Modell 4 ***	Modell 5 ***
Konstante	1,73**	2,12*	2,25*	3,09**	7,3***
Bildung (7 Stufen)	1,14**	1,13**	1,13**	1,12**	1,08
Wohnort über 10.000 Einwohnern	0,76	0,76	0,76	0,76	0,72*
Wohnort gleich oder weniger als 10.000 Einwohnern	-	-	-	-	-
Einkommen (10 Stufen)	0,92	0,91	0,92	0,92	0,92
Hoher Berufsstatus	1,86***	1,83***	1,83***	1,84***	1,71***
Niedriger Berufsstatus	-	-	-	-	-
Materielle Unsicherheit (10 Stufen)		0,96	0,97	0,96	0,97
Kollektive relative Deprivation (10 Stufen)			0,98	1,01	1
Politische Ohnmacht (10 Stufen)				0,94	0,99
Rechtspopulismus (10 Stufen)					0,79***
Nagelkerkers R-Quadrat	0,054	0,055	0,055	0,059	0,102

Im zweiten Modell wird die materielle Unsicherheit inkludiert, deren Koeffizient aber nicht signifikant ist. Nagelkerkers R-Quadrat ändert sich dadurch kaum. Auch die einzelnen Items der materiellen Unsicherheit haben keinen Effekt auf das solidarische Handeln für Out-Groups.

Auch der nächste Schritt, in dem die KRD zum Modell hinzugefügt wird, zählt nicht als signifikant, sodass auch in diesem Fall die minimale Veränderung von R-Quadrat nicht erwähnenswert ist. Auch die Koeffizienten der einzelnen Items der KRD sind nicht signifikant. Dasselbe gilt für das dritte Modell, dem die politische Ohnmacht hinzugefügt wird. Auch dieser Koeffizient ist insignifikant und das Pseudo-R-Quadrat bleibt fast unverändert.

Erst durch das Hinzufügen des Rechtspopulismus steigt Nagelkerkers R-Quadrat auf 0,102 an. Das Modell und der neue Koeffizient sind hochsignifikant (0,000). Mit jeder steigenden Stufe auf dem Rechtspopulismus-Index sinkt die Wahrscheinlichkeit, solidarisch für Out-Groups gehandelt zu haben, um 29%. Zu beobachten ist auch, dass einerseits der Einfluss der Bildung insignifikant und andererseits der Einfluss der Wohnortsgröße auf dem 0,1-Niveau signifikant wird ($\alpha = 0,078$). Wird nach dem Rechtspopulismus kontrolliert, sinkt die Wahrscheinlichkeit um 28,5%, für Out-Groups solidarisch zu handeln, für Personen, die in Wohnorten mit mehr Einwohnern leben. Letztere Aussage sollte jedoch mit Vorsicht betrachtet werden, da Mediations- und Suppressionseffekte in logistischen Modellen schwer zu bewerten sind.

Die **Nullhypothese**, dass die KRD nicht zu weniger solidarischen Handeln für Out-Groups führt, **kann nicht** im bivariaten und auch nicht im multivariaten Modell **verworfen werden**.

Die einzigen Regressionskoeffizienten, die signifikante Effekte hatten, waren die des Berufsstatus, des Wohnortes, der Bildung und des Rechtspopulismus. Die Effekte der letzten zwei Variablen waren zu erwarten, da sich diese auf fast allen Solidaritätsebenen wiederholen: Ähnlich wie auf die sozialstaatliche Solidarität mit den Out-Groups wirkt die Bildung positiv und der Rechtspopulismus negativ auf das solidarische Handeln für Out-Groups. Auf die symbolische Solidarität mit den Out-Groups wirkt nur die rechtspopulistische Ideologie negativ.

Die Wohnortsgröße hatte auf das solidarische Handeln für Out-Groups jedoch den gegenteiligen Effekt im Vergleich zur sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups. Während der Effekt der Größe des Wohnortes bei der sozialstaatlichen Solidarität vor allem in ideologischen Ursachen vermutet werden, wird der positive Effekt auf das solidarische Handeln in der Überwindung des „Trittbrettfahrerproblems“ angenommen: In kleineren Gruppen ist kollektives Handeln wahrscheinlicher (Olson 1985).

Der hohe Berufsstatus hatte auch einen stärkenden Effekt, jedoch nicht aus den erwarteten Gründen. Der Effekt wird nicht von den RD-Konzepten mediiert. Wie im nächsten Kapitel beschrieben wird, könnte dieser kausale Zusammenhang durch das Prestige zustande kommen, das mit gemeinnützigen Aktivitäten in Status-höheren Milieus verbunden wird.

Das solidarische Handeln und die sozialstaatliche Solidarität mit den Out-Groups haben gemeinsame Ursachen, die die Gruppeninnere Solidarität nicht oder kaum teilt. So haben die Bildung einen positiven und die rechtspopulistischen Weltanschauung einen negativen Effekt nur auf die Solidarität mit Out-Groups, während beide Faktoren auf die Gruppeninnere Solidarität kaum einen Effekt haben. Die unterschiedlichen Einflüsse sind aber nicht nur zwischen der Gruppeninneren Solidarität und der Solidarität mit Out-Groups zu bemerken. Auch zwischen der symbolischen, der Handlungs- und der sozialstaatlichen Ebene gibt es erkennbare Unterschiede. So hatten die materielle Unsicherheit und die KRD, welche beide als RD-Typen interpretierbar sind, nur auf der sozialstaatlichen Ebene signifikante Effekte. Auf der Handlungs- und auf der „symbolischen“ Ebene blieben diese Effekt jedoch aus. Weshalb die RD-Konzepte nur auf die sozialstaatliche Solidarität und Bildung und die rechtspopulistische Ideologie nur auf die Solidarität mit Out-Groups einen Effekt hatten, wird im nächstes Kapitel diskutiert.

8. Interpretation und theoretische Diskussion der Ergebnisse

Die in den vorigen Kapiteln dargestellten Ergebnisse der Regressionsanalysen zu den verschiedenen Formen von Solidarität sollen zum Abschluss in einen breiteren theoretischen Zusammenhang eingeordnet und kritisch diskutiert werden. Dabei wird auf die in den beiden einleitenden Kapiteln dargestellten Theorien bzw. Forschungen eingegangen und die vorliegenden Ergebnisse mit den zentralen Thesen konfrontiert. Da vor allem dem Konzept der kollektiven relativen Deprivation eine theoretische Schlüsselrolle in der theoretischen Debatte zur Solidarität zukommt, sollen zuerst die empirischen Hintergründe von Deprivation rekapituliert und diskutiert werden (Kap. 8.1). Im Anschluss daran folgt die theoretische Auseinandersetzung mit den Ursachen und Wirkungsmechanismen der Solidaritätstypen.

Die im vorigen Kapitel detailliert wiedergegebenen Ergebnisse der verschiedenen Regressionsmodelle sollen in einer Übersicht kursorisch zusammengefasst werden (s. Abb. 1). Kurz zusammengefasst lassen sich folgende Effekte festhalten: Die KRD und die materielle Unsicherheit wirken nur auf die sozialstaatliche Solidarität, wirken jedoch weder auf die symbolische Solidarität noch auf das solidarische Handeln. Diese Zusammenhänge werden im Unterkapitel 8.2 reflektiert. Der Rechtspopulismus und die Bildung wirken vor allem auf die Inklusivität der sozialstaatlichen und der Handlungsebene, aber nicht bzw. fast nicht auf die Gruppeninnere Solidarität beider Ebenen. Auf diese miteinander stark interagierenden Effekte beider unabhängigen Variablen wird im Unterkapitel 8.3 eingegangen. Im nächsten Abschnitt wird die Rolle der politischen Ohnmacht dargelegt. Neben dem Rechtspopulismus hat sie als einzige Variable Einfluss auf die symbolische Solidarität; und bei der sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups interagiert sie mit der KRD und der rechtspopulistischen Einstellung. Daraus lassen sich Vermutungen über die Wahlmotivation von sogenannten Protestwähler schließen (Kap. 8.4). Abschließend wird die besondere Stellung des solidarischen Handelns erläutert. Es zeigen sich komplexere Zusammenhänge. Während die Bildung und die rechtspopulistische Denkweise die erwarteten Effekte zeigten, hatten die RD-Variablen so wie auch die politische Ohnmacht keine signifikante Effekte. Die Wohnortsgröße wirkt auf das solidarische Handeln für Out-Groups negativ, auf die sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups jedoch positiv. Eine Erklärung wird in Verbindung zu Olsons (1985) Theorie des kollektiven Handelns gefunden. Der höhere Berufsstatus hat einen positiven Effekt auf das

solidarische Handeln und auf die Gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität, ohne von den RD-Variablen mediiert zu werden (s. Kap. 8.5).

Abb. 1 Ursachen der Solidaritätstypen	Sozialstaatliche Solidarität		Solidarisches Handeln	Symbolische Solidarität mit dem Ausland
	Außerhalb der Gruppe	Innerhalb der Gruppe	Außerhalb der Gruppe	
Kollektive RD	-	+		
Individuelle RD	-	-		
Höhere Bildung	+		+	
Rechtspopulismus	-	(-)	-	-
Politische Ohnmacht	-			-
Großer Wohnort	+		-	
Höherer Berufsstatus		+	+	

Die Analysen zum Gruppeninneren solidarischen Handeln haben keine signifikanten Ergebnisse erbracht; es wird daher in dieser Übersicht nicht einbezogen.

8.1 Ursachen von kollektiver relativer Deprivation

Aus der Analyse der Modelle zur Erklärung der KRD sticht deutlich hervor, dass die Abstiegserfahrungen die deutlichste Ursache sind (s. Abb. 2). Personen nehmen den eigenen vergangenen Status als Referenz, zu der sie ihre gegenwärtige kollektive Benachteiligung empfinden. Jedenfalls wurden deutliche Unterschiede zwischen beiden KRD-Dimensionen

erkannt: So wirken Abstiegs Erfahrungen stärker auf das Gefühl der fehlenden kollektiven Wertschätzung als auf das Gefühl mangelnder Belohnung. Einen materiellen Abstieg erlebt zu haben, wirkt sich auch auf das Gefühl kollektiver fehlender Belohnung aus; auf diese KRD-Dimension hat aber das objektive Einkommen den relevantesten Effekt. Zudem zeigt sich nur bei der fehlenden kollektiven Wertschätzung ein Zusammenhang mit dem Pessimismus. Während also für die fehlende Wertschätzung die Abstiegsängste und die Abstiegs Erfahrungen ausschlaggebend sind, ist es bei der fehlenden kollektiven Belohnung das Einkommen.

Abb. 2. Ursachen der KRD	Kollektive relative Deprivation	Fehlende Wertschätzung	Fehlende Belohnung
Hoher Berufsstatus		(-)	
Höhere Bildung	(-)		
Mehr Einkommen	(-)		-
Pessimismus		+	
Abstiegserfahrung	+	+	(+)
Rechtspopulismus		(+)	

Die These von Hernes und Knudsen (2016), dass mehr Bildung zu geringerer KRD führt, findet hier fast keine Unterstützung. Es zeigt sich ein nur schwacher Zusammenhang mit der KRD allgemein. Der doch stärkere Effekt, den die Bildung auf die inklusiven solidarischen Haltungen hat, kann also nicht durch die RD-Theorie erklärt werden, weshalb nach anderen Gründen gesucht wird (s. Kap. 8.3).

Eine weitere These, die hier nicht belegt werden kann, ist die von Sommer (2010), nach der sich die KRD nicht aus objektiven bzw. wirtschaftlichen, sondern aus anderen psychologischen Faktoren ergeben. Dies erklärt er mit Bezug auf „qualitative Resultate“: weil es Deutschen

wirtschaftlich besser als MigrantInnen geht, kann die wahrgenommene Besserstellung der MigrantInnen nur ein Reflex der fremdenfeindlichen Weltanschauung sein (vgl. ebd.). Der Zusammenhang mit dem Index rechtspopulistischer Ideologie, unter der auch Fremdenfeindlichkeits-Items enthalten sind, ist nicht vorhanden. Lediglich auf die KRD-Dimension der fehlenden kollektiven Wertschätzung gibt es einen leichten Effekt des Rechtspopulismus-Index. Obwohl es tatsächlich stimmt, dass es Deutsche bzw. ÖsterreicherInnen im Durchschnitt wirtschaftlich besser als MigrantInnen oder anderen Gruppen geht, wird bei Sommer die vergangene, oder in Zukunft erwartete, mangelhafte Situation als mögliche Ursache aus dem Blick gelassen. Wie sich im nächsten Abschnitt zeigen wird, kann sich diese intrapersonliche Wahrnehmung von ökonomischem Mangel auch in den Beziehungen zu Personen außerhalb der Gruppe abzeichnen, ohne dass unbedingt ideologische Feindseligkeiten entstehen.

8.2 Relative Deprivation und sozialstaatliche Solidarität

Die anfängliche Annahme dieser Arbeit war, dass sich die KRD positiv auf die Gruppeninnere und negativ auf die Solidarität mit den Out-Groups auswirken würde, egal ob es sich um die sozialstaatliche, um die Handlungs- oder um die symbolische Ebene handelt. Bewahrheitet hat sich diese Annahme nur auf der sozialstaatlichen Ebene. Als Grund dafür werden zwei Überlegungen vermutet: einerseits werden mit der symbolischen Solidarität keine eigenen Kosten verbunden. Für Personen ist es leichter anzugeben, dass sie für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen sind, solange nicht gesagt wird, wer diese verantworten muss. Mit der sozialstaatlichen Solidarität sind hingegen implizit eigene Kosten verbunden, was uns zum Solidaritätskonzept von Prainsack und Buyx (2017) zurück bringt. Nach den AutorInnen findet Solidarität erst dann statt, wenn mit den eigenen Mitteln Mitmenschen unterstützt werden.

Dass die KRD keinen Einfluss auf das solidarische Handeln hatte, wird darin vermutet, dass andere Faktoren ausschlaggebender sind. Wie in Kapitel 8.5 genauer dargestellt wird, reicht es für das solidarische Handeln nicht aus, kollektive Solidaritätsvorstellungen zu teilen. Viel eher spielen dabei Bedingungen eine Rolle, die die Überwindung des „Trittbrettfahrerproblems“ sichern. Mit den hier verwendeten Indikatoren der sozialstaatlichen Solidarität wird dagegen nicht nach vergangenen Handlungen, sondern nach Einstellungen zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen gefragt, wodurch vor allem die solidarische Haltung im Blick bleibt.

Aufgrund des Ergebnisses, dass die sozialstaatliche Solidarität mit Langzeitarbeitslosen sowie mit Flüchtlingen und mit Roma und Sinti korreliert, werden als Legitimation der Solidarität nicht nur die Ethnie sondern auch Leistungskriterien vermutet. Nicht nur Fremde sondern auch als „Leistungsverweigerer“ Wahrgenommene werden ausgeschlossen. Die Leistungsbereitschaft könnte eine weitere Grundlage für die Solidaritätsgrenzen darstellen, weil die Reziprozität und der Sozialstaat erst dann ermöglicht werden, wenn alle oder zumindest die meisten diese Bedingung erfüllen. Hinzu kommen Gerechtigkeitsvorstellungen, nach denen jede Person, die in der Lage ist, ihren Beitrag leisten sollte. Die Exklusion würde in so einem Fall durch den als fehlend wahrgenommenen Reziprozitätsinput begründet werden.

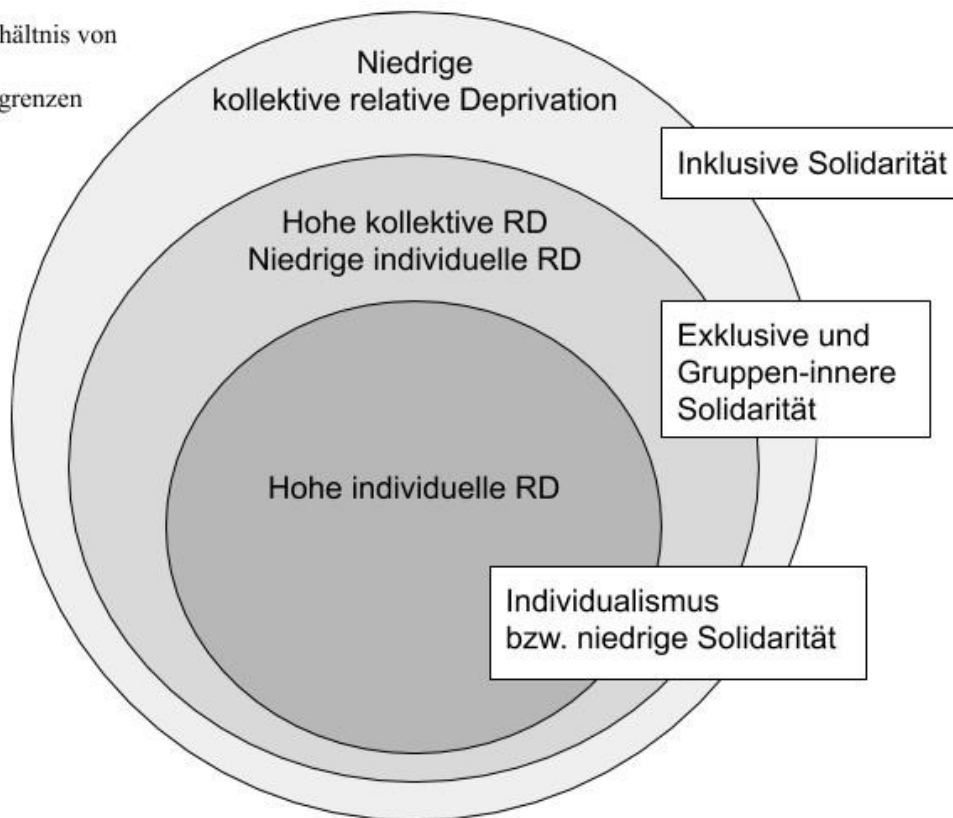
Je nachdem, wie sehr Personen das Gefühl haben, gerecht belohnt/wertgeschätzt zu werden, setzen sie die Grenzen des österreichischen Sozialstaates weiter oder enger. Empfinden Gruppenmitglieder, dass sie nicht gerecht behandelt werden, werden sie auch nicht Personen von anderen Gruppen großzügig entgegenkommen. Auf das subjektive Leid, mehr zu leisten, als anerkannt wird, reagieren die sich kollektiv benachteiligt fühlenden Personen, indem sie mehr Leistung erwarten. Werden die Erwartungen nicht erfüllt, wird durch das Vorenthalten von Hilfsleistungen vergolten. Bei der subjektiven Wahrnehmung knapper Ressourcen oder Benachteiligung einer Gruppe (bspw. österreichische Arbeiter) verursacht die wahrgenommene fehlende Reziprozitätsbereitschaft einer anderen Gruppe (bspw. Langzeitarbeitslose) die ausbleibende solidarische Antwort der ersten Gruppe (der Arbeiter). Das Gefühl, für eine Leistung zu wenig belohnt oder wertgeschätzt zu werden, wird somit als der Vertragsbruch der „kontraktuellen“ Solidarität wahrgenommenen (vgl. Prainsack und Buyx 2017).

Ein weiteres Erklärungsmodell würde u. U. dem Konfliktansatz von Rippl (2003) ähneln, in dem Ressourcen als knapp wahrgenommen werden, weshalb sie nur für die eigene Gruppe vorgesehen werden. Wie Bayertz (1998), Stjernø (2005) und Prainsack und Buyx (2017) zeigen, ist ein wichtiger Bestandteil der Solidarität das Erkennen von Gemeinsamkeit, welche unter anderen die gemeinsame Kultur, Ethnie oder Lebensweise darstellen könnte. Durch das Gefühl, konkurrieren zu müssen, werden die Kriterien zur Definition der eigenen und der anderen Gruppe strenger, sodass andersartige Personen eher vom eigenen Solidaritätskreis ausgeschlossen werden.

Roma und Sinti würden somit einer Gruppe gehören, die vor allem aufgrund von ethnischen Kriterien exkludiert werden. Flüchtlinge könnten aber neben der ethnischen Zugehörigkeit auch aufgrund der angewiesenen Stellung als Hilfsempfänger keinen Solidaritätsanspruch bekommen. MindestpensionistInnen stellen dagegen den Fall einer Gruppe dar, die aufgrund beider Kriterien inkludiert werden: Es wird davon ausgegangen, dass sie bereits ihren Beitrag

ins Sozialsystem eingezahlt haben und der österreichischen ethnischen Gemeinschaft angehören. Die allgemeine Akzeptanz der Solidarisierung mit dieser Gruppe wird auch an den aktuellen Wahlkampagnen im ganzen politischen Parteienspektrum offensichtlich (derstandard.at 2019, APA-OTS 2019).

Abb. 3. Verhältnis von RD und Solidaritätsgrenzen



Ähnliche Effekte auf die Solidarität wurden bei der materiellen Unsicherheit vermutet, weil es sich um eine Variante der RD handelt. In der neuen Forschungsliteratur wird die Trennung zwischen KRD und IRD oft angezweifelt oder ignoriert. Es zeigte sich jedoch, dass die individuelle materielle Verunsicherung immer einen negativen Effekt auf die sozialstaatliche Solidarität hatte: sowohl auf Personen innerhalb der Gruppe wie auf Personen, die ausgeschlossenen Gruppen angehören. Zum Vergleich bewirkt die KRD einen negativen Effekt auf die Solidarität mit Out-Groups, aber einen positiven Effekt auf die Gruppeninnere Solidarität. Diese Diskrepanz wird damit erklärt, dass im Falle der individuellen materiellen Unsicherheit oder IRD die Solidaritätsgrenzen noch enger als bei der KRD gezogen werden (s. Abb. 3). Besonders die Abstiegsängste haben einen negativen Effekt. Die Befürchtung, als Individuum ausgeschlossen zu werden, führt dazu, dass die sozialstaatliche Solidarität innerhalb wie außerhalb der Gruppe sinkt. Als knapp wahrgenommene Ressourcen werden in

erster Linie nur für individuelle Interessen bzw. für die des nähersten sozialen Umkreises (etwa des Haushaltes oder der Familie) abgesichert. Die Sorge um das eigene Wohlbefinden steht im Vordergrund und verhindert die Bereitschaft anderen zu helfen. Die Erwartung einer individuellen Verschlechterung bewirkt nicht nur eine restriktivere Auswahl von Zielgruppen des Sozialsystems, sondern bricht auch mit der Vorstellung eines Solidaritätsvertrages endgültig und ändert die Gesellschaftsregeln, sodass jede/r für sich zu sorgen hat.

8.3 Ideologie und Inklusivität

Die Bildung und die rechtspopulistische Einstellung zeigten teilweise ähnliche und interagierende Effekte auf die Solidarität. Beide Variablen wirkten sich besonders auf die Solidarität mit Out-Groups auf der sozialstaatlichen und auf der Handlungsebene aus: während die höhere Bildung die Solidarität mit Out-Groups fördert, wirkt die rechtspopulistische Einstellung ihr entgegen. Auf die symbolische Solidarität hatte dennoch von diesen beiden Faktoren nur die rechtspopulistische Einstellung einen (negativen) Effekt. Bildungseffekte konnten auch nicht auf die Gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität festgestellt werden, die rechtspopulistische Ideologie hatte nur einen sehr leichten Einfluss.

Wie im Modell zur Erklärung der KRD, in dem die Bildung nur einen schwachen Effekt hat, fand auch hier die These von Hernes und Knudsen (2016) wenig Unterstützung. Die Autoren nehmen an, dass Bildung exkludierende Haltungen vermindert - nicht weil sie das Weltbild der Personen ändert, sondern weil Personen mit einem höheren Bildungsabschluss bessere Aussichten auf die Zukunft haben, d.h. weil die Zukunftserwartungen der RD entgegenwirken. Allerdings wird laut den vorliegenden Analysen ein negativer Einfluss auf die Solidarität mit Out-Groups von der rechtspopulistischen Ideologie, aber nicht von der KRD oder der materiellen Unsicherheit mediiert. In Bezug auf die Debatte, ob überwiegend wirtschaftliche oder ideologische Ursachen die exklusiven Haltungen verursachen, lässt sich damit die Bildung zu den ideologischen Ursachen zuordnen.

Trotzdem stellt sich die Frage, aus welchen Gründen eine höhere Bildungsstufe zu einer inklusiven Einstellung beiträgt. Wenn nicht durch den höheren Status und damit durch eine geringere RD, ist nicht selbstverständlich aus welchem Grund bspw. ein/e MeisterIn in Platten- und Fliesenlegen oder ein/e MasterabsolventIn in Biochemie weniger solidarische Exklusion als eine Person mit einem Lehrabschluss zeigen sollte. Im Falle eines Universitätsstudiums kann vermutet werden, dass der multikulturelle Charakter des universitären Umfelds den Abbau von Stereotypen und das Zusammenleben zwischen Kulturen fördert. Möglich ist aber auch,

dass das Verhältnis zwischen Bildung und Solidaritätsgrenzen nicht sehr linear ist. Eventuell begünstigen manche Bildungsniveaus, wie etwa die Matura gegenüber dem Pflichtschulabschluss, eine stärkere inklusive Einstellung, weil in der längeren schulischen Ausbildungszeit auch gezielt ein allgemein humanistisches Bewusstsein entwickelt oder einer rechtspopulistischen Denkweise etwa durch die Weitergabe von historischen Erkenntnissen entgegengewirkt wird. Aus der bisherigen Analyse bleibt also die Frage offen, ob eine höhere Bildung einen positiven Einfluss auf die Inklusivität hat, weil durch Bildungsinstitutionen die Erfahrung mit einem kulturell differenzierteren Umfeld weitergegeben wird, oder weil die Bildungsinhalte einem rechtspopulistischen Weltbild widersprechen.

Einen Hinweis zur Verdeutlichung der Wirkung von Bildung gibt das Ergebnis, dass sich Bildung nicht auf die symbolische Solidarität mit dem Ausland auswirkt. Bei der Befragung dieses Solidaritätstypes fällt auf, dass, im Gegensatz zur sozialstaatlichen und zur handelnden Solidarität, erstens durch die Frage „Wie sehr (...) (sind) Ihnen die Lebensbedingungen folgender Gruppen ein Anliegen (?)“ nicht angegeben wird, ob der österreichische Staat oder andere Akteure die Hilfe leisten sollten. Zweitens geben die Formulierungen der Antwortkategorien wie „Europäer“ und „Personen, in anderen Teilen der Welt“ zu verstehen, dass sich die Personen aus dem Ausland nicht unbedingt oder vielleicht sogar wahrscheinlich nicht in Österreich aufhalten. Bei der sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups und beim solidarischen Handeln für Out-Groups wird dagegen verdeutlicht, dass entweder der/die Befragte selbst oder der österreichische Sozialstaat die Hilfe leistet und dass sich die Zielgruppen in Österreich aufhalten. Wird wie bei der symbolischen Solidarität davon ausgegangen, dass Ausländer im Ausland bleiben, gibt es keinen Meinungsunterschied zwischen Personen, die wenig gebildet sind und Personen mit einem hohen Bildungsabschluss. Der Unterschied in den Solidaritätseinstellungen zwischen Bildungsgruppen wird erst bemerkbar, wenn in der Frage inbegriffen ist, dass die Ausländer im Land der Befragten leben und ihnen hier auch geholfen werden soll.

Die rechtspopulistische Denkweise, welche als eine deutliche ideologische Dimension begriffen werden kann, wirkt auf die sozialstaatliche, auf die Handlungs- und auch auf die symbolische Solidarität. Während Personen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss nicht weniger symbolische Solidarität mit Personen zeigen, die im Ausland leben, sind Personen mit einer rechtspopulistischen Weltanschauung sozusagen „aus Prinzip“ gegen Hilfeleistung von Ausländern, egal ob sie im Ausland oder in Österreich sind, egal von wem die Unterstützung kommt. Die Solidaritätsbedingungen bei Personen mit rechtspopulistischer Ideologie werden also weder an die geographische Nähe, noch an den Kostenträger gebunden. Die

Solidaritätsgrundlage von rechtspopulistischen Personen ist neben der Leistungsbereitschaft vor allem die österreichische Identität, welche als Grundlage für die Erkennung von Gemeinsamkeiten herangezogen wird.

Aus diesen Überlegungen kann gefolgert werden, dass Bildung nicht hauptsächlich aufgrund der humanistischen Lerninhalte, die der rechtspopulistischen Ideologie entgegengesetzt sind, auf die Inklusivität positiv wirkt. Wäre dies der Fall, würde sie in allen Modellen zur Erklärung von solidarischer Inklusivität positive Effekte haben, die von den negativen Effekten des rechtspopulistischen Weltbildes mediiert werden würden. Viel eher scheint aber, wie gezeigt wurde, die Vertrautheit mit der Nähe zu Personen aus dem Ausland der entscheidende Unterschied zwischen gebildeten und ungebildeten Personen zu sein. Diese kann auf die multikulturelle Erfahrung zurückgeführt werden, welche integrationsfördernd wirkt und die Inklusivität stärkt. Die Nähe zu anderen Sitten im Bildungsbereich könnte dazu beitragen, dass das Zusammenleben von kulturellen Unterschieden im Alltag normalisiert, Sympathien entwickelt und Gemeinsamkeiten erkannt werden, welche für die Entwicklung der Solidarität, für die gegenseitige „Unterstützung auf Augenhöhe“, notwendig sind (vgl. Bayertz 1998, Stjernø 2005, Prainsack und Buyx 2017). Die besondere Stellung der einheimischen Lebensweise, die in der rechtspopulistischen Denkweise hochstilisiert wird, könnte durch das Zusammenleben mit anderen Kulturen relativiert und in Frage gestellt werden, ohne dass eine ausdrückliche ideologische Alternative angeboten werden muss.

Die rechtspopulistische Einstellung zeigte zudem sogar einen negativen Effekt nicht nur gegenüber ausgeschlossenen, sondern auch gegenüber Personen der eigenen Gruppe. Dieses Ergebnis könnte auf die in dieser Skala einbezogene Frage zurückgeführt werden, ob Familien mit vielen Kindern sozialstaatlich mehr unterstützt werden sollten. Obwohl dieses Item mit der Unterstützung von MindestpensionistInnen besser als mit der Unterstützung der anderen Gruppen korrelierte, war der Zusammenhang nicht besonders stark. Familien mit vielen Kindern werden oft als MigrantInnenfamilien wahrgenommen, weshalb nicht auszuschließen ist, dass Personen mit rechtspopulistischer Denkweise deswegen diese Gruppe nicht sozialstaatliche fördern wollen. Rechtspopulistisch denkende Personen unterstützen jedoch Gruppen deutlich weniger, die explizit nicht derselben Ethnie angehören bzw. nicht ins Sozialsystem einzahlen.

Bei der Solidarität mit Out-Groups erbrachte die rechtspopulistische Ideologie auf allen Ebenen den größten Erklärungsanteil. Sie interagierte mit der Wohnortsgröße, mit der Bildung und mit der politischen Ohnmacht. Es soll dabei wiederholt betont werden, dass mit Ausnahme der sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups, bei der lediglich eine leichte Interaktion zu

beobachten ist, der Rechtspopulismus kaum im Zusammenhang mit den RD-Variablen stand. Die These, dass die RD von der rechtspopulistischen Haltung verursacht wird (Sommer 2010) fand, wie nach der Analyse der Modelle zur Erklärung der KRD, auch hier keine Unterstützung. Viel eher wurde ersichtlich, dass die RD und die rechtspopulistische Einstellung nebeneinander fast vollkommen additive Effekte auf die Solidarität hatten. Diese signalisieren zwei getrennte Wege, durch welche die Solidaritätsgrenzen beeinflusst werden. Einerseits bewirkt vor allem die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation die Wahrnehmung der eigenen oder der kollektiven mangelhaften Lage, was zu einer geringeren sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups führt. Andererseits führen die fehlende Bildung, die geringe Ortsgröße und die rechtspopulistische Einstellung zu weniger sozialstaatlicher Solidarität mit ausgeschlossenen Gruppen.

8.4 Der Einfluss politischer Ohnmacht

Eine Gemeinsamkeit zwischen der KRD und der rechtspopulistischen Denkweise besteht im Modell zur sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups bei der Interaktion mit der politischen Ohnmacht. Personen, die das Gefühl haben, weniger Ressourcen oder Anerkennung zu bekommen, als ihnen zusteht, tendieren dazu, sich nicht von den regierenden Institutionen vertreten zu fühlen, und zeigen weniger sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups. Beim Zusammenhang mit der rechtspopulistischen Einstellung ist die Kausalitätsrichtung allerdings nicht mehr so deutlich. Während es gut möglich ist, dass Personen, die sich nicht politisch vertreten fühlen, dazu tendieren, rechtspopulistisch zu sein, ist es genauso plausibel, dass sich Rechtspopulisten politisch weniger repräsentiert fühlen, weil die zum Zeitpunkt der Befragung regierenden Parteien nicht ihrer politischen Vorstellungen entsprachen. Während einige AutorInnen darauf aufmerksam machen, dass WählerInnen für rechtspopulistische Parteien stimmen, weil sie die einzige Alternative zum Status Quo darstellen (bspw. Rippl und Seipel 2018), hinterfragen andere, ob die Wahl nicht doch aus ideologischen Gründen erfolgt (bspw. Muis und Immerzeel 2016). Die vollkommene Widerlegung oder Bestätigung der These, dass die Wahl rechtspopulistischer Parteien aufgrund von inhaltslosen Protesten erfolgt, ist mit diesem Modell nicht möglich, da die abhängige Variable ein Solidaritätstypus und nicht die Wahl politischer Parteien ist. Die Frage, die Rippl und Seipel (2018) aber ausführen, wieso bspw. die AFD in Deutschland zwischen 2006 und 2016 mehr Stimmen bei einer nicht-wachsenden Fremdenfeindlichkeit erhält, kann unter Berücksichtigung der Ergebnisse damit beantwortet werden, dass mit der steigenden KRD die solidarische Inklusion nachlässt und

Personen die AFD wählen, nicht weil sie rechtspopulistisch bzw. fremdenfeindlich eingestellt sind, sondern weil die AFD die Partei ist, die die solidarische Exklusion am meisten fördert und die Gruppeninnere Solidarität zumindest kommuniziert. Wie Urbanska und Guimond (2018) zeigen, wählten KRD Personen in Frankreich mehr die rechtspopulistische Front National, nicht aber die linkspopulistische Partei und auch nicht die anderen rechten Parteien. Hätten Personen mit KRD auch die Linkspopulisten gewählt, wäre dies ein Beleg dafür, dass enttäuschte WählerInnen insbesondere nach Alternativen zum Status Quo suchen. Hätten Personen mit KRD auch für andere rechte Parteien gestimmt, hätte dies eine ideologische Verschiebung nach rechts bedeutet. Wie bereits beschrieben, korreliert in den vorliegenden Ergebnissen das Konzept der politischen Unzufriedenheit mit der rechtspopulistischen Ideologie, während aber diese Ideologie schlecht mit der KRD zusammenhängt. Die politische Ohnmacht ließe sich daher in ideologischer und in nicht-ideologischer, KRD-getriebener politischer Unzufriedenheit aufteilen. Auch beim politischen Ohnmachtsgefühl, das die KRD zur Folge hat, kann aber nicht von einem inhaltslosen Protest die Rede sein, in dem einzig nach Alternativen zum Status Quo gesucht wird. Beide hängen mit einer eher exklusiven sozialstaatlichen Solidarität zusammen. Politisch unzufriedene Personen tendieren also dazu, exkludierende Einstellungen bezüglich des Sozialstaats zu haben, aber nicht immer aus denselben Gründen.

Weiterhin stellt sich die Frage, wie die politische Ohnmacht auf die verschiedenen Ebenen der Solidarität wirkt. Die politische Ohnmacht gehört neben dem Rechtspopulismus zu den einzigen Variablen, die einen (negativen) Effekt auf die symbolische Solidarität haben: Politisch Unzufriedene äußern weniger Sorgen über die materiellen Bedingungen von Personen, die außerhalb Österreichs leben. Dies könnte daran liegen, dass Personen mit politischen Ohnmachtsgefühlen eher die Wahrnehmung empfinden, dass zu viel schon für Personen aus dem Ausland gemacht wird, während sie aber von der Politik ignoriert werden.

Während die politische Ohnmacht aber auf die symbolische Solidarität (mit Personen, die im Ausland leben) und auf die sozialstaatliche Solidarität mit den Out-Groups einen Effekt hat, hat sie jedoch keinen Einfluss auf das solidarische Handeln. Dieses Verhältnis zwischen politischer Ohnmacht und Solidaritätsgrenzen kann nicht zufriedenstellend erklärt werden, wobei zu vermuten ist, dass sich die Unzufriedenheit mit der Politik insbesondere auf der Einstellung zu Institutionen oder politischen Verhältnissen (sozusagen auf einer „Makro-Ebene“) zeigt und weniger einen Einfluss auf das im individuellen, alltäglichen Verhalten (auf der „Mikro-Ebene“) hat. Darüber hinaus ist der Grund, weshalb es keine Einflüsse der politischen

Ohnmacht auf der Handlungsebene gab, in der besonderen Kausalstruktur des solidarischen Handelns zu suchen.

8.5 Bedingungen des solidarischen Handelns

Die unabhängigen Variablen zeigten teilweise unerwartete Effekte auf das solidarische Handeln für Out-Groups. Erstens hatten die RD-Variablen keine signifikanten Effekte. Zweitens hat die kleinere Wohnortsgröße einen positiven Effekt auf das solidarische Handeln für Out-Groups, während dieselbe Bedingung noch auf die sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups den gegensätzlichen Effekt hatte. Überdies hat der Berufsstatus einen positiven Einfluss auf das solidarische Handeln für Out-Groups und auf die Gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität. Drittens spielt die politische Ohnmachtsempfindung keine Rolle, wie weiter oben schon angeführt wurde. Erwartet waren einzig der positive Effekt der Bildung und der negative Effekt der rechtspopulistischen Denkweise, welche in Kap. 8.3 bereits behandelt wurden. Die noch nicht interpretierten Faktoren der Wohnortsgröße und des Berufsstatus, welche zum solidarischen Handeln führen, werden in Folge angegangen.

Die Wohnortsgröße wirkt auf die sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups positiv und auf das solidarische Handeln für Out-Groups negativ: Obwohl Personen, die in kleineren Ortsgemeinden leben, öfters für ausgeschlossene Gruppen tätig sind, unterstützen sie weniger ihre sozialstaatliche Förderung. Letzteres hängt wahrscheinlich mit der ideologischen Haltung ländlicher Regionen zusammen. So wurde etwa ersichtlich, dass die rechtspopulistische Ideologie den Effekt der Wohnortsgröße auf die sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups stark moderiert. Auch nach Kontrolle des Rechtspopulismus hatte dennoch die Wohnortsgröße (also größere Einwohnerzahl) weiterhin einen Einfluss auf die sozialstaatliche Inklusion. Der Ideologieunabhängige Effekt könnte durch die Häufigkeit des Kontaktes mit ausgegrenzten Gruppen nachvollziehbar gemacht werden. In kleineren Ortsgrößen ist die Wahrscheinlichkeit kleiner, bspw. mit Flüchtlingen in Kontakt zu kommen, weshalb diese als sozial entfernter wahrgenommen werden könnten, wodurch wiederum Solidaritätsfördernde Gemeinsamkeiten nicht erkannt werden können. Da in großen Ortsgemeinden zu leben - einerseits wegen der nicht-rechtspopulistischen Ideologie und andererseits wegen der größeren Kontakthäufigkeit - die Inklusion in den Sozialstaat fördert, muss eine weitere Erklärung dafür gesucht werden, weshalb das Wohnen in kleinen Wohnörter das solidarische Handeln für Out-Groups positiv beeinflusst.

Beim solidarischen Handeln scheint insbesondere die Überwindung des „Trittbrettfahrerproblems“ relevant zu sein: mit den Items der sozialstaatlichen Solidarität wurde die Meinung abgefragt, welche gesellschaftlichen Gruppen vom Staat unterstützt werden sollten; beim solidarischen Handeln mussten Personen angeben, bei welchen Organisationen sie in den letzten 12 Monaten gehandelt hatten. Nach der Theorie des kollektiven Handelns von Olson (1985), folgt den gemeinsamen Interessen in den wenigsten Fällen das kollektive Handeln. Ein Grund dafür ist, dass Personen weniger an kollektiven Aktivitäten in großen Gruppen teilnehmen, weil der eigene Beitrag verhältnismäßig unbedeutend wirkt. In kleineren Gruppen wiegt der individuelle Beitrag mehr. Diese Erklärung stimmt mit dem Ergebnis überein, dass in einem Wohnort kleiner als 10.001 EinwohnerInnen öfters für Out-Groups solidarisch gehandelt wird, obwohl Personen in kleineren Wohnorten rechtspopulistischer eingestellt sind. Nach Olson ist in kleineren Gruppen für Mitglieder die eigene Wirksamkeit sichtbarer, wodurch der Sinn und die Relevanz der Anstrengung wahrgenommen wird. Andererseits wird der Überblick und damit die gegenseitige Kontrolle über das Ausmaß der Anstrengung und des Beitrages von Gruppenmitgliedern möglich.

Einen ebenfalls positiven Effekt hat der Berufsstatus: Personen mit einem objektiv höheren Status im Berufsleben handeln öfter für Out-Groups solidarisch. Das Ergebnis würde mit der Erwartung der RD-Theorie übereinstimmen, dass Personen mit niedriger RD mit Out-Groups solidarischer sind. Aufgrund der nicht nachweisbaren Effekte der Variablen der KRD und der materiellen Unsicherheit, muss jedoch nach anderen Interpretationen gesucht werden. Eine einfache Erklärung wäre die Überlegung, dass Personen mit einem höheren Berufsstatus mehr Ressourcen, wie Zeit und Geld, zur Verfügung haben bzw. flexibler über diese bestimmen können, weshalb ihnen die Möglichkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit viel eher eröffnet bleibt. Gegen diese These spricht jedoch der fehlende Zusammenhang mit dem Einkommen, das im Modell kontrolliert wurde. Eine weitere mögliche Annahme ist, dass das solidarische Handeln im Habitus von Personen mit höheren Berufsstatus verankert ist. Mit einem höheren Status wird z.B. Verantwortung verbunden, moralisch zu handeln und sich durch Wohltätigkeitsarbeiten für die Schwächeren einzusetzen oder Prestige zu erwerben.

Weshalb ein höherer Berufsstatus zu mehr Gruppeninnerer sozialstaatlicher Solidarität führt, kann nur gemutmaßt werden. Die Vermutung, dass der höhere Status im Arbeitsleben zu mehr Vertrauen in sozialstaatliche Verteilungsmechanismen führt und deswegen zu mehr sozialstaatlicher Solidarität, ist eher unplausibel, weil der Status so gesehen auch auf die sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups einen positiven Effekt haben sollte, welcher aber nicht auftritt. Mediationseffekte mit der KRD-Variable können - obwohl KRD-Effekte in

diesem Modell signifikant sind - nicht festgestellt werden, weil es sich hier um ein logistisches Modell handelt. Der erwartete Zusammenhang mit der KRD kann allerdings trotzdem ausgeschlossen werden. Die KRD-Annahme würde lauten, dass der höhere Status zu weniger KRD und dadurch zu weniger Gruppeninnerer Solidarität führt. Im empirischen Modell folgt dem hohen Berufsstatus aber eine höhere Gruppeninnere Solidarität. Ein weiterer Zusammenhang ist auch mit der materiellen Unsicherheit vorzustellen: Je höher der Berufsstatus, desto niedriger die materielle Unsicherheit und desto höher die Gruppeninnere sozialstaatliche Solidarität. Wäre es der Fall, dass der Berufsstatus die Gruppeninnere Solidarität steigert, weil er der materiellen Unsicherheit entgegenwirkt, hätte er allerdings ebenfalls als Folge, dass die sozialstaatliche Solidarität mit Out-Groups steigt, da auch diese von der materiellen Unsicherheit negativ beeinflusst wird. Eine zufriedenstellende Antwort zur Bedeutung des Berufsstatus in diesem Zusammenhang kann also im Rahmen dieser Arbeit nicht erarbeitet werden und wird der zukünftigen Forschung überlassen bleiben müssen.

9. Fazit

Das im Kapitel 5.1 postulierte Verhältnis zwischen der kollektiven relativen Deprivation und der Solidarität konnte nur auf der sozialstaatlichen Ebene verifiziert werden: Während die KRD die Solidarität mit Out-Groups schwächt, stärkt sie die Gruppeninnere Solidarität. Das gleiche gilt interessanterweise für den Einfluss der individuellen materiellen Unsicherheit: Der Effekt des IRD-ähnlichen Konzepts war nur auf der sozialstaatlichen Solidarität sichtbar. Der Grund dafür, dass die RD-Variablen nur auf die sozialstaatliche Solidarität einen Effekt hatten, scheint zu sein, dass einerseits bei der symbolischen Solidarität die Kostenfrage nicht berücksichtigt wird – wodurch sie für manche TheoretikerInnen sogar nicht mehr als Solidarität zählen würde (s. Kap. 3.2, 3.3 und 3.4) - und dass andererseits beim solidarischen Handeln andere Faktoren, wie die Überwindung des Trittbrettfahrerproblems, eine wichtigere Rolle spielen. Die RD-Effekte auf die Solidarität geben zu verstehen, dass die sozialstaatliche oder „kontraktuelle“ Solidarität in der österreichischen Gesellschaft als Abmachung wahrgenommen wird, in der der Staat nur unter gewissen Umständen Hilfe leisten soll. Die als ungerecht begriffene Belohnung wirkt als eine Nicht-Einhaltung dieses Vertrags, weshalb die als knapp gewordenen Ressourcen des Sozialsystems nur für die inneren Kreise vorgesehen werden. Die Ergebnisse ähneln dem von Rippl (2003) beschriebenen Konfliktansatz. Als Inklusionskriterien zählen die ethnische Zugehörigkeit und die Leistungsbereitschaft. Die materielle Unsicherheit verringert die sozialstaatliche Solidarität hingegen auch mit der eigenen Gruppe, weil das Vertrauen in das System, das für finanzielle Sicherheit zuständig ist, verletzt wird und in erster Linie dann nur mehr für das Wohlbefinden des Individuums oder des Haushaltes gesorgt wird. Dieses Ergebnis kann als Bestätigung der Modernisierungsverliererthese (Rippls & Seipel 2018, s. Kap. 4.6) gesehen werden: Besonders finanzielle Abstiegs Erfahrungen und -erwartungen erwiesen sich als relevante Ursachen der subjektiven Deprivation und exklusiver Einstellungen. Im Gegensatz zu den Variablen zur subjektiven Wahrnehmung der finanziellen Lage, trug das objektive Einkommen in keinem Modell zur Erklärung der Solidarität bei. Andere objektive Statusvariablen wie die Bildung und der Berufsstatus hatten in manchen Modelle signifikante Effekte, welche jedoch nie durch RD-Variablen moderiert wurden.

Die Faktoren Bildung und - im Falle der sozialstaatlichen Solidarität mit Out-Groups - Größe der Ortsgemeinde werden vor allem von der rechtspopulistischen Ideologie moderiert. Die positiven Effekte der Bildung sowie die negativen Effekte der rechtspopulistischen Ideologie betreffen hauptsächlich die Solidarität mit den Out-Groups. Diese ideologischen Einflüsse wirkten auf die Inklusion fast unabhängig von den RD-Effekten, welche größtenteils aus der

wirtschaftlichen Lage entstehen (s. Abb. 1). Damit wurde die These von Sommer widerlegt, dass die Fremdenfeindlichkeit bzw. rechtspopulistische Ideologie zum kollektiven Gefühl der Benachteiligung führt. Sowohl die KRD wie auch die rechtspopulistische Ideologie schwächen die sozialstaatliche Inklusion von Out-Groups, die Effekte interagieren aber kaum.

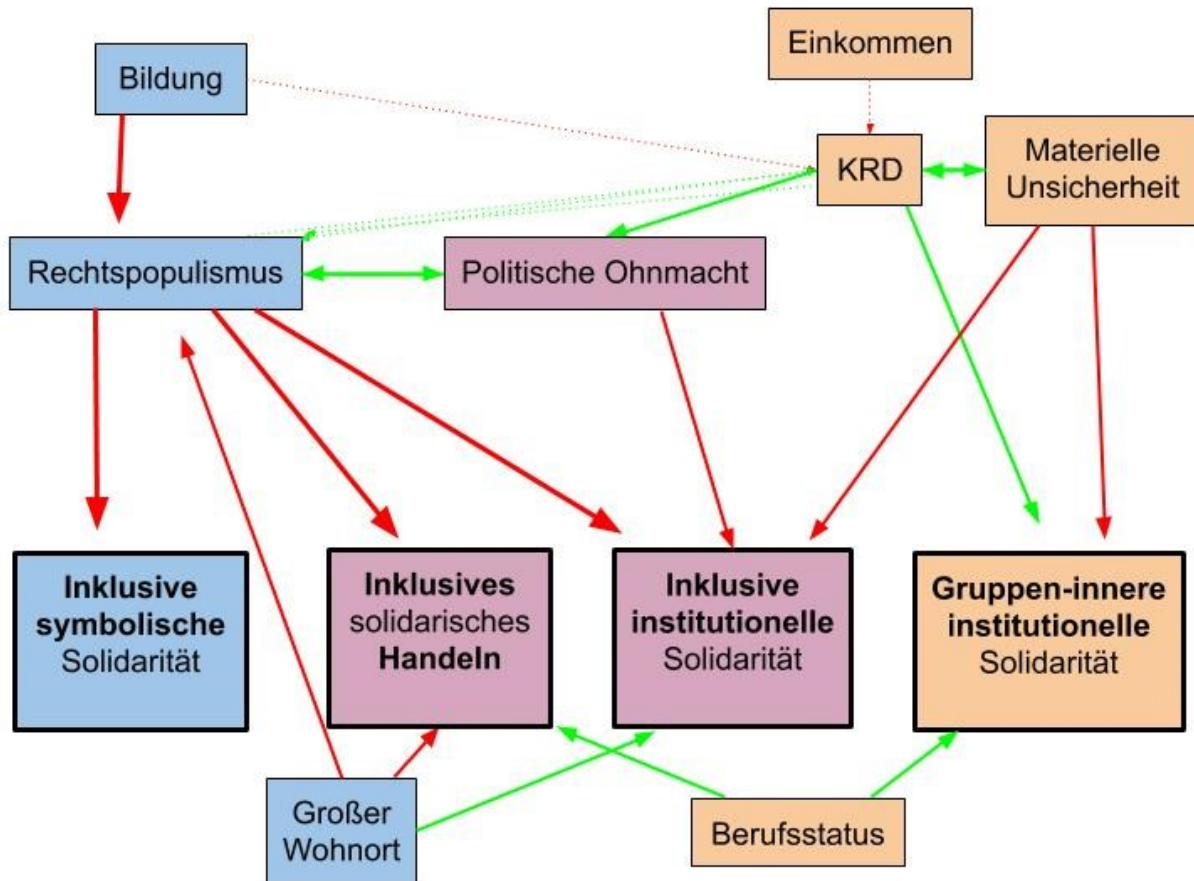


Abb. 1. Orange-gefärbte Felder sind wirtschaftsabhängige Faktoren. Blau-gefärbte Felder sind ideologieabhängige Faktoren. Violett-gefärbte Felder werden sowohl von wirtschaftlichen wie auch von ideologischen Faktoren beeinflusst. Grüne Pfeile stellen positive und rote Pfeile stellen negative Zusammenhänge dar.

Das Konzept der politischen Ohnmacht interagiert hingegen mit der rechtspopulistischen Ideologie und mit der KRD, d.h. Personen, die sich kollektiv benachteiligt fühlen, fühlen sich politisch nicht repräsentiert, und Personen, die sich politisch schlecht repräsentiert vorkommen, tendieren dazu, rechtspopulistisch eingestellt zu sein. Beide Gruppen politisch Unzufriedener sind jedoch getrennt zu halten: Die politische Ohnmacht findet in einem Fall aus ideologischen Gründen und im anderen aus Gründen der wahrgenommenen Ressourcenknappheit statt. Die Proteststimmenthese, dass politisch Unzufriedene rechtspopulistische Parteien wählen, nur weil sie die einzige Alternative zum Status quo darstellen, kann nicht bestätigt werden. Auch die KRD-verursachte politische Unzufriedenheit stärkt exklusive Solidaritätsvorstellungen, die zur

Wahl rechtspopulistischer Parteien führen könnten - wie Urbanska und Guimond (2018) bereits zeigten (s. Kap. 4.4).

Trotz bestehender RD-Effekte muss jedenfalls hervorgehoben werden, dass diese sich als viel schwächer als die der rechtspopulistische Ideologie erwiesen haben. Als deutliche Ursachen der rechtspopulistischen Ideologie stellten sich die kleinere Wohnortsgröße und die niedrige Bildung heraus, wobei der genaue Zusammenhang zwischen der Bildung und dem rechtspopulistischen Weltbild unklar bleibt: werden in Bildungsinstitutionen Lerninhalte vermittelt, die die Weitergabe der rechtspopulistischen Ideologie hindern, oder wird viel eher in höheren Bildungsinstitutionen der tolerante Kontakt in einem kulturell heterogenen Umfeld gefördert? Obwohl die Interpretation der Ergebnisse auf die Richtigkeit der zweiten Annahme hinweist, muss diese Hypothese in Zukunft getestet werden.

Ein Kapitel für sich stellte das solidarische Handeln dar. Die Faktoren der ideologischen Dimension wirkten wie erwartet: die Bildung hatte einen positiven und die rechtspopulistische Ideologie einen negativen Effekt. Konzepte wie die materielle Unsicherheit oder die KRD - also RD-Faktoren - zeigten allerdings keine signifikante Zusammenhänge. Wie demonstriert wurde, sind Bedingungen zur Überwindung des Trittbrettfahrerproblems vorrangiger bei der Motivation zum ehrenamtlichen Engagement. Seit Olson (1985) steht fest: in kleineren Gruppen wird eher kollektiv gehandelt. Dies wurde durch den positiven Einfluss der kleinen Wohnortsgröße auf die Inklusion auf der Handlungsebene deutlich, welcher aber auf der sozialstaatlichen Ebene die Exklusion verursacht. Weiterhin bedeutsam war der Einfluss des Berufsstatus. Wie erwartet handeln Personen mit einem höheren Status öfters ehrenamtlich für Out-Groups, jedoch nicht wie gedacht aus RD-Gründen. Die Vermutung liegt nahe, dass das wohlthätige Engagement ein traditioneller Bestandteil des Habitus von status-höheren Gruppen ist.

Abschließend kann festgehalten werden, dass sich die Befragung der Einstellung zur sozialstaatlichen Unterstützung von sozialen Gruppen für die Erforschung von RD-Effekte auf die Solidarität am besten eignet. Einerseits stellt das Trittbrettfahrerproblem kein Hindernis dar, andererseits wird die Kostenfrage berücksichtigt. Die KRD bewirkt die Stärkung der Gruppeninneren sozialstaatlichen Solidarität und schwächt diese mit den Out-Groups. Die IRD schwächt die Solidarität in beiden Fällen. Beide Einflüsse sind als Ideologieunabhängig zu verstehen und erklären weit weniger Varianz als die ideologischen Variablen, tragen aber dennoch mehr zur Erklärung bei als das absolute Einkommen. Die These der relativen Deprivation, dass nicht die objektiven Verhältnisse, sondern deren Wahrnehmungen

entscheidend sind, stimmt, jedoch reichen auch sie nicht aus, um die Ideologiemotivierte Exklusion nachzuvollziehen.

10. Literaturverzeichnis

- Baurmann, Michael. 1998. Solidarität als soziale Norm und als Norm der Verfassung. In: Bayertz, Kurt (Hg): *Solidarität, Begriff und Problem*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 345-388.
- Bayertz, Kurt. 1998. Begriff und Problem der Solidarität. In: Kurt Bayertz (Hg.): *Solidarität, Begriff und Problem*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 3–28.
- Binder, Tanja. 2005. *Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien - eine Folge von Modernisierungsprozessen?* Working Paper. WZB Berlin Social Science Center.
- Briggs, Stephen; Cheek, Jonathan. 1986. The role of factor analysis in the development and evaluation of personality scales. *J Personality* 54 (1), 106–148.
- Cherkaoui, Mohamed. 2015. Deprivation: Relative. In: Smelser, Neil; Baltes, Paul: *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*, 214–217.
- Cohen, Jacob. 1992. A power primer. In: *Psychological Bulletin* 112 (1), 155–159.
- Crosby, Faye. 1976. A Model of Egoistical Relative Deprivation. *Psychological Review* 83 (2), 85–113.
- Davis, James. 1959. A Formal Interpretation of the Theory of Relative Deprivation. *Sociometry* 22 (4), 280-296.
- Flecker, Jörg; Kirschenhofer, Sabine; Krenn, Manfred; Papouschek, Ulrike. 2005. Leistung, Unsicherheit und Ohnmacht: Wie Umbrüche in der Arbeitswelt zum Aufstieg des Rechtspopulismus beitrugen. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 30 (3): 3–27.
- Grajczár, István; Nagy, Zsófia; Örkény, Antal; Hofmann, Julia. 2018. Routes to right-wing extremism in times of crises. An Austrian-Hungarian comparison based on the SOCRIS survey. *Socio.hu, Special Issue 2018*: 95–117.
- Grant, Peter; Brown, Rupert. 1995. From Ethnocentrism to Collective Protest: Responses to Relative Deprivation and Threats to Social Identity. *Social Psychology Quarterly* 58 (3), 195-212.
- Grofman, Bernard; Muller, Edward. 1973. The Strange Case of Relative Gratification and Potential for Political Violence: The V-Curve Hypothesis. *American Political Science Review* 67 (02), 514–539.
- Gurr, Ted Robert. 1986 (1970). *Rebellion. Eine Motivationsanalyse von Aufruhr, Konspiration und innerem Krieg*. Düsseldorf: Econ.

- Hechter, Michael. 1988. *Principles of Group Solidarity*. Berkeley: University of California Press.
- Hernes, Gudmund; Knudsen, Knud. 2016. Norwegians' Attitudes Toward New Immigrants. *Acta Sociologica* 35 (2), 123–139.
- Hofmann, Julia; Altreiter, Carina; Flecker, Jörg; Schindler, Saskja; Simsa, Ruth. 2018. *Symbolic Struggles over Solidarity in Times of Crisis: Trade unions, civil society actors and the political far right in Austria*. Working Paper. Wien: Institut für Soziologie, Universität Wien und Institut für Sozioökonomie, Wirtschaftsuniversität Wien.
- Hondrich, Karl, Claudia Koch-Arzberger. 1992. *Solidarität in der modernen Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Kaufmann, Franz-Xaver. 2002. Sozialpolitik zwischen Gemeinwohl und Solidarität. In: Münkler, Herfried; Karsten, Fischer (Hg.): *Forschungsberichte der interdisziplinären Arbeitsgruppe „Gemeinwohl und Gemeinsinn“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Bd. 2: Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierungen*. Berlin: Akademischer Verlag, 19-54.
- Kelly, Caroline; Kelly, John. 2016. Who Gets Involved in Collective Action?: Social Psychological Determinants of Individual Participation in Trade Unions. *Human Relations* 47 (1), 63–88.
- Kessler, Thomas; Harth, Nicole. 2008. Die Theorie relativer Deprivation. In: Petersen, Lars-Eric; Six, Bernd: *Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen*. Weinheim, Basel: Beltz-Verlag, 249–258.
- Kinder, Donald; Sears, David. 1981. Prejudice and politics: Symbolic racism versus racial threats to the good life. *Journal of Personality and Social Psychology* 40, 414–431.
- McPhail, Clark. 1971. Civil Disorder Participation: A Critical Examination of Recent Research. *American Sociological Review* 36 (6), 1058-1073.
- Merton, Robert; Kitt, Alive. 1950. Contributions to the theory of reference group behavior. In: Merton, Robert; Lazarsfeld, Paul (Hg.): *Continuities in social research. Studies in the scope and method of "The American Soldier"*. Glencoe: The Free Press. 40–105.
- Mols, Frank; Jetten, Jolanda. 2016. Explaining the Appeal of Populist Right-Wing Parties in Times of Economic Prosperity. *Political Psychology* 37 (2), 275–292.
- Muis, Jasper; Immerzeel, Tim. 2016. Causes and consequences of the rise of populist radical right parties and movements in Europe. *Current Sociology* 65 (6), 909–930.

- Nullmeier, Frank. 2006. *Eigenverantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität: Konkurrierende Prinzipien der Konstruktion moderner Wohlfahrtsstaaten?* WSI Mitteilungen 4/2006.
- Nunnally, Jum. 1975. Psychometric Theory: 25 Years Ago and Now. *Educational Researcher* 4 (10), 7-21.
- Olson, Mancur. 1985. *Die Logik des kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*. 2. Aufl. Tübingen: Mohr (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 10).
- Parsons, Talcott; Shils, Edward. 1951. *Toward a general theory of action*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Piketty, Thomas; Goldhammer, Arthur. 2014. *Capital in the twenty-first century*. Harvard University Press.
- Prainsack, Barbara; Buyx, Alena. 2017. *Solidarity in Biomedicine and Beyond*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rippl, Susanne. 2003. Kompensation oder Konflikt? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 55 (2): 231–252.
- Rippl, Susanne; Seipel, Christian. 2018. Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70 (2), 237–254.
- Runciman, Walter. 1980. *Relative deprivation and social justice: A study of attitudes to social inequality in twentieth-century England*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Rydgren, Jens. 2007. The Sociology of the Radical Right. *Annual Review of Sociology* 33 (1): 241–262.
- Smith, Christian; Sorrell, Katherine. 2014. On Social Solidarity. In: Jeffries, Vincent (Hg.): *The Palgrave Handbook of Altruism, Morality, and Social Solidarity: Formulating a Field of Study*. New York: Palgrave Macmillan US, 219–247.
- Smith, Heather; Huo, Yuen. 2014. Relative Deprivation. *Policy Insights from the Behavioral and Brain Sciences* 1 (1), 231–238.
- Smith, Heather; Ortiz, Daniel. 2001. Is It Just Me?: The Different Consequences of Personal and Group Relative Deprivation. In: Walker, Iain; Smith, Heather (Hg.): *Relative Deprivation*. Cambridge: Cambridge University Press, 91–116.
- Smith, Heather; Pettigrew, Thomas; Pippin, Gina; Bialosiewicz, Silvana. 2011. Relative Deprivation. *Personality and Social Psychology Review* 16 (3): 203–232.
- Sommer, Bernd. 2010. *Prekarisierung und Ressentiments: Soziale Unsicherheit und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Stjernø, Steinar. 2005. *Solidarity in Europe: The history of an idea*. Cambridge, UK, New York: Cambridge University Press.

- Stouffer, Samuel; Suchman, Edward; DeVinney, Leland; Star, Shirley; Williams Jr., Robin; Smith, Brewster; Irving, Janis; Star, Shirley; Cottrell, Leonard. 1949. *The American Soldier: Adjustment during army life. Studies in social psychology in World War II, Vol. 1*. Oxford, England: Princeton University Press.
- Tajfel, Henri; Turner, John. 1979. An Integrative Theory of Intergroup Conflict. In: Austin, William; Worchel, Stephen (Hg.): *The Social Psychology of Intergroup Relations*. Monterey, CA: Brooks/Cole, 33-47.
- Taylor, Marylee; Walker, Iain; Smith, Heather. 2001. Fraternal Deprivation, Collective Threat, and Racial Resentment: Perspective on White Racism. In: Walker, Iain; Smith, Heather (Hg.): *Relative Deprivation*. Cambridge: Cambridge University Press, 13–43.
- Thome, Helmut. 1998. Soziologie und Solidarität: Theoretische Perspektiven für die empirische Forschung. In: Bayertz, Kurt (Hg.): *Solidarität: Begriff und Problem*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 217-262.
- Tougas, Francine; Veilleux, France. 1988. The influence of identification, collective relative deprivation, and procedure of implementation on women's response to affirmative action: A causal modeling approach. *Revue canadienne des sciences du comportement* 20 (1), 15–28.
- Tougas, Francine; Veilleux, France. 1990. The response of men to affirmative action strategies for women: The study of a predictive model. *Revue canadienne des sciences du comportement* 22 (4), 424–432.
- Urbanska, Karolina; Guimond, Serge. 2018. Swaying to the Extreme: Group Relative Deprivation Predicts Voting for an Extreme Right Party in the French Presidential Election. *International Review of Social Psychology* 31 (1): 1–12.
- Vanneman, Reeve; Pettigrew, Thomas. 2016. Race and Relative Deprivation in the Urban United States. *Race* 13 (4), 461–486.
- Verwiebe, Roland. 2015. *Zusammenleben in Wien: Einstellungen zu Zuwanderung und Integration*. Wien: MA 18, Stadtentwicklung und Stadtplanung.
- Walker, Iain; Smith, Heather (Hg.). 2002. *Relative deprivation: Specification, development, and integration*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Walker, Iain; Pettigrew, Thomas. 1984. Relative deprivation theory: An overview and conceptual critique. *British Journal of Social Psychology* 23 (4), 301–310.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate. 2009. Rechtsextremismus Erscheinungsformen, Strategien und

Ursachen. In: Beelmann, Andreas; Jonas, Kai (Hg.): *Diskriminierung und Toleranz*.
Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 283–302.

11. Anhang

Zusammenfassung

Die wachsende Zustimmung des Rechtspopulismus in Österreich lässt sich als eine Verkleinerung der Reichweite der Solidarität in der Bevölkerung konzipieren. Für die Erklärung dieser Entwicklung gehört die These der kollektiven relativen Deprivation (KRD) zu den in der Forschungsliteratur bekanntesten Ansätzen: Die Wahrnehmung von Gruppenbenachteiligung führt zu Ungerechtigkeitsempfinden und zu Protestverhalten. Das Verhältnis zwischen der KRD und der Grenzen der unterschiedlichen Solidaritätstypen wird mittels Regressionsanalysen ergründet, in denen die Konzepte der materiellen Unzufriedenheit, der politischen Ohnmacht, der rechtspopulistischen Ideologie und die soziodemographischen Variablen kontrolliert werden. Die Analyse ergibt, dass die KRD die sozialstaatliche Solidarität innerhalb der Eigengruppe fördert, sie aber mit den Out-Groups verhindert. Signifikante Zusammenhänge zwischen der KRD und dem ehrenamtlichen Handeln und der symbolischen Solidarität mit Personen im Ausland waren nicht zu erkennen. Zudem wurden deutliche KRD-unabhängige Effekte festgestellt: während die rechtspopulistische Ideologie deutliche negative Effekte auf die Solidarität mit den Out-Groups hatte, verstärkte ein hoher Bildungsabschluss die Solidarität mit diesen.

Abstract

The growing support of right-wing populism in Austria can be interpreted as a shrinking of the range of solidarity in the population. One of the most well-known explanations of this development is the theory of collective relative deprivation (CRD): The perception of group disadvantage causes feelings of injustice and therefore protest behavior. The relation between CRD and different solidarity-types was evaluated through Regression analysis, by which the concepts of material insecurity, political powerlessness, right-wing populist ideology and socio-demographic variables were controlled. The analysis shows that CRD fosters state-run solidarity within the group and circumvents it with the Out-Groups. Significant relations between CRD and solidary action or symbolic solidarity with people from foreign countries could not be found. Furthermore, CRD-independent effects were found: while right-wing ideology had a negative effect on solidarity with the Out-Groups, a high educational degree amplified it.